

Die
Braunkohlen-Industrie
von
Senftenberg.



Im Auftrage
des
Vereins der Niederlausitzer Braunkohlenwerke
verfaßt von

W. Fechner,
Handelskammersekretär in Cottbus.

Mag/Ra

96-17297

Mag / Ra



* 96-172972+01 *

Die
Braunkohlenindustrie
von
Senftenberg.



Im Auftrage des Vereins der Niederlausitzer Braunkohlenwerke
verfaßt von

Handelskammersekretär Fechner-Cottbus.

BTU Cottbus
Uni.-bibl.



Vorwort.

Die vorliegende Broschüre ist durch die Prozesse veranlaßt worden, welche die Braunkohlen- und Brikettindustrie der Senftenberger Gegend wegen angeblicher Schäden der ihr benachbarten Grundstücke durch den bei der Herstellung von Briketts entstehenden Staub zu führen gehabt hat. Die Braunkohlenindustrie ist also der angegriffene Teil und befindet sich in der Verteidigung.

Trotzdem werden nur die irrigen Behauptungen richtig gestellt; jeder Gegenangriff auf die Landwirtschaft, der manchmal recht nahe lag, wird vermieden. Auch Namensnennungen sind in der Regel unterblieben. Wo Namen genannt wurden, geschah dies lediglich deshalb, weil die Anschauung der betreffenden landwirtschaftlichen Stellen über die Senftenberger Braunkohlen- und Brikettindustrie für ganze Kreise typisch ist, als auch aus dem Grunde, um die Ausführungen der Broschüre kontrollieren zu können.

Von diesem Gesichtspunkte lediglich der Abwehr aus bringt die Broschüre, abgesehen von wenigen Ausnahmen, amtliches, also einwandfreies Material. Wo dieses nicht vorhanden oder nicht zu beschaffen war, sind nur solche Quellen benutzt worden, an deren Richtigkeit zu zweifeln kein Anlaß bestand.

Die Broschüre enthält zur Illustrierung der Ausführungen des Textes als Anlage eine Karte des Kreises Calau mit den im Kreise befindlichen Braunkohlengruben. Sowohl die Karte selbst, wie auch die Einzeichnungen beruhen ebenfalls auf amtlichen Angaben.

Hoffentlich trägt die rein sachliche Darstellung dazu bei, das in den Kreisen der Landwirtschaft noch heute vielfach fehlende Verständnis für die Bedeutung der Senftenberger Braunkohlen- und Brikettindustrie zu vertiefen und andere interessierte Kreise vor falschen Schlüssen abzuhalten.

Cottbus, im Sommer 1906.

Der Verfasser.



Wenn sich in einer Gegend ein bedeutender Industriezweig entwickelt, so werden sich bald Differenzen zwischen der Industrie und den Besitzern der benachbarten Grundstücke herausstellen. Die regelmäßige Erscheinung ist die, daß der Nachbar der industriellen Anlage sich in der einen oder anderen Weise durch nachteilige Einwirkungen der Industrie auf sein Grundstück geschädigt glaubt. Diesem Schicksal ist die Braunkohlen- und Brikettindustrie der Senftenberger Gegend nicht entgangen.

Hier gab der Staub die Veranlassung zu den Ansprüchen der Anlieger an die Industrie, der Staub, der sich ebenso wie Geräusche bei anderen Industrieunternehmungen nach der ganzen Art des Betriebes der Brikettindustrie auch bei den mit den vollkommensten Einrichtungen der Neuzeit versehenen Anlagen bisher noch nicht ganz hat vermeiden lassen.

Solange sich die Ansprüche in mäßigen Grenzen bewegten und wo sie begründet waren, hat die Industrie in den bei weitem meisten Fällen die Anforderungen durch Zahlung einer Abfindungssumme befriedigt, die von ihrer Ursache her den Namen „Staubrente“ führt. In anderen Fällen ist es aber zu einer Einigung nicht gekommen, weil die Ansprüche entweder ungerechtfertigt oder zu hoch waren. Man mußte den „Staubprozeß“ führen.

Der Klageanspruch ging bei solchen Prozessen dahin, daß der Kläger behauptete, seit dem Beginn des Betriebes des in Frage kommenden Werkes würden seinem Grundstück aus der Grube sehr beträchtliche Mengen von Kohlenstaub, Ruß, Asche und Schlacken zugeführt,

welche das Wachstum der Pflanzen störten und auch sonst das Grundstück erheblich schädigten.

Auf Grund dieser Behauptung verlangte der Kläger zunächst Ersatz für den bisher durch die Brikettfabrik erlittenen Schaden, den er zahlenmäßig näher angab. Das weitere Verlangen des Klägers gipfelte in dem Wunsch einer Verurteilung der beklagten Grube, für die sich in den klägerischen Schriftsätzen eine stehende Formel herausgebildet hat, die wir wegen der eigentümlichen textlichen und grammatischen Form im Wortlaut wiedergeben. Danach sollte das Werk verurteilt werden,

„an ihrer Brikettfabrikanlage Einrichtungen zu treffen, welche die Immissionen von Kohlenstaub, Ruß, Asche, Schlacken und schädlichen Gasen auf das klägerische Grundstück über das gemeingewöhnliche Maß hinaus unmöglich machen, sodas die Benutzung dieses Grundstücks infolge der schädlichen Einwirkungen, soweit solche über das Erforderliche erfolgen, nicht mehr beeinträchtigt wird, oder für den Fall, das diese Einrichtungen untunlich sind, für die Zeit des Betriebes der beklaglichen Brikettfabrikanlage dem Kläger einen, im besonderen Verfahren zu ermittelnden Schadenersatz zu leisten.“

Für solche Prozesse fehlte es im Allgemeinen Landrecht an gesetzlichen Bestimmungen, auf die sich die Industrie zur Abwehr der an sie gestellten Forderungen hätte stützen können. Diesem Zustande hat das Bürgerliche Gesetzbuch durch seine Ausführungen über die exzessiven Immissionen ein Ende gemacht.

Nach den Motiven zu dem Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches soll bei Bestimmung der exzessiven Immission darauf Rücksicht genommen werden, das das Immissionsbedürfnis in verschiedenen Gegenden verschieden ist und auch zeitlich nicht konstant bleibt, insbesondere mit der Entwicklung der Industrie sich verändert. Durch die Gesetzgebung könne nicht jedes Bedürfnis festgestellt und berücksichtigt werden und ebenso wenig könne die Gesetzgebung einer jeden Veränderung des Bedürfnisses hinreichend rasch folgen. Hieraus folge,

daß die Grenzen der exzessiven Immission einigermassen elastisch zu bestimmen seien, damit sie sich den Verschiedenheiten und Veränderungen anpaßten.

In Ansehung der örtlichen Verschiedenheiten ist nach dem Entwurf das Maß der erlaubten Immission dem örtlich Hergebrachten zu entnehmen, sodaß als erlaubt gilt, was nach Ortsübung ertragen zu werden pflegt. Auf diese Weise werde auch ohne Mitwirkung der lokalen Gesetzgebung der Eingriff in eingelebte Verhältnisse vermieden. Auch sei die Üblichkeit ein einigermaßen beweglicher Regulator, der sich mit den veränderten Verhältnissen selbst verändere.

Neben den üblichen Immissionen sind nach den Motiven ferner mindestens die indifferenten Immissionen zu erlauben, welche weder ein subjektives Interesse des Eigentümers, noch ein aus der Beschaffenheit des Grundstückes sich ergebendes Interesse desselben verletzen. Man müsse aber noch etwas weiter gehen. Das subjektive Interesse des Eigentümers verdiene keine Berücksichtigung, weil sonst das Maß des Erlaubten von wechselnden persönlichen Verhältnissen abhängig gemacht werden würde.

Aber auch das objektive, auf die regelmäßige Benutzung des Grundstückes sich gründende Interesse ist nach den Motiven nicht schlechthin zu berücksichtigen. Die Zulassung der ortsüblichen Immissionen gibt nicht immer die den Bedürfnissen des Lebens entsprechende Erweiterung. Handelt es sich um die Einführung neuer Industriezweige oder um die Errichtung von baulichen und gewerblichen Anlagen in Gegenden, wo dergleichen früher noch nicht vorhanden waren, so kommt den Immittenten eine bestehende Ortsübung nicht zu gute; gleichwohl besteht das Bedürfnis, daß die weitere wirtschaftliche Entwicklung durch diesen Mangel nicht gehemmt werde. Aus diesem Grunde versteht der Entwurf zum Bürgerlichen Gesetzbuch unter einer exzessiven Immission eine solche, durch welche die regelmäßige Benutzung des Grundstückes und zwar in erheblichem Maße beeinträchtigt wird.

Nachdem der Gesetzgeber sich über die Berechtigung der Immission in dieser Weise ausgesprochen hatte, lag es nahe, die Bedeutung und

Stellung der Braunkohlen- und Brikettindustrie von Senftenberg einmal zu erörtern. Vor allen Dingen kam es darauf an, durch einwandfreies zahlenmäßiges Material ganz besonders den Gerichten für die Beurteilung von Ansprüchen wegen schädlicher Immissionen eine sichere Unterlage zu geben.

Vielleicht darf man auch hoffen, daß nachstehende Ausführungen nicht bloß dazu dienen, von der Erhebung unberechtigter Ansprüche abzuhalten, sondern daß die Darlegungen auch im Falle eines Prozesses die umständliche Einholung von Gutachten sowohl von landwirtschaftlicher Seite, wie von Seiten der Industrie erübrigen.

Nicht überflüssig dürften die Ausführungen auch deshalb sein, weil es an einer Darstellung Ipeziell der Senftenberger Braunkohlen- und Brikettindustrie bisher fehlte. Dieser Umstand mag mit Schuld daran tragen, daß gerade diese Industrie, die eine ganz ungewöhnlich rasche Entwicklung durchgemacht hat, an vielen Stellen bisher noch nicht die rechte Würdigung fand. Man kennt dort wohl die ältere Braunkohlenindustrie der Provinz Sachsen und naturgemäß die noch viel ältere Steinkohlenindustrie Preußens. Von der viel jüngeren Senftenberger Braunkohlenindustrie wußte man offenbar nichts oder doch viel zu wenig, um ihr bei der Beurteilung von Ansprüchen wie denjenigen, die zu den vorliegenden Ausführungen die Veranlassung gegeben haben, gerecht zu werden.





Im preußischen Staate wird an verschiedenen Stellen Braunkohle gefunden und gewonnen, und zwar stellte sich die Produktion Preußens im Jahre 1904*) auf 41 153 576 (***) Kohlen, die in 365 Werken von 43 297 Arbeitern gefördert wurde.

An dieser Förderung sind von den 5 preußischen Oberbergämtern 4 beteiligt. Der Größe der Förderung nach sind dies die Oberbergämter Clausthal, Breslau, Bonn und Halle a. S. Nach den amtlichen Nachweisungen geben die genannten 4 Oberbergämter bezüglich der betriebenen Werke, der geförderten Kohlenmengen und der Zahl der bei der Kohlenförderung beschäftigten Arbeiter folgende Übersicht:

Oberbergamtsbezirk	Betriebene Werke	Produktion t	Belegschaft Köpfe
Clausthal	26	692 151	1 551
Breslau	34	1 083 386	2 022
Bonn	42	6 795 341	5 548
Halle a. S.	263	32 582 698	34 176

Die Oberbergämter haben räumlich eine recht große Ausdehnung. So umfaßt der Oberbergamtsbezirk Breslau die Provinzen Westpreußen, Posen und Schlesien, der Oberbergamtsbezirk Halle die Provinzen Brandenburg und Sachsen, der Oberbergamtsbezirk Clausthal die Provinz Hannover und von der Provinz Hessen-Nassau den Regierungsbezirk Cassel, der Oberbergamtsbezirk Bonn den Rest der Provinz Hessen-Nassau, den Regierungsbezirk Wiesbaden und die Rheinprovinz.

*) Die späteren Ausführungen geben den Grund für die Einstellung der Zahlen aus 1904 an.

**) t = 1000 kg.

Wegen des Umfanges der Bezirke der Oberbergämter wird es sich zum Zweck der näheren Orientierung über die Fundorte der Braunkohlen und vor allen Dingen, wenn man sich über die Bedeutung der einzelnen Braunkohlengebiete unterrichten will, empfehlen, die Produktion der einzelnen Provinzen anzugeben.

Diese stellt sich in demselben Jahre, wie folgt:

Provinz	Betriebene Werke	Produktion t	Belegschaft Köpfe	Oberbergamtsbezirk
Westpreußen	1	2 419	12	Breslau
Posen	5	52 247	147	Breslau
Hannover	4	212 184	312	Clausthal
Hessen-Nassau	33	508 993	1 476	Clausthal
Schlesien	28	1 028 720	1 863	Breslau
Rheinprovinz	31	6 766 315	5 311	Bonn
Brandenburg	102	13 416 316	13 203	Halle
Sachsen	161	19 166 382	20 973	Halle.

Schon diese Übersicht zeigt, daß sich die ursprüngliche Reihenfolge der Oberbergamtsbezirke verschiebt, sobald man die Produktionsgebiete enger faßt.

Noch mehr tritt dies in die Erscheinung, wenn man die Regierungsbezirke betrachtet und sie so hintereinander aufführt, wie die Produktionsziffer an Kohlen dies verlangt. Eine Gegenüberstellung der Regierungsbezirke ist auch aus dem Grunde ganz zweckmäßig, weil das Bild über die Braunkohlengewinnung in Preußen auf diese Weise noch schärfer und klarer wird als vorher.

Die Übersicht erhält von diesem Gesichtspunkte aus folgende Gestalt:

Regierungsbezirk	Betriebene Werke	Produktion t	Belegschaft Köpfe	Oberbergamtsbezirk
Koblenz	2	200	21	Bonn
Marienwerder	1	2 419	12	Breslau
Breslau	3	19 577	175	Breslau
Posen	2	21 967	37	Breslau
Wiesbaden	11	29 026	237	Bonn

Regierungsbezirk	Betriebene Werke	Produktion t	Belegschaft Köpfe	Oberbergamts- bezirk
Bromberg	3	30 280	110	Breslau
Oppeln	1	50 473	152	Breslau
Hildesheim	3	66 081	211	Clausthal
Hachen	1	102 370	113	Bonn
Potsdam	6	106 502	279	Halle
Hannover	1	146 103	101	Clausthal
Cassel	22	479 967	1 239	Clausthal
Liegnitz	24	958 670	1 536	Breslau
Magdeburg	27	4 624 660	5 587	Halle
Cöln	28	6 663 745	5 177	Bonn
Frankfurt a. O.	96	13 309 814	12 924	Halle
Merseburg	134	14 541 722	15 386	Halle.

Bezüglich der vorstehend angegebenen Zahl der Werke sei noch erwähnt, daß in ihr, wie dies seitens der amtlichen Statistik ebenfalls geschieht, die noch in der Aus- und Vorrichtung begriffenen, die durch Aus- oder Umbau an der Produktion behinderten, sowie die aus anderen Gründen nicht in Förderung stehenden Werke enthalten sind. In Frage kommen 11 Werke, von denen 6 zu der ersten, 1 zu der zweiten und 4 zu der dritten Gattung gehören. Sie verteilen sich aus der ersten Gattung auf die Regierungsbezirke Coblenz (1), Wiesbaden (1), Bromberg (1), Cassel (1) und Merseburg (2), aus der zweiten Gattung auf den Regierungsbezirk Hildesheim (1) und aus der dritten Gattung auf die Regierungsbezirke Bromberg (1), Magdeburg (1) und Merseburg (2).

Aus der Übersicht der Regierungsbezirke ergibt sich, daß diejenigen von Merseburg und Frankfurt a. O. nicht bloß gegenüber den anderen Regierungsbezirken, sondern auch gegenüber denjenigen mit der nach ihnen größten Förderung wie Magdeburg und Cöln eine ganz hervorragende Stellung einnehmen. Es ergibt sich aber auch, daß die Regierungsbezirke Merseburg und Frankfurt a. O. sich mit ihrer Produktion viel näher stehen, als Magdeburg und Cöln an sie heranreichen.

Dem Flächeninhalt und der Einwohnerzahl nach gruppieren sich die drei Handelskammerbezirke nach dem Jahrbuch der deutschen Handelskammern, wie folgt:

Handelskammerbezirk	Flächeninhalt	Einwohnerzahl
Frankfurt a. O.	11 051,49 qkm	625 795
Cottbus	4 494,06 „	305 840
Sorau	3 652,63 „	250 216

Danach enthält also der Handelskammerbezirk Frankfurt a. O. mehr als den Flächeninhalt der beiden anderen Handelskammern zusammen. Ebenso übertrifft er sie, wenn auch nicht in demselben Maße, an Einwohnerzahl.

Nach dem erwähnten Jahrbuch der deutschen Handelskammern betrug nun die Zahl der zur Handelskammer gemäß den gesetzlichen Bestimmungen wahlberechtigten bezw. beitragspflichtigen Betriebe im Etatjahre 1902/03 — jüngere Zahlen gibt das Jahrbuch zur Zeit noch nicht an — bei der

Handelskammer Frankfurt a. O.	1 427
„ Cottbus	728
„ Sorau	805

Diese Betriebe brachten an Gewerbesteuer auf im Handelskammerbezirk

Frankfurt a. O.	167 300 M.
Cottbus	155 000 M.
Sorau	113 491 M.

Daraus erhellt, daß das gewerbliche Leben schon nach der Zahl der Betriebe, ganz besonders aber nach der Steuerkraft im Süden des Regierungsbezirkes Frankfurt a. O. kräftiger entwickelt ist als im Norden.

Es soll übrigens an dieser Stelle keineswegs verschwiegen werden, daß die vorstehend genannten Zahlen nicht etwa die Gesamtzahl aller gewerblichen Betriebe wiedergeben, und ebenso sind die angegebenen Steuerzahlen nicht die von den Bezirken überhaupt aufgebrauchten Gewerbesteuersummen. Die drei Handelskammern erheben nämlich nur von dem Gewerbesteuerfätze von M. 32.— an ihre Beiträge und rechnen deshalb auch nur die 32 M. und mehr zahlenden Gewerbe-

steuerpflichtigen und auch diese noch nicht in vollem Umfange zu ihren Zeniten. Immerhin geben die Zahlen, wenn man wie im vorliegenden Falle speziell die Entwicklung einer Gegend als Industriegegend betrachten will, einen gewissen Anhalt; denn wenn ein industrieller Betrieb nur eine einigermaßen in Betracht kommende Bedeutung hat, so wird er den jährlichen Gewerbesteueratz von M. 32.— erreichen.

Was nun speziell die Braunkohlenindustrie angeht, so zeigt sich auch bei dieser, wie vorher bei der gesamten Industrie, daß sie ihre stärkste Entwicklung im Süden des Regierungsbezirkes Frankfurt a. O. hat.

Aus der amtlichen Statistik ergibt sich, wenn man sich den Umfang der Produktion als Maßstab dienen läßt, für die Kreise des Regierungsbezirkes im Jahre 1904 folgende Anordnung:

Kreis	Betriebene Werke	Produktion t	Belegchaft Köpfe
Landsberg a. W.	1	1 660	6
Ostfriesland	5	71 613	122
Lebus	6	140 164	313
Westfriesland	4	159 890	258
Schwiebus-Züllichau	6	199 124	324
Guben	2	249 422	426
Sorau	22	840 355	1 109
Ludau	10	1 135 097	1 250
Spremberg	10	1 655 141	1 578
Calau	30	8 857 349	7 541

Nach dieser Aufstellung steht der Kreis Calau mit seiner Braunkohlenproduktion an der Spitze sämtlicher 10 Kreise des Regierungsbezirkes, in denen überhaupt eine Braunkohlenförderung stattfindet. Damit ist aber die Stellung des Kreises Calau noch nicht genügend gekennzeichnet. (Bemerkt sei an dieser Stelle, daß der Regierungsbezirk im ganzen 22 Kreise enthält, von denen aber nur 10 Braunkohlen fördern.)

Es ist notwendig, auch noch darauf hinzuweisen, daß der Kreis Calau allein $\frac{2}{3}$ der Förderung des ganzen Regierungsbezirkes aus-

macht. Er erhebt sich dadurch umsomehr aus der Reihe der übrigen Kreise heraus, als nur noch die beiden Nachbarkreise Luckau und Spremberg, aber auch nur annähernd, mit ihm in Vergleich gestellt werden können.

Wenn man ferner berücksichtigt, daß die Summe der Produktion der letztgenannten beiden Kreise noch nicht ganz $\frac{1}{3}$ der Produktion des Kreises Calau beträgt, daß die Produktion der sämtlichen übrigen Kreise des Regierungsbezirkes mit Braunkohlenförderung nur etwas über den Kreis Spremberg hinausragt, daß sie zusammen aber noch nicht ganz den 5. Teil der Produktion des Kreises Calau liefern konnte, so wird man diesen Kreis das eigentliche Braunkohlengebiet des Regierungsbezirkes Frankfurt a. O. nennen dürfen.

Nach diesen Ausführungen wird es nicht ohne Interesse sein, einen Blick auf die historische Entwicklung der Braunkohlenindustrie im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. zu werfen. Mit Rücksicht auf die vorstehend angeführten Zahlen beschränken wir uns dabei auf die für die Braunkohlenindustrie bedeutendsten drei Kreise Calau, Spremberg und Luckau, das sogenannte Senftenberger Kohlenrevier.

Wir wollen nach einem kurzen Rückblick in die frühere Vergangenheit des Bergbaues der Niederlausitz die Braunkohlenindustrie dieses Landesteiles und ihre weitere Entwicklung vor unseren Augen entstehen lassen und dabei der Bemühungen gedenken, die dahin gingen, die von Natur so wenig transportfähige Rohkohle zu einer Zeit, wo man nur diese kannte, also noch keine Briketts herstellte, auch auf weitere Entfernung abzusetzen.

Schließlich werden wir sehen, welchen Einfluß die Nähe der den Gruben benachbarten Industrien zu einer Zeit hatte, als noch an keine Eisenbahn zu denken war, wie sich der Bau dieses Verkehrsmittels für die Braunkohlenindustrie fördernd erwies und wie man sich nicht nur bemüht hat, die gewonnene Kohle an die benachbarten Industrien abzusetzen, sondern auch eine Industrie in der Nähe der Gewinnungsstätten der Braunkohlen selbst ins Leben zu rufen, bis der Eintritt der

Brikettfabrikation in der Braunkohlenindustrie einen vollständigen Umschwung verurfachte und ihr einen ungeahnten Aufschwung brachte.

Während der Bergbau der jetzigen Zeit in der Niederlausitz vorzugsweise nach mineralischen Kohlen sucht, war zu der Zeit, wo man die Kohlen noch nicht kannte oder sie doch noch nicht zu benutzen verstand, das Forschen nach edlen Metallen der hauptsächlichste Trieb zum Bergbau. Man war bestrebt, im eigenen Lande ebensolche Schätze an Gold und Silber zu finden, wie sie die neuentdeckten Länder jenseits des Ozeans in so großer Fülle boten und ihre Finder so leicht bereicherten.

Auch in der Niederlausitz wollte man an verschiedenen Stellen Spuren von Gold und Silber im Erdreich und im Wasser verschiedener kleineren Flüsse gefunden haben. So sollte, ohne daß später näheres darüber bekannt geworden wäre, ein unweit Senftenberg entspringender, nicht namentlich benannter kleiner Bach, „so seinen Lauf ostwärts in die Spree nimmt“, wie es in der betreffenden Urkunde heißt, nicht nur silberhaltiges Wasser führen, sondern es sollten in dem Wasser dieses kleinen Baches sogar „unterschiedene Proben guten, gediegenen Silbers angetroffen worden sein“.

Von Spremberg wird aus dem Jahre 1727 berichtet, daß es Silberbergwerke habe; doch ist diese Nachricht keineswegs beglaubigt. Eine wirklich beglaubigte bergbauliche Bedeutung haben aus älterer Zeit nur der Raseneisenstein und das Alaunerg ge habt. Eisenstein wurde aber später nicht mehr gewonnen; die Hochöfen, welche ihn ehemals verschmolzen, gingen ein und an die Stelle der Hütten, in denen das gewonnene Metall zu mancherlei Geräten verarbeitet worden war, traten Maschinenwerkstätten, Mahl- und Schneidemühlen.

Auch von den Alaunwerken besteht in der Niederlausitz schon längst kein einziges mehr. Das letzte von Bedeutung wurde noch bis zum Ende des Jahres 1862 in der Oberlausitz bei Muskau betrieben.

Zur Gewinnung des für den Bergbau der Niederlausitz wichtigsten Minerals, der Braunkohle, kam es im Kreise Spremberg in Verbindung mit dem Suchen nach Alaun. In der Reuten'schen Heide, in der

Nähe der jetzigen Glashütte der Familie von Poncet-Friedrichshain, wollte ein Unternehmer im Jahre 1754, also zu einer Zeit, wo die Niederlausitz zu Sachsen gehörte*) und wo daselbst der Kurfürst Friedrich August regierte, ein Werk zur Gewinnung des an dieser Stelle entdeckten Alauns auf Kosten der Regierung errichten. Die Verhandlungen zerschlugen sich indes. Trotzdem man beim probeweisen Bohren nach Alaun ohne Zweifel auf die darunter befindliche Braunkohle gestoßen sein wird, muß man ihre Verwendung als Feuerungsmaterial zum Sieden des Alauns noch nicht gekannt haben; denn die zur Prüfung des von dem Unternehmer der sächsischen Regierung unterbreiteten Vorschlages an Ort und Stelle ausgesandten Regierungskommissare erhoben als Einwand, der die Rentabilität des Werkes in Frage stelle und deshalb gegen seine Errichtung auf Regierungskosten spreche, das Bedenken, daß der nicht allzugroße Holzbestand der Reuten'schen Heide durch das Werk in kurzer Zeit ziemlich aufgebraucht sein werde und daß alsdann die Fortführung der Alaunhütte in Frage gestellt sei.

Etwa 100 Jahre später, im Jahre 1843 suchte der damalige Major von Poncet die bergbauliche Erlaubnis zur Gewinnung, und zwar wiederum von Alaunern für Wolfshain nach. Zum Bau eines Alaunwerkes kam es aber nicht, sondern man wollte jetzt die unter dem Alaunern liegende Braunkohle, die man nach mehrjährigen Versuchen gefunden hatte, gewinnen. Das ist die erste sichere Nachricht über Braunkohlenfunde im Kreise Spremberg. Die Grube führt jetzt den Namen Julius. Die Kohle sollte zum Betriebe

*) Die Verfassung der Niederlausitz bildete sich im 14. Jahrhundert zu der Zeit aus, wo sie unter böhmischer Herrschaft stand. Nachdem zu Anfang des 17. Jahrhunderts die Ober- und Niederlausitz auf fast 200 Jahre an Kurlachsen gefallen war, ging die Niederlausitz infolge der Wiener Verträge im Jahre 1815 an das Königreich Preußen über. Der Kreis Cottbus gehörte indessen schon seit dem Jahre 1462 zu Brandenburg und war nur von 1806—1814 mit Sachsen verbunden. Die Niederlausitz zerfällt seit 1816 in die sieben Kreise Cottbus, Spremberg, Calau, Luckau, Lübben, Guben, Sorau.

der bereits im 18. Jahrhundert, im Jahre 1767, gegründet und seit dem Jahre 1837 im Besitz der Familie von Poncet befindlichen Glashütte Friedrichshain Verwendung finden. Weil dies anfangs nicht gelingen wollte — erst im Jahre 1866 erzielte man mit Hülfe der Siemensfeuerung günstigere Resultate — war die Förderung eine unregelmäßige und beschränkte sich auf die Gewinnung der unbedeutenden Mengen für die Ziegelei bei Wolfshain.

Da der unterirdische Betrieb kein regelrechter war und man die Flöze planlos durchfuhr, fand die ärgste Verwüstung des Materiales statt und allerhand Unglücksfälle durch Feuer und Wetter traten ein. Soweit man die Kohle nicht selbst verbrauchte, stellte man durch Sieben verschiedene Sorten her, wobei sich aber großer Abgang bis zu 30 % ergab.

Nachdem einmal erst an einer Stelle des Spremberger Kreises Braunkohle gefunden worden war, wurden bald andere Gruben aufgeschlossen. Der Absatz der Kohle erstreckte sich trotz der ungünstigen Transportverhältnisse bis nach Cottbus und Forst. Ja, man hatte eine Zeitlang die Absicht, über Cottbus hinaus auf der Pferdeisenbahn nach Goyatz und von da zu Wasser nach Berlin Kohlen abzusetzen. Der Plan gelangte aber nicht zur Ausführung. Für den Absatz der Braunkohle aus dem Spremberger Kreise war es ein großer Nachteil, daß die im Jahre 1866 gebaute Berlin—Görlitzer Eisenbahn den Bogen über Spremberg machte, also die Gegend von Friedrichshain umging, statt sie auf dem Wege nach Weißwasser zu durchschneiden.

Den größten Vorteil hat von dem Beginn des Braunkohlenbergbaues unstreitig die Tuchfabrikation der Stadt Spremberg gehabt. Vor der Eröffnung der Berlin—Görlitzer Eisenbahn war der Bezug wohlfeilen Brennmaterials dahin sehr erschwert. Aber auch die Eisenbahn brachte zunächst noch keine wesentliche Besserung, obwohl sie den schon erwähnten Bogen zu Gunsten der Stadt Spremberg schlägt.

Die im Jahre 1844 gefundene Kohle konnte noch keine Verwendung finden, da sich die Wollspinnerei und Weberei in Spremberg

noch nicht über den handwerksmäßigen Betrieb erhoben hatte. Nachdem aber Guben, Forst, Sorau und Sommerfeld die ersten Dampfkessel für die Tuchfabrikation in Betrieb gesetzt hatten, wurde 1845 in Spremberg die erste Dampfmaschine für die Sozietätswollspinnerei aufgestellt. Zunächst verbrauchte man jedoch noch keine Kohle zur Feuerung, sondern man benutzte Reisig; erst im Jahre 1857, als noch mehr Dampfmaschinen zur Aufstellung gelangten, ging man zur Kohlenfeuerung über. Von dieser Zeit an treten Spremberger Tuchfabrikanten als Erwerber von Grubenfeldern auf, um Feuerungsmaterial für ihre Dampfmaschinen zu gewinnen.

Die Verwendung der Braunkohlen zur Feuerung und damit die intensive Benutzung der Dampfmaschinen in der Tuchfabrikation und der verwandten Erwerbszweige bezeichnet als Wirkung der Braunkohलगewinnung für die Tuchfabrikation von Spremberg den Übergang vom handwerksmäßigen zum Großbetriebe. Bisher hatte die Spree die erforderlichen Maschinen treiben müssen. Ihre Wasserkraft war aber ungenügend und zum mindesten sehr unsicher; denn oft bei strenger Kälte, bei Hochwasser und bei niedrigem Wasserstande versagte sie ganz, wenn sie am nötigsten gebraucht wurde.

Außer der Tuchindustrie hatten aber auch andere Gewerbe des Kreises, wie Mahl- und Schneidemühlen, Papier-, Holzstoff- und chemische Fabriken, Bau- und Möbeltischlereien, Ziegeleien, Spiritusbrennereien, Brauereien, Glashütten u. a. m. sich vermehrt und konnten intensiver als bisher betrieben werden.

Im Kreise Calau ist es der Ort Costebrau, wo mit der Kohlenförderung zuerst begonnen worden sein soll, und zwar soll man daselbst schon im Jahre 1815 einen Schacht abgeteuft haben. Sicher nachweisbar nimmt die Braunkohलगewinnung erst um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ihren Anfang. In der Feldflur von Costebrau fand der Graf Friedrich von Solms Kohlen, die er im Jahre 1844 zum Betriebe seiner mehrere Jahre vorher käuflich erworbenen Glas- und Spiegelfabrik Friedrichsthal verwenden wollte. Da der Graf

Solms Kohlen nicht förderte, begann der Fiskus 1851 auf seinem Terrain in der Grünhauser Forst selbst damit, indem er die Grube Jenny bei Costebrau eröffnete.

Man rechnete auf einen guten Absatz nach Finsterwalde, Ruhland und Senftenberg. Allein der Verbrauch an Kohlen in den beiden letztgenannten Orten war nur gering, überdies die Entfernung von der Grube bis zu den Verbrauchsorten zu groß. Nach Finsterwalde, wo der Verbrauch der dortigen Tuchfabriken einen bedeutenden Umfang hätte annehmen können, ließen die schlechten Wege zeitweilig überhaupt keine Abfuhr zu, sodaß die Fabriken, welche auf dieses Brennmaterial gerechnet hatten, durch das Ausbleiben desselben sogar in Verlegenheit gerieten. Schließlich wurden, wie später noch zu erwähnen sein wird, ganz in der Nähe von Finsterwalde Gruben eröffnet, mit denen die fiskalische Grube Jenny den Wettbewerb nicht mehr aushalten konnte.

Die in der Folgezeit eröffneten Gruben haben ihre Kohlen an die in der nächsten Nähe und der weiteren Nachbarschaft befindlichen industriellen Anlagen wie Ziegeleien, Tonwarenfabriken, Spiritusbrennereien, Glashütten, von denen sich mehrere im Besitze der Eigentümer der Gruben befanden, abgesetzt.

Man hat auch Versuche gemacht, die Industrie neben den Gruben selbst ins Leben zu rufen. So sind in der Gegend von Särchen und Werchow Tuchfabriken errichtet worden, die Hauptabnehmer der gewonnenen Kohlen sein sollten, ohne daß diese Betriebe indes von längerem Bestande gewesen wären.

Den Bergbautreibenden war es von vornherein klar, daß zur Hebung des Kohlenablatzes auf weitere Entfernungen bessere Transportbedingungen geschaffen werden müßten, als sie die damals überaus schlechten Wege boten. Deshalb haben sie von jeher ihr Augenmerk auf die Erbauung von Eisenbahnen durch das Kohlengebiet, insbesondere in der Richtung auf Lauchhammer, Finsterwalde und Ruhland gerichtet. Die nach dieser Richtung aufgestellten Pläne verwirklichten

Tuchfabrikation sehr genützt. Sie litt bis dahin darunter, daß sie das kostspielige Holz und schlechten Torf bei ihrem Dampfbetrieb zu verwenden gezwungen war. Durch die Verwendung der einheimischen Braunkohle wurde sie in die Lage versetzt, ihre Dampfmaschinen zu vermehren.

Die Kohle der Grube Pauline befriedigte, wie schon erwähnt, längere Zeit das Bedürfnis der Städte Dobrilugk und Kirchhain, an letzterem Orte insbesondere der Tuchfabrikation, die indessen nur von geringem Umfang war, bis die Kohlen von Hennersdorf und Lindena und besonders die von Domsdorf im Kreise Liebenwerda in Konkurrenz traten.

Dem Bergbau des Kreises Luckau kamen die vorhandenen Eisenbahnen sehr zu statten. So gingen die Kohlen der Gruben bei Schönborn und Hennersdorf westwärts auf der Halle-Sorauer Eisenbahn bis in die Gegend von Halle, ostwärts bis nach Cottbus. Der Absatz der Hennersdorfer Kohlen ließ indes nach Westen nach, sobald die Domsdorfer Kohle nach derselben Richtung Absatz gesucht hatte. In Cottbus mußte sie in scharfen Wettbewerb mit den Kohlen aus den Kreisen Calau, Spremberg und Sorau treten und konnte deswegen nur wenig Boden fassen. Von geringer Bedeutung war der Versand auf der Berlin-Dresdener Eisenbahn nach Norden bis Wendisch-Drehna, noch unbedeutender derjenige nach Süden. Unbedeutende Mengen der Kohlen des Kreises gingen nach den Ziegeleien und Spiritusbrennereien, wenn derartige industrielle Anlagen in der Nähe der Gruben lagen.

Diese historische Darstellung bedarf, um der Braunkohlenindustrie der einzelnen Kreise gerecht zu werden, einer Ergänzung durch Angaben von Zahlen über die Förderung, wie sie die Nachweisungen des Königl. Oberbergamtes Halle a. S. zeigen. Wir geben die Zahlen in fünfjährigen Zwischenräumen von dem Jahre an wieder, wo sich zum ersten Male eine authentische Aufzeichnung über Kohlenförderung im Senftenberger Revier findet. Den Produktionszahlen stellen wir die Zahlen der beschäftigten Arbeiter zur Seite.

Nach den angegebenen Quellen produzierte:

Kreis Spremberg:

Jahr	Kohlen t	Arbeiterzahl Köpfe
1845	—*)	—*)
1850	726	—*)
1855	12 857	69
1860	24 733	71
1865	82 596	196
1870	117 516	220
1875	167 750	332
1880	140 329	250
1885	155 249	257
1890	252 950	395
1895	535 968	591
1900	1 311 786	1 635
1904	1 655 141	1 578

Kreis Luckau.

Jahr	Kohlen t	Arbeiterzahl Köpfe
1845	—*)	—*)
1850	738	5
1855	9 373	47
1860	14 644	28
1865	34 061	62
1870	38 705	103
1875	69 867	132
1880	73 120	150
1885	83 039	191
1890	284 278	408
1895	545 248	740
1900	710 789	863
1904	1 135 097	1 250

*) Für diese Jahre haben sich die Zahlen nicht ermitteln lassen.

Kreis Calau.

Jahr	Kohlen t	Arbeiterzahl Köpfe
1845	53	—*)
1850	875	—*)
1855	3 177	13
1860	4 195	16
1865	21 620	39
1870	46 631	114
1875	311 623	393
1880	555 459	646
1885	825 741	1 145
1890	1 937 465	2 340
1895	3 504 637	4 235
1900	6 490 400	6 000
1904	8 857 349	7 541

Die vorstehenden Tabellen dienen, wie bereits erwähnt, zunächst dazu, die vorangegangene historische Darstellung der Senftenberger Braunkohlenindustrie zahlenmäßig zu illustrieren. Die Zahlen geben aber außer dem Nachweis von der Entwicklung der Braunkohlenindustrie in den drei Kreisen Calau, Spremberg und Luckau überhaupt noch ein Bild davon, daß diese Entwicklung keineswegs gleichmäßig vor sich gegangen ist.

Allerdings setzt der Kreis Calau mit der frühesten Zahl, derjenigen des Jahres 1845, ein. In den folgenden Jahren aber bleibt er ganz wesentlich hinter der Entwicklung der Braunkohlenindustrie der beiden anderen Kreise zurück und zwar so, daß er nach einer 20jährigen Tätigkeit im Jahre 1865 von der Produktion des Kreises Spremberg erst den vierten Teil und von derjenigen des Kreises Luckau etwas mehr als die Hälfte erreicht hat. Den Kreis Luckau holt der Kreis Calau im Jahre 1869 ein, und im Jahre 1862, wo der Kreis Luckau bereits um das Dreifache überflügelt ist, bleibt der Kreis Calau immer noch um ca. 15 000 t hinter dem Kreise Spremberg zurück.

*) Für diese Jahre haben sich die Zahlen nicht ermitteln lassen.

Vom Jahre 1872 an beginnt nun im Kreise Calau eine auffallende Steigerung der Braunkohlenproduktion, gegen die die beiden anderen Kreise nicht aufkommen können. Die Produktion nimmt im Laufe der Jahre einen derartigen Hufschwung, daß dieser Umstand dem Leser der Zahlen mit zwingender Notwendigkeit die Frage nach der Ursache dieser eigenartigen Erscheinung aufdrängt. Diese Ursache ist der Beginn der Herstellung von Briketts, während bisher allein Rohkohlen gefördert und abgesetzt worden waren.

Auch in den beiden anderen Kreisen wird — im Kreise Luckau 1882, im Kreise Spremberg 1892 — mit der Herstellung von Briketts begonnen und auch da zeigt sich, daß die Fabrikation von Briketts einen Wendepunkt in der Geschichte der Braunkohlenindustrie des Senftenberger Braunkohlenreviers bedeutet, wenn dies hier auch nicht in derselben auffallenden Weise in die Erscheinung tritt wie im Kreise Calau.

Wenn die auf Grund der Zahlen der Rohkohlenförderung gezogene Schlußfolgerung, daß der Kreis Calau unbestritten die erste Stelle unter den drei Kreisen des Senftenberger Kohlenreviers einnimmt, richtig sein soll, so muß sie auch bezüglich der Herstellung von Briketts zutreffen.

Bei der nachfolgenden Darstellung, die diesem Nachweise dienen soll, und die wir entsprechend den Förderungstabellen der Rohkohle in fünfjährigen Zwischenräumen anführen, geben wir neben der Produktion von Briketts die Zahl der Pressen wieder, die dabei in Betrieb waren, weil diese Angaben zur Vervollständigung des Bildes dienen.

Um die bisher innegehaltene Reihenfolge nicht zu stören, müssen wir auch jetzt den Kreis Spremberg vorangehen lassen, obgleich er am spätesten mit der Herstellung von Briketts, im Jahre 1892, begonnen hat.

Der Kreis Spremberg produzierte:

Jahr	Zahl der Pressen	Briketts t
1892	3	4 760
1895	6	69 950
1900	24	315 405
1904	33	410 606

10 Jahre früher als der Kreis Spremberg, im Jahre 1882, begann man im Kreise Luckau Briketts herzustellen. Die Produktion dieses Kreises gibt folgendes Bild:

Jahr	Zahl der Pressen	Briketts t
1882	2	6 314
1885	3	13 430
1890	12	65 272
1895	19	126 717
1900	21	179 175
1904	24	288 613

Zuerst im Senftenberger Braunkohlenrevier stellte man, wie schon erwähnt, im Kreise Calau Briketts her. Die Quellen führen bereits aus dem Jahre 1872 2 Pressen an, geben aber noch keine Auskunft über die Produktion, sodaß man annehmen muß, daß keine Aufzeichnungen stattgefunden haben.

Vermutlich hat die Industrie gerade in diesem Kreise, weil sie am frühesten die neue Fabrikation einführte, Lehrgeld zahlen müssen, wie dies bei Neuerungen ja stets der Fall zu sein pflegt. Mit den ersten Versuchen wird wohl ein recht erheblicher Zeitraum verstrichen sein. Jedenfalls geben die Produktionsziffern in den ersten Jahren des Bestehens der Brikettindustrie im Kreise Calau eine so geringe und auch zeitweise so schwankende Leistungsfähigkeit der einzelnen Presse an, daß man diese Annahme auf Grund der Zahlen nicht wird von der Hand weisen dürfen. Die, wie erwähnt, 10 Jahre später einsetzende Brikettindustrie des Kreises Luckau und die wieder 10 Jahre nach dieser ins Leben gerufene Brikettindustrie des Kreises Spremberg weisen von Anfang an eine erheblich größere und von vornherein stetig zunehmende Durchschnittsleistung der einzelnen Presse auf.

Dies vorausgeschickt, gibt der Kreis Calau folgendes Bild von der Entwicklung seiner Brikettindustrie:

Jahr	Zahl der Pressen	Briketts t
1872	—*)	—*)

*) Zahlen haben sich für diese Jahre nicht ermitteln lassen.

Jahr	Zahl der Pressen	Briketts t
1875	7	15 920
1880	10	42 472
1885	17	109 706
1890	50	393 657
1895	85	920 045
1900	132	1 802 603
1904	169	2 625 586

Diese Tabellen gestatten, vielleicht sogar noch mit größerer Beweiskraft als die vorher für die Rohkohlenförderung angeführten Zahlen den Schluß, daß der Kreis Calau auch in der Brikettindustrie die erste Rolle gegenüber den beiden Nachbarkreisen einnimmt.

Nun wird nicht die gesamte geförderte Rohkohle zu Briketts verarbeitet, sondern ein Teil derselben im ursprünglichen Zustande zu den verschiedensten Zwecken verbraucht. Es kommt für uns indes nicht darauf an, dem Wege nachzugehen, welchen diese Kohle vom Werke aus nimmt, ob sie in eine Glashütte wandert, um dort zum Schmelzen des Glases zu dienen, oder ob sie in einer Ziegelei zum Brennen der Ziegelsteine verwendet wird u. a. m. Was uns interessiert, ist vielmehr die Frage, welcher Teil der geförderten Rohkohle zu Briketts verarbeitet und welcher Teil als Rohkohle abgesetzt wird.

Zu diesem Zweck wird man feststellen müssen, in welchem Verhältnis die Förderungszahlen der Gruben mit Brikettfabrikation und die Gruben ohne solche zu einander stehen. Indem wir diese Zahlen nach den Übersichten anführen, wie sie auf Grund der amtlichen Angaben des Königl. Oberbergamtes Halle a. S. in den Jahresberichten der Handelskammer Cottbus enthalten sind, geben wir zur Vervollständigung des Bildes zugleich die Anzahl der betreffenden Gruben an. Um nicht zu weit zurückzugehen, beschränken wir uns hierbei auf die Betrachtung der letzten 10 Jahre. Die noch weiter zurückliegenden Jahre würden übrigens unser Material nur noch beweiskräftiger machen.

Die erwähnten Quellen teilen uns Folgendes mit:

Kreis Spremberg.

Jahr	Zahl der Gruben		Förderung der Gruben	
	überhaupt	davon ohne Brikettfabrikation	überhaupt	davon ohne Brikettfabrikation
1895	9	8	535 968	266 803
1900	11	7	1 311 786	248 857
1904	10	5	1 655 141	320 828

Kreis Luckau.

Jahr	Zahl der Gruben		Förderung der Gruben	
	überhaupt	davon ohne Brikettfabrikation	überhaupt	davon ohne Brikettfabrikation
1895	12	6	545 248	19 970
1900	10	2	710 789	7 205
1904	10	3	1 135 097	6 998

Kreis Calau.

Jahr	Zahl der Gruben		Förderung der Gruben	
	überhaupt	davon ohne Brikettfabrikation	überhaupt	davon ohne Brikettfabrikation
1895	27	6	3 504 637	122 331
1900	29	6	6 490 400	100 958
1904	30	4	8 857 349	19 826

Diese Zahlen bedürfen bezüglich der Kreise Spremberg und Calau einer Erläuterung.

Die im Kreise Spremberg gelegenen Gruben müssen in zwei räumlich getrennte Gruppen auseinandergelassen werden, in die Gruppe bei der Stadt Spremberg, die diese Stadt unter Benutzung einer Schmalspurigen Eisenbahn mit Kohlen versorgen und deshalb nicht bloß auf die Herstellung von Briketts, sondern auf die Gewinnung von Rohkohlen angewiesen sind, und in die weiter nach Westen, auf Senftenberg zu gelegenen, aber auch von hier noch ziemlich weit entfernten Werke, die den bei weitem größten Teil der Produktion des Kreises repräsentieren und fast ausnahmslos Briketts herstellen. Unter diesen Umständen kommt der Kreis Spremberg streng genommen für den

vorliegenden Zweck eigentlich nicht in Frage. Immerhin ist er ebenfalls ein Beweis dafür, daß die Brikettindustrie in stetem Zunehmen begriffen ist.

In dem Kreise Calau ist für das Jahr 1895 die Grube Guerrini bei Vetschau mit einer Produktion von 141 234 t Rohkohlen und 21 504 t Briketts notiert. Die Grube befand sich also damals nur in der Zahl für die Gesamtförderung. Da sie 1900 keine Briketts mehr herstellte, mußte ihre Produktion jetzt zwar in der Gesamtförderung bleiben, zugleich aber auch in der Förderung der Gruben ohne Brikettfabrikation erscheinen, und es sind 93 906 t Rohkohlen von Guerrini in der Förderung von 100 958 t der Gruben ohne Brikettfabrikation enthalten. Die Nachweisung des Jahres 1904 gibt die Förderung von Guerrini mit 15 844 t und diejenige der Gruben ohne Brikettfabrikation mit 19 826 t an. Also macht Guerrini den bei weitem überwiegenden Teil der betreffenden Produktionsziffer aus. Nun liegt Guerrini, wie die später noch öfter zu erwähnende Karte angibt, im hohen Norden des Kreises Calau und ohne jede Verbindung mit dem Senftenberger Bergrevier, von dem in der vorliegenden Darstellung ständig die Rede ist. Wie wir später noch näher angeben werden, kommt es uns lediglich auf die Gruben in der Umgebung von Senftenberg an; jedenfalls scheiden soweit abliegende Werke wie die Grube Guerrini aus der Betrachtung aus.

Würde dieser Grund schon genügen, um die genannte Grube außerhalb des Rahmens des Senftenberger Braunkohlenreviers zu stellen, so darf nicht unerwähnt bleiben, daß Guerrini auch sonst eine Ausnahmestellung einnimmt, die unsere Maßnahme rechtfertigt.

Wenn eine Grube bereits zur Brikettfabrikation übergegangen ist und diese nachher wieder aufgibt, so müssen besondere Gründe hierfür vorliegen. Welcher Art diese immer gewesen sein mögen, darf an dieser Stelle ununtersucht bleiben, fest steht, daß die Grube im Jahre 1900 nicht bloß keine Briketts mehr herstellte, sondern auch von einer Rohkohlenförderung von 141 234 t im Jahre 1895 auf 93 906 t im Jahre 1900 zurückging. Die Kohlenförderung nahm weiter ab und

war 1904 auf 15 844 t angelangt. Im Jahre 1905 hat die Grube schließlich die Kohlenförderung überhaupt eingestellt.

Die Grube Guerrini befand sich also in einem Übergangsstadium, das mit der sonst stetig aufwärts steigenden Produktion der Gruben um Senftenberg in offenbarem Gegensatz steht, eine Tatfache, die man bei Berechnungen wie der vorliegenden zu berücksichtigen hat.

Deshalb muß man, um die für unsere Zwecke lediglich in Frage kommenden Zahlen zu erhalten, die Ziffern für Guerrini zwar für das Jahr 1895 noch in der vorstehend angegebenen Anordnung führen, für 1900 und 1904 aber müssen sie aus der Förderungszahl ohne Brikettfabrikation verschwinden, sodaß unter diesen Umständen der Kreis Calau folgende Übersicht ergeben würde:

Kreis Calau.

Jahr	Zahl der Gruben		Förderung der Gruben	
	überhaupt	davon ohne Brikettfabrikation	überhaupt	davon ohne Brikettfabrikation
1895	27	6	3 504 637	122 331
1900	29	5	6 490 400	7 052
1904	30	4	8 857 349	3 982

Bei dieser, den tatsächlichen Verhältnissen der Senftenberger Gegend entsprechenden Aufstellung zeigt sich wiederum der Kreis Calau als derjenige, in welchem die Brikettindustrie den größten Teil der Braunkohlenförderung oder, besser gesagt, fast die gesamte Kohlenförderung zu Briketts verarbeitet. Ist dies aber der Fall, so wird niemand mehr den innigen und unzertrennlichen Zusammenhang zwischen der Braunkohlenindustrie und der Brikettfabrikation leugnen können, und man wird nur noch von der Braunkohlen- und Brikettindustrie, nicht aber davon sprechen dürfen, daß hier etwa zwei getrennte Industriezweige vorliegen, von denen der eine Rohmaterial liefert und der andere dieses durch Weiterverarbeitung erst veredelt.

Wir werden deshalb bei unseren weiteren Ausführungen hierauf nicht mehr besonders zurückkommen, sondern haben, auch wenn wir nur von der Braunkohlenindustrie reden, stets auch die Brikettfabrikation im Auge.

Wie wenig die Kohlenförderung der Gruben ohne Brikkettfabrikation zu belagen hat, beweist nicht nur das Verhältnis der beiden Förderungszahlen zu einander, sondern auch der Umstand, daß an dem so überaus kleinen Quantum verhältnismäßig viel Gruben beteiligt sind. Während im Kreise Calau

im Jahre 1895	von 27 Gruben	3 504 637 t Kohlen
„ „ 1900	„ 29 „	6 490 400 t „
„ „ 1904	„ 30 „	8 857 349 t „

gefördert wurden, betrug die Produktion von Braunkohlen, aus denen man keine Briketts herstellte,

im Jahre 1895	von 6 Gruben	122 331 t Kohlen
„ „ 1900	„ 5 „	7 052 t „
„ „ 1904	„ 4 „	3 982 t „

Man wird auch nach diesen Zahlen ohne Bedenken die von uns vorher behauptete Identität der Braunkohlen- und Brikkettindustrie im Kreise Calau zugeben können.

Diese Braunkohlen- und Brikkettindustrie des Kreises Calau beschäftigte nun im Jahre 1904

7 541 Personen.

Nach den von dem Königl. Oberbergamte Halle a. S. aufgestellten Nachweisungen betrug die Zahl der von dieser Belegschaft direkt ernährten Angehörigen

15 482 Personen.

Mithin ernährte die Braunkohlenindustrie des Kreises Calau

23 023 Köpfe.

Da die Volkszählung vom 1. Dezember 1900 als ortsanwesende Bevölkerungsziffer dieses Kreises

78 804 Einwohner

ergab, so ist fast der dritte Teil der Bevölkerung des Kreises von seiner Braunkohlenindustrie erhalten worden.

Ganz unberücksichtigt sind hierbei die Personen geblieben, die auch sonst ihr Brot und ihren Erwerb mittelbar durch die Braun-

kohlenindustrie erhalten haben, wie dies naturgemäß der Fall ist und keines weiteren Beweises bedarf, wenn sich auch hierfür zahlenmäßige Angaben nicht erbringen lassen.

Wir haben bei der Erwähnung der Grube Guerrini von einer Karte gesprochen, die wir zum Beweis für die isolierte Lage der Grube unseren Ausführungen beigegeben wollten. Diese in der Anlage befindliche Karte gibt uns nun nicht bloß die Richtigkeit der von Guerrini behaupteten Tatsache an, sondern beweist noch mehr. Sie zeigt uns, daß der Kreis Calau, soweit die Braunkohlenindustrie in Frage kommt, in zwei, ihrer Größe nach verschiedene Teile, einen nördlichen und einen südlichen, zerfällt. Die Grenze beider Teile bildet eine die Orte Saalhausen und die Grube Mariannensglück verbindende, den Kreis von Westen nach Osten durchschneidende Linie.

Der von dieser Linie nördlich gelegene und räumlich größere Teil des Kreises enthält nur die beiden Gruben Guerrini bei Vetschau und Gute Hoffnung bei Bronkow, die nur Rohkohle fördern. Von diesen beiden Gruben ist übrigens Guerrini, wie erwähnt, im Jahre 1905 nicht mehr im Betriebe gewesen und Gute Hoffnung förderte mit einem Mann 16 800 t Kohlen, und auch die nicht für den Verkauf, sondern für die zu dem benachbarten Gute gehörige Brennerei.

Der südliche kleinere Teil des Kreises würde im Norden von der erwähnten Linie Saalhausen—Mariannensglück, im übrigen von der Kreisgrenze umschlossen sein. Hier ist nach der Karte die Braunkohlenindustrie stark vertreten. Da von den 30 Gruben des ganzen Kreises nach der Zählung vom Jahre 1904 auf den südlichen Teil 28 entfallen, also die gesamte Brikettfabrikation des Kreises in diesem südlichen Teile liegt, kann man ihn als den Braunkohlenbezirk des Kreises Calau bezeichnen.

Die beiden vorstehend gekennzeichneten Teile des Kreises verhalten sich bezüglich ihres Flächeninhaltes und ihrer Bevölkerungsziffer nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 wie folgt zu einander:

Der Norden	hatte	72 037,4 ha	mit	40 615	Einwohnern
„ Süden	„	27 795,0 ha	„	38 189	„

Der ganze Kreis Calau weist einen Flächeninhalt von
99 832,4 ha mit 78 804 Einwohnern
auf.

Daß die beiden Teile des Kreises ihrer Größe nach recht erheblich von einander abweichen, leuchtet ohne weiteres ein.

Auf diesen so verschieden großen Gebieten wohnt nun zwar nicht die gleiche Anzahl Menschen. Der kleine Überschuß von ca. 2 500 Seelen des Nordens über den Süden kommt aber bei der so bedeutenden Abweichung in der Größe der beiden Bezirke und der hohen Bevölkerungsziffer des Kreises nicht in Frage. Jedenfalls wird man die bei weitem größere Dichtigkeit der Bevölkerung des Südens gegenüber dem Norden zugeben müssen.

In dieser Bevölkerung des Südens ist nun die gesamte Belegschaft der Braunkohlenindustrie des gesamten Kreises Calau mit Ausnahme der Arbeiterzahl der Gruben Guerrini und Gute Hoffnung enthalten. Beide Gruben beschäftigen übrigens nur 33 Mann.

Wenn wir jetzt dieselbe Aufstellung machen wie vorher, als wir der Einwohnerzahl des ganzen Kreises Calau die Belegschaft der Braunkohlenindustrie und der von dieser Belegschaft direkt ernährten Angehörigen gegenüberstellten, so erfahren wir folgendes:

Die Braunkohlenindustrie im südlichen Teil des Kreises Calau beschäftigte im Jahre 1904

7 508 Personen.

Nach den Nachweisungen des Königl. Oberbergamtes Halle a. S. betrug die Zahl der von dieser Belegschaft direkt ernährten Angehörigen

15 402 Köpfe.

Mithin ernährte die Braunkohlen- und Brikettindustrie des Kreises im ganzen

22 920 Köpfe.

Da nun die Bevölkerungsziffer des Südens des Kreises

38 189 Einwohner

beträgt, so sind fast $\frac{2}{3}$ der gesamten Bevölkerung von der Braunkohlenindustrie direkt erhalten worden.

Bei der vorigen Gegenüberstellung schlossen wir weiter, daß die Personen in den vorstehenden Zahlen nicht berücksichtigt seien, die auch sonst von der oder durch die Braunkohlenindustrie mittelbar ihren Unterhalt oder ihren Erwerb fänden, daß aber der Einfluß einer Industrie mit einer solchen Arbeiterzahl von einem unbefangenen Beurteiler auch ohne zahlenmäßige Nachweise nicht übersehen werden könne. Vorher betrug die betr. Zahl ungefähr $\frac{1}{3}$ der Bevölkerungsziffer des ganzen Kreises, jetzt ist sie nur um ein ganz geringes kleiner und macht ca. $\frac{2}{3}$ der Kopfzahl einer Fläche aus, die nur $\frac{3}{11}$ des Flächeninhaltes des ganzen Kreises beträgt. War vorher unser Schluß richtig, so muß er jetzt umsomehr zutreffen, weil auf einem beschränkteren Raum die wirtschaftlichen Beziehungen viel enger und intensiver sind als auf einem größeren.

Wenn auf einem begrenzten Gebiet sich eine Industrie besonders stark entwickelt hat, so sucht man nach einem Namen dafür. Diesen nimmt man gern von einem Orte, der sich durch irgend einen Umstand dazu besonders eignet. Der Ort kann sich im Bezirk selbst oder, weil der Fall, daß der Ort den geographischen Mittelpunkt oder das Zentrum darstellt, höchst selten vorkommt, in seiner nächsten Nähe befinden. Immer aber muß der Ort ein besonderes Merkmal haben; er muß eine Stadt sein, während ringsherum nur Dörfer liegen; er muß eine größere Einwohnerzahl als die Orte der Umgegend und dergleichen mehr aufweisen, die ihn zu der Namensgebung geeignet macht.

In dem südlichen Teile des Kreises Calau liegt nur eine einzige von den fünf Städten des Kreises, die Stadt Senftenberg. Außerdem befindet sich die Stadt Senftenberg so in unmittelbarer Nähe der Braunkohlen- und Brikettindustrie, daß es nicht Wunder nimmt, wenn der Volksmund sich diesen Umstand zu Nutzen gemacht hat und von dem „Senftenberger Braunkohlenrevier“ spricht. Wie zutreffend diese Bezeichnung gewählt war, geht am besten daraus hervor, daß sie auch in den amtlichen Verkehr der Bergbehörden übergegangen ist.

Wer diese Bezeichnung hört und die Karte betrachtet, findet die Braunkohlenindustrie auf einen viel engeren Raum zusammengedrängt

als auf den von uns bereits beschriebenen Süden des Kreises, sodaß auch ohne zahlenmäßigen Nachweis die Bedeutung der Braunkohlenindustrie für die Gegend speziell um Senftenberg einleuchtet.

Es liegt unter diesen Umständen nahe, nun noch den näher zu bestimmenden Flächeninhalt, Bevölkerungsziffer und Belegschaft der Gruben der betreffenden Gegend einander gegenüber zu stellen, um dadurch ein noch anderes Verhältnis für unsere Auffassung von der Bedeutung der Senftenberger Braunkohlenindustrie für die dortige Gegend zu erhalten. Diesen Nachweis zu führen liegt deshalb besonders nahe, weil wir damit unsere Ausführung schließen könnten. Aber gerade hier stoßen wir auf von der unrigen so von Grund aus verschiedene Ansichten, daß diese Schlußbetrachtung vor der Hand noch unterbleiben muß. Es ist bei dieser Sachlage vorerst notwendig, die gegensätzlichen Ansichten kennen zu lernen, um sie sodann auf ihre Richtigkeiten zu prüfen.

Wir erwähnten schon im Eingang, daß sich in einer Gegend, wo sich Industrie befindet oder wo sich diese immer weiter ausdehnt, stets Anlässe ergeben, durch welche der Nachbar eines industriellen Werkes sich in seinem Eigentum durch irgend welche Einwirkungen oder Einflüsse der an sein Grundstück anstoßenden oder in seiner Nähe befindlichen Anlage gestört glaubt. Diese Erscheinung konnte im Senftenberger Bergrevier, wo die Industrie sich in einem solchen Aufschwunge befindet, naturgemäß nicht ausbleiben. Die Schädigungen, die hier in Frage kommen, sind die Belästigungen durch den bei der Herstellung der Briketts entstehenden Staub.

Der Gesetzgeber hatte im Allgemeinen Landrecht keine Bestimmungen getroffen, die diese Frage regeln. Dafür sagt das Bürgerliche Gesetzbuch in seinem § 906:

Der Eigentümer eines Grundstücks kann die Zuführung von Gasen, Dämpfen, Gerüchen, Rauch, Ruß, Wärme, Geräusch, Erschütterungen und ähnliche, von einem anderen Grundstück ausgehende Einwirkungen insoweit nicht verbieten, als die Einwirkung die Benutzung seines Grundstücks nicht oder nur

unwesentlich beeinträchtigt oder durch eine Benutzung des anderen Grundstücks herbeigeführt wird, die nach den örtlichen Verhältnissen bei Grundstücken dieser Lage gewöhnlich ist. Die Zuführung durch eine besondere Leitung ist unzulässig.

Nun kam es in einer Klage, welche zwei Grundstücksbesitzer gegen zwei Brikettfabriken, die Senftenberger Stadtgrube und die Grube Neurostolln, wegen Staubbelästigung anhängig gemacht hatten, auf die Beantwortung folgender vom Kammergericht gestellten Fragen an:

Hat sich die Örtlichkeit von Senftenberg zu einem Industriebezirk entwickelt und wird dort insbesondere die Brikettfabrikation in solchem Umfange betrieben, daß solche Betriebe in jener Gegend als „gewöhnlich“ gelten müssen? (§ 906 B. G. B.) Gilt dies auch bereits für den Beginn des Jahres 1895? Ist ferner anzunehmen, daß der Grundbesitz, insbesondere der Nutzungswert in jener Gegend zufolge der Entwicklung, die die Industrie dort genommen hat, so im Werte gestiegen ist, daß hierdurch der Schaden, den der landwirtschaftliche Betrieb durch die Brikettfabrikation erleidet (Schäden durch Kohlenstaub) durch den andererseits eingetretenen Nutzen wettgemacht wird?

Man wird ohne weiteres zugeben, daß diese Frage, die im vorliegenden Falle allerdings in dem speziellen Streit der Anlieger mit den benachbarten Brikettfabriken aufgeworfen wurde, für die ganze Senftenberger Braunkohlenindustrie von prinzipieller Bedeutung ist. Wird sie bejaht, dann sind unsere vorherigen Ausführungen richtig; kann sie verneint werden, dann waren unsere Schlüsse falsch.

In den über die Frage von den verschiedenen Interessentenvertretungen und auch von anderer sachverständiger Seite eingeholten Gutachten gelangten die bereits erwähnten, grundsätzlich verschiedenen Auffassungen zum Ausdruck. Die Handelskammer in Cottbus bejahte die Frage, die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg in Berlin verneinte sie und in demselben verneinenden Sinne sprach sich ein Gutachter aus der Gegend von Senftenberg, der Mühlenbesitzer Brödemann-

Sedlitz, aus. Diesen Gutachten von landwirtschaftlicher Seite ist eine besondere Bedeutung beigelegt worden; denn man hat in späteren „Staubprozessen“ öfters auf sie zurückgegriffen.

Auf das Gutachten der Handelskammer, in deren Bezirk die Senftenberger Braunkohlenindustrie liegt, brauchen wir nicht weiter einzugehen, weil es unseren Ausführungen zustimmt. Um so notwendiger ist es, sowohl das Gutachten der Landwirtschaftskammer wie dasjenige Brödemanns kennen zu lernen.

Der Beweisbeschluß des Kammergerichtes verlangt die Beantwortung von drei Fragen:

1. Der Frage nach der Entwicklung der Braunkohlen- und Brikettindustrie von Senftenberg bis zur Zeit der Anfrage, also bis zum Jahre 1904;
2. der Frage nach denselben Verhältnissen im Jahre 1895;
3. der Frage nach dem Einfluß der Industrie auf den Nutzungswert der Grundstücke in jener Gegend.

Der Sachverständige Brödemann äußert sich zunächst zu den beiden ersten Fragen, wie folgt:

Für die Beantwortung der in dem Beweisbeschluß gestellten drei allgemeinen Fragen, nämlich:

„hat sich die Örtlichkeit von Senftenberg zu einem Industriebezirk entwickelt und wird dort insbesondere die Brikettfabrikation in solchem Umfange betrieben, daß solche Betriebe in jener Gegend als gewöhnlich gelten müssen?“

ist zunächst von Wichtigkeit, den Umfang der Örtlichkeit von Senftenberg abzugrenzen. In Rücksicht auf das erforderliche Gutachten darf dieser Umfang nicht zu eng begrenzt werden, da in unmittelbarer Nähe der Stadt Senftenberg nur eine Industrieanlage (die Schöppenthau'sche Glashütte und Brikettfabrik) vorhanden ist. Folglich müssen, um von einem Industriebezirk überhaupt reden zu können, die Grenzen weiter, mindestens 5 km um die Stadt herum, gezogen werden, damit in den Umkreis eine größere Anzahl von Industrieanlagen hineingelangen.

Betrachtet man nun diesen Bezirk, der mir nach jeder Richtung hin bekannt ist, so findet man nur in westlicher und nördlicher Richtung der Stadt Senftenberg eine Anzahl von Industrie- und Fabrikanlagen, während in südlicher und östlicher Richtung das Gelände noch einen rein landwirtschaftlichen Charakter zeigt.

Die in der westlichen und nördlichen Richtung von Senftenberg gelegenen Industrieanlagen liegen zum Teil vereinzelt, zum Teil auch mit mehreren zusammen verstreut, inmitten von Flächen, welche noch bis hart an die Anlagen heran und zwischen hindurch nur landwirtschaftlichen Zwecken, größtenteils dem Ackerbau und der Forstwirtschaft, dienen.

Auch an diesem Teil der Örtlichkeit von Senftenberg ist das Merkmal der Landwirtschaft noch vorherrschend, da die von den Industrieanlagen in Anspruch genommenen Bodenflächen in keinem Verhältnis zu den bis jetzt noch landwirtschaftlich benutzten stehen, sodaß sich auch dieser Teil der „Örtlichkeit“ von Senftenberg bis jetzt noch nicht vollständig zu einem Industriebezirk entwickelt hat.

Berücksichtigt man nun weiter, daß die in jenem Teile belegenen Industrieanlagen nicht ausschließlich aus Brikettfabriken bestehen, sondern daß fast ebensoviel Glashütten und Ziegeleien vorhanden sind, so folgt auch ferner daraus, daß die Brikettfabrikation in jenem Teil nicht als gewöhnlich gelten muß.

Mit demselben Rechte könnten auch die Betriebe der Glashütten und Ziegeleien als gewöhnlich gelten.

Die weitere Frage:

„Gilt dieses bereits für den Beginn des Jahres 1895?“
ist mit den vorstehenden Ausführungen zugleich erledigt.

Das Gutachten der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg beantwortet die vom Gericht gestellten Fragen folgendermaßen:

Endlich ist auch im Anschluß hieran zu erörtern, was in dem in Frage stehenden Sinne für „gewöhnlich“ in Bezug auf Umfang und Zahl der Betriebe anzusehen ist.

Was nun die Örtlichkeit anlangt, so erweist der Hagenschein, daß die gesamte nähere und weitere Umgebung in südlicher und östlicher Richtung überhaupt auch nicht die geringste Spur von Industrie oder industriellen Anlagen aufweist. Der Blick schweift vielmehr bis zum Horizont ausschließlich über Wälder und Felder, wie dies allgemein in der Mark Brandenburg und speziell in der Lausitz auch sonst der Fall ist. Fabrikanlagen befinden sich vielmehr ausschließlich nur im Westen und Norden der Stadt. Daraus folgt also zunächst, daß, wenn überhaupt, was noch weiter unten zu erörtern sein wird, so jedenfalls nur ein Teil der Umgebung resp. der Örtlichkeit von Senftenberg industrielle Anlagen aufweist, nicht aber die gesamte nähere und weitere Umgebung der Stadt.

Was deshalb den Begriff „Industriebezirk“ anlangt, so müssen wir denselben als gegeben im vorliegenden Falle verneinen und zwar deshalb, weil, wie ebenfalls der Hagenschein ergibt, die von der Industrie, speziell die von der allein und ausschließlich in Betracht kommenden Brikettfabrikation für den Betrieb in Arbeit genommenen Flächen im Verhältnis zu denjenigen Grund- und Bodenflächen, welche mit Feldfrüchten aller Art und Forsten bestanden sind, überhaupt in gar keinem Verhältnis stehen. Dies erscheint deshalb um so wesentlicher, als eine von Sachverständigen unternommene Rundfahrt durch die fraglichen Geländeteile ergeben hat, daß überall noch der Ackerbau und die Forstkultur tatsächlich die ganz unverhältnismäßig und weitaus überwiegende Fläche des Bodens in Anspruch nimmt. Würde eine Vermessung der nicht etwa schon zwecks späteren Abbaus in das Eigentum der Brikettfabriken übergegangen und noch mit Feldfrüchten und Forst bedeckten Flächen stattfinden und damit die von den Fabrik-etablissemments oder den Abbaustellen bedeckten Flächen verglichen

werden, so würde sich die Richtigkeit dieser Auffassung nach jeder Richtung hin ergeben. Daraus folgt auch weiter, daß von dem Betrieb der Brikettfabriken in der Örtlichkeit von Senftenberg von einem solchen Umfange, daß diese Betriebe in jener Gegend als „gewöhnlich“ gelten müßten, nicht gesprochen werden kann. Dies nämlich umsomehr, als unter dem Begriff des „gewöhnlichen“ im Sinne des in dem Beweisbeschluß angezogenen § 906 B. G. B. zweifellos liegt, daß wesentlich für den Begriff ist in Bezug auf die Zeit die längere Dauer und in Bezug auf den Raum die Allgemeinheit.

In diesem Sinne kann der Begriff „gewöhnlich“ hier, wie ausgeführt, zweifellos nicht als vorliegend angenommen werden; denn wenn uns auch wohl bekannt ist, daß die Brikettproduktion relativ stark ist, so können die Erzeugungsstätten im Verhältnis zur Örtlichkeit von Senftenberg in dem oben erörterten Sinne doch aber gleichsam nur als Inseln betrachtet werden, welche in den einen Teil der die Stadt konzentrisch umgebenden Dorfmarkungen und Feldfluren eingesprengt sind.

Mit den vorstehenden Erörterungen ist auch zugleich die weitere Frage in verneinendem Sinne beantwortet, ob etwa bereits auch für das Jahr 1895 der Begriff des „gewöhnlichen“ vorgelegen haben könne.

Die Anfrage des Kammergerichtes spricht davon, ob sich die Örtlichkeit von Senftenberg zu einem Industriebezirk entwickelt habe. Hier liegt offenbar eine sprachliche Ungenauigkeit vor; denn eine Örtlichkeit wie eine Stadt kann kein Bezirk, vor allen Dingen keine Gegend sein. Übrigens wird diese Ungenauigkeit in dem weiteren Wortlaut der Anfrage dadurch berichtigt, daß daselbst nicht von einer Örtlichkeit von Senftenberg, sondern von dem dortigen Bezirk und der dortigen Gegend gesprochen wird.

Auch die beiden begutachtenden Stellen sehen es ein, daß man sich bei der Anfrage des Kammergerichtes nicht mit der Stadt Senften-

berg allein beschäftigen kann, weil sich in dieser keine Braunkohlen-
gruben und Brikettfabriken befinden, man also überhaupt von keiner
Industrie reden könnte, um die es sich aber doch handelt. Sie klam-
mern sich trotzdem an den Namen Senftenberg an und konstruieren sich,
indem sie Senftenberg als Mittelpunkt annehmen, die Landwirtschafts-
kammer einen größeren, der Sachverständige einen kleineren Umkreis.

Auf diese Weise erhalten sie einen Bezirk, in welchem sich einige
Industrie befindet. Indem sie mit den so gewonnenen Zahlen und
Verhältnissen operieren, gewinnt die Beweisführung tatsächlich den
Anschein der Richtigkeit. Bei genauerem Zusehen wird man aber zu-
geben müssen, daß diese Art des Vorgehens ganz eigenmächtig und in
jeder Beziehung gekünstelt ist und deshalb der inneren Berechtigung
mangelt. Jedenfalls steht uns das Recht zu, ihr unsere Auffassung
gegenüber zu stellen.

Wir haben nun bereits früher nachgewiesen, daß der Name der
Stadt Senftenberg nur deshalb zur Benennung der dortigen Braun-
kohlen- und Brikettindustrie gewählt ist, weil Senftenberg die einzige
in jener Gegend liegende Stadt und der einzige Ort war, der zur Zeit
der Entstehung der Industrie einige Bedeutung hatte.

Im Jahre 1871 war Senftenberg ein Ort von
1 861 Einwohnern

und ragte trotz dieser geringen Bewohnerzahl immer noch weit über
die Orte mit der nächstgrößten Einwohnerzahl hinaus, über

Clettwitz mit 692 Einwohnern und
Costebrau „ 689 „

Es ist ganz natürlich, daß unter den damaligen Verhältnissen
ein Ort wie Senftenberg sich merklich vor den anderen hervorhob;
denn je kleiner die Verhältnisse sind, desto mehr fallen solche Unter-
schiede in den Bevölkerungsziffern auf, für die man unter den heutigen
vorgeschnittenen Zuständen kaum noch das richtige Verständnis hat.

Auch dadurch mag Senftenberg in den Augen der dortigen
Gegend und ihrer Bewohner bereits eine gewisse Rolle gespielt haben,

als Mittelpunkt gedacht hätte, wohl nach einer Entwicklung der Brikettindustrie um Senftenberg, nicht von Senftenberg gefragt haben.

Macht man sich unsere Auffassung zu eigen, so kommt man aus dem Dilemma heraus, in welchem sich der Sachverständige und die Landwirtschaftskammer insofern befinden, als sie bei ihren weiteren Ausführungen doch einen weiteren als den künstlich konstruierten Bezirk berücksichtigen müssen.

Zu unserer Auffassung führt auch noch ein Blick auf die Natur der Braunkohlen- und Brikettindustrie selbst.

Die Brikettindustrie braucht zu ihrem Betriebe als Rohmaterial Rohkohle. Deshalb kauft jedes Werk Land an, wo durch die vorher ausgeführten Bohrungen die Kohle in solcher Mächtigkeit festgestellt ist, daß der Betrieb voraussichtlich lohnen wird. Also kann eine Brikettfabrik nur da entstehen, wo Braunkohle vorhanden ist, ebenso wie ein Steinkohlenbergwerk nicht ohne Steinkohle in der Gegend denkbar ist, in der das Werk steht.

Ferner wird der Braunkohlenbergbau der Niederlausitz gegenwärtig fast ganz im Tagebau betrieben. Man hebt die über der Kohle liegende Decke ab, entzieht also das über ihr befindliche Gebiet jeder anderweitigen Benutzung, während der Kohlenbergbau unter Tage, z. B. der Steinkohlenbergbau, eine Benutzung des Geländes über dem Kohlenflöz während seines Betriebes nicht ausschließt. Deshalb können die Brikettfabriken in der Niederlausitz nicht in einer größeren Anzahl räumlich bei einander, sondern müssen immer in einiger Entfernung von einander liegen.

Die Braunkohlenindustrie unterscheidet sich eben dadurch von anderen Industrien, wie z. B. von der Tuchfabrikation oder der Maschinenindustrie, daß ihr Rohmaterial aus verschiedenen Gründen keinen weiteren Transport verträgt und daß die Brikettfabrikation daselbe nicht von weither beziehen kann, sondern an Ort und Stelle haben muß. Die Verhältnisse sind hier ganz ähnlich wie bei der Landwirtschaft, wo in vielen Gegenden die Güter innerhalb der zu ihnen gehörigen Felder usw. liegen und deshalb ein Gutshof immer eine gewisse Entfernung von dem benachbarten aufweist.

So kann z. B. auch eine Brikettfabrik nicht in einer größeren Stadt sich befinden, während im Innern einer solchen sehr wohl eine größere Anzahl von Tuch- und Maschinenfabriken auf einen kleineren Raum und dicht zusammengedrängt liegen können. Daraus erklärt sich die Erscheinung, daß eine große Anzahl von Fabriken jeder Art, aber niemals eine Brikettfabrik in Berlin entstanden ist. Andere Industriezweige siedelten sich dort an und blieben so lange in Berlin, bis Grund und Boden zu teuer wurde. Wenn sie später aus diesem Grunde auswanderten, so haben sie sich doch immer wieder in nächster Nähe der Stadt angesiedelt. Ein Beweis dafür ist die übergroße Einwohnerzahl der um Berlin herum liegenden Kreise.

Nach diesen Betrachtungen scheidet also die Stadt Senftenberg als Mittelpunkt für das in Rede stehende Gebiet aus und wir fallen als die Gegend der Senftenberger Braunkohlen- und Brikettindustrie den Teil des Geländes von Senftenberg ins Auge, wo sich diese Industrie tatsächlich befindet.

Damit kommen wir auch dem Sachverständigen wieder näher. Dieser hat nur in dem ersten Teile seines Gutachtens von dem künstlich festgestellten Umkreis um Senftenberg herum gesprochen, während er bei seinen weiteren Betrachtungen ganz in unserem Sinne sich auf das Gebiet beschränkt, das von uns als das Senftenberger Braunkohlenrevier bezeichnet worden ist. Auch die Landwirtschaftskammer kann nicht umhin, nachdem sie sich in allgemeinen Ausführungen über die Örtlichkeit von Senftenberg ergangen hat, das Gebiet zu berücksichtigen, welches wir als das Senftenberger Kohlenrevier im Auge haben.

Während nun die beiden Gutachter von landwirtschaftlicher Seite für das von ihnen angegebene Gebiet nur ganz ungenaue Angaben machen können — Brödemann wünscht einen Umkreis von mindestens 5 km um Senftenberg, die Landwirtschaftskammer einmal einen Umkreis mit einem Radius von 9 km, dann einen Umkreis von 6—9 km — steht unser Gebiet fest. Es ist die Gegend, wo sich nach unserer Karte, auf die wir immer wieder verweisen müssen, die Brikettfabrikation befindet.

Als wir vorher die Bedeutung der Braunkohlenindustrie für den Kreis Calau feststellten, brachen wir unsere weiteren Erörterungen ab, um zunächst die eben angeführten Gutachten in den Kreis unserer Betrachtungen zu ziehen. Nachdem wir das getan haben, sei es gestattet, an der verlassenen Stelle wieder einzusetzen.

Das Senftenberger Kohlenrevier müssen wir, um uns nicht demselben Vorwurf der Ungenauigkeit auszusetzen, den wir soeben an den landwirtschaftlichen Gutachtern bemängelt haben, zunächst bestimmen.

Die Karte zeigt uns, daß die Braunkohlenindustrie nicht konzentrisch um einen bestimmten Mittelpunkt liegt. Damit verbietet sich eine mathematisch genaue Umgrenzung des Industriegebietes, etwa durch eine Kreislinie. Die Brikettindustrie ist vielmehr in einem, aber ebenfalls nicht mathematisch genau aufzufassenden Viereck gelegen, dessen nördliche Seite die Linie Sallgaß—Dörrwalde, dessen Osten die Linie Dörrwalde—Sedlitz, dessen Süden die Linie Senftenberg—Friedrichsthal und dessen Westen die Linie Grube Unser Fritz und der Ort Sallgaß bezeichnen.

Aus dieser Bestimmung der Grenzen des Senftenberger Braunkohlenreviers geht hervor, daß wir auf der einen Seite für die Kohlenindustrie nur den Teil des Kreises Calau in Anspruch nehmen, in welchem sich mit nur geringen Ausnahmen das Gros der Brikettfabriken befindet. Große, weit entfernt gelegene Gruben, die sonst zu dem Senftenberger Bergrevier mitgerechnet werden, wie Mariannensglück und Ferdinand I und ebenso die kleinen Gruben im Norden des Kreises wie Guerrini und Gute Hoffnung lassen wir im vorliegenden Falle weg. Orte ohne Industrie wie Dörrwalde ziehen wir wegen ihrer Lage in den bezeichneten Bezirk mit ein. Auch den Ort Hörlitz nehmen wir trotz seiner über 800 Köpfe betragenden Einwohnerzahl und obgleich er außerhalb unseres Bezirkes liegt, dazu, weil die nach dem Ort benannten Hörlitzer Werke sich im Bezirk befinden. Man kann daraus ersehen, daß es uns nicht etwa darauf ankommt, jedes bedeutendere Werk in unsere Berechnung hineinzupressen und alle Orte ohne Industrie hinauszudrängen.

Auf der anderen Seite ist für uns, wie dies bei wirtschaftlichen Fragen auch nicht der Fall sein darf, die politische Grenze des Kreises kein Hindernis, sondern wir schließen die Gruben Henriette und Gottbold aus dem Kreise Luckau in unser Gebiet mit ein.

Dieses von uns näher bezeichnete Gebiet umfaßt eine Einwohnerzahl von

37 092 Köpfen.

Die Gruben des Bezirkes beschäftigten

7 292 Arbeiter.

Die Zahl der von dieser Belegschaft direkt ernährten Angehörigen betrug

15 313 Seelen.

Mithin wurden von der Braunkohlenindustrie des Bezirkes

22 605 Menschen

oder mehr als $\frac{3}{5}$ der gesamten Bevölkerung unterhalten. Hierzu muß man wie vorher noch diejenigen Handwerker und sonstigen Bewohner des Bezirkes rechnen, die indirekt durch den Verkehr mit dieser Arbeiterzahl Lohn und Brot gefunden haben. Man wird also zugeben müssen, daß der Bezirk vollständig unter der Einwirkung der Braunkohlenindustrie steht und von ihr lebt.

Zum Beweise des Gegenteils stellt der Sachverständige die Behauptung auf, daß in unserem Bezirk, mit dem er sich, wie wir bereits erwähnten, in seinen weiteren Ausführungen beschäftigen muß, fast ebensoviel Glashütten und Ziegeleien vorhanden seien. Demgegenüber führen wir die bezüglichen Zahlen aus dem Kataster der Königl. Gewerbeinspektion an.

Danach beschäftigte der ganze Kreis Calau, also ohne den Bergbau,

4 937 Arbeiter in 195 Betrieben.

Hiervon entfielen auf die Glasindustrie

1 485 Arbeiter in 10 Betrieben,

auf die Ziegeleiindustrie

1 038 Arbeiter in 33 Betrieben.

Der Bergbau beschäftigte, wie wir gesehen haben,

7 292 Arbeiter in 28 Betrieben.

Hierzu ist zunächst zu bemerken, daß unser Bezirk die Gesamtheit der Glashütten des Kreises Calau umfaßt. Von den Ziegeleien befinden sich außerhalb seiner Grenzen 14, sodaß

- 28 Bergwerke,
- 10 Glashütten und
- 19 Ziegeleien

vorhanden sind. Also schon rein zahlenmäßig hat der Sachverständige nicht Recht.

Nun unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß man bei der Bewertung zweier Industrien nicht die Zahl der Betriebe, sondern die Zahl der von ihnen ernährten Menschen und geschaffenen wirtschaftlichen Werte in Ansatz bringen muß. In dieser Beziehung ergibt sich folgendes Bild:

Es entfielen auf

einen Industriebetrieb im Durchschnitt	26 Arbeiter
eine Brikettfabrik	260 „
„ Glashütte	149 „
„ Ziegelei	31 „

Danach nähert sich die Ziegeleiindustrie dem Durchschnitt der Industrierbeiter, während sowohl Glas- wie Brikettindustrie ihn um das vielfache übertreffen. Diese Zahlen sind wiederum ein Beweis dafür, daß große Industrien ihrer Gegend ein besonderes Merkmal ausdrücken. Will man die vorstehende Betrachtung nicht gelten lassen, sondern dem Sachverständigen zustimmen, so steht dem weiteren Schritte nichts im Wege, eine Ziegelei von 2—3 Arbeitern mit einem Werke wie Grube Wilhelminensglück, die 465 Arbeiter beschäftigt, auf die gleiche Stufe zu stellen.

Die Landwirtschaftskammer betont bei der Besprechung dieses Punktes, daß der Begriff des Industriebezirkes nicht feststehe, sondern sehr stark einer subjektiven Interpretation unterworfen sei. Nach der Ansicht der Landwirtschaftskammer kann in der Provinz Brandenburg wie in den meisten übrigen östlichen Provinzen von einer Dichtigkeit der industriellen Anlagen, wie vielfach im Rheinland und Westfalen,

überhaupt nicht gesprochen werden. Aber soweit will die Landwirtschaftskammer auch garnicht gehen. Sie will den einschlägigen regionalen Verhältnissen gerecht werden und einen Industriebezirk schon dann als gegeben ansehen, wenn auch nur abgeschwächt ähnliche Verhältnisse in Bezug auf Intensität und Vielseitigkeit der Industrie vorliegen.

Bei den Ausführungen der Landwirtschaftskammer zeigt sich so recht das Mißliche einer Beweisführung lediglich in Worten und einer solchen, die wenigstens den Versuch macht, das Gesagte durch Zahlen zu stützen. Dieser Mangel könnte zu der Annahme verleiten, als habe die Landwirtschaftskammer durch die Ungenauigkeit im Ausdruck eine Vergleichung irgend welcher anderer Industriezweige mit der Senftenberger Braunkohlen- und Brikettindustrie beabsichtigt.

Indes verneint die Landwirtschaftskammer in dem weiteren Verlauf ihrer Ausführungen das Vorhandensein des Charakters einer Industriegegend, weil, wie sie wörtlich schreibt, „die von der Industrie, speziell die von der allein und ausschließlich in Betracht kommenden Brikettfabrikation für den Betrieb in Bearbeitung genommenen Flächen zu denjenigen Grund- und Bodenflächen, welche mit Feldfrüchten aller Art und Forsten bestanden sind, überhaupt in gar keinem Verhältnis stehen.“

Wir stellen uns also mit Recht auf den Standpunkt, daß es sich im vorliegenden Falle lediglich um den Nachweis eines Industriebezirkes hinsichtlich der Brikettfabrikation handelt, und daß die Landwirtschaftskammer das Vorhandensein desselben bestreitet, weil sie ihr einen ähnlichen Industriezweig, die Steinkohlenindustrie von Rheinland und Westfalen, glaubt gegenüberstellen zu können. Für die Richtigkeit unserer Auffassung können wir uns auch auf den sonst mit uns im Widerspruch stehenden Sachverständigen Brödemann berufen, der den gerichtlichen Beweisbeschluß ebenfalls in unserem Sinne auffaßt.

Im Jahre 1904 wurden in Preußen an

Steinkohlen 112 755 621 t

Braunkohlen 41 153 576 t

gefördert. Die Braunkohlenindustrie macht also dem Gewichte nach mehr als $\frac{1}{3}$ der Steinkohlenförderung aus.

Die Steinkohlenproduktion verteilt sich auf die Oberbergamtsbezirke wie folgt: Der Oberbergamtsbezirk

Dortmund	förderte	67 533 681 t
Breslau	"	30 643 066 t
Bonn	"	13 847 582 t
Clausthal	"	724 316 t
Halle a. S.	"	6 976 t

Wegen der geringfügigkeit ihrer Produktion können die zuletzt genannten Oberbergamtsbezirke für die weitere Betrachtung ausscheiden.

Schon aus dieser Übersicht ergibt sich indes, daß die Landwirtschaftskammer bei ihrer abfälligen Beurteilung der Senftenberger Braunkohlenindustrie insofern einen Fehler beging, als sie diese Industrie lediglich mit der Steinkohlenindustrie von Rheinland und Westfalen vergleichen wollte. Man kann ein Steinkohlenrevier wie dasjenige der Provinz Schlesien, das mit seiner Produktion von mehr als 30 Millionen t Kohle in Preußen an zweiter Stelle steht, nicht ohne weiteres als unwesentlich beiseite schieben. Wir werden daher gut tun, die östliche Steinkohlenproduktion nicht aus dem Auge zu verlieren.

Das Oberbergamt Dortmund umfaßt 2 Provinzen, die Provinz Westfalen und einen Teil der Rheinprovinz. Deshalb sei, da ja auch die Landwirtschaftskammer von der Steinkohlenproduktion von Rheinland und Westfalen spricht, ergänzend erwähnt, daß die Steinkohlenproduktion Preußens in den Provinzen

Westfalen	. . .	47 552 226 t
Rheinprovinz	. . .	33 829 035 t
Schlesien	. . .	30 643 066 t

beträgt. Auch hier tritt die Richtigkeit des vorher von der Steinkohlenförderung Schlesiens Gesagte wieder deutlich hervor. Die Produktion der einzelnen Gebiete ist jetzt gar nicht mehr so sehr von einander entfernt.

Die wichtigsten Produktionsgebiete in diesen Provinzen sind der Regierungsbezirk

Arnsberg	mit	36 777 281 t	(Westfalen)
Oppeln	"	25 417 911 t	(Schlesien)
Düsseldorf	"	21 149 056 t	(Rheinprovinz)
Münster	"	10 765 868 t	(Westfalen)
Trier	"	10 461 529 t	(Rheinprovinz)
Breslau	"	4 738 866 t	(Schlesien)
Hachen	"	2 218 450 t	(Rheinprovinz)

Wenn wir die engeren Produktionsgebiete aufsuchen, so ergibt sich, daß von den 11 Kreisen des Oberbergamtsbezirkes Breslau mit Steinkohlenförderung die wichtigsten produziert haben:

Kreis Kattowitz	8 430 629 t
" Beuthen	7 243 438 t
" Zabrze	6 855 482 t
" Waldenburg	4 136 524 t
" Rybnik	1 572 554 t

Der Rest entfällt auf die übrigen 5 Kreise, von denen keiner die Förderung von 1 Million t erreicht hat.

Im Oberbergamtsbezirk Bonn förderten

Landkreis Hachen	1 943 458 t
Kreis Moers	1 167 603 t

die Staatswerke

(Kreis Saarlouis, Saarbrücken, Ottweiler) zusammen	10 364 777 t
--	--------------

Die restlichen beiden Kreise mit Steinkohlenförderung bleiben weit unter 1 Million t.

Für den Oberbergamtsbezirk Dortmund scheint ein Produktionsnachweis nach Kreisen nicht zu bestehen, sodaß wir nicht in der Lage sind, die betr. Zahlen anzuführen. Immerhin stehen soviel Zahlen über die Förderung der einzelnen Kreise fest, daß sie einen sicheren Schluß für unsere Zwecke gestatten. Es förderte:

Kreis Recklinghausen	10 779 538 t (Westfalen)
Landkreis Essen	9 511 598 t (Rheinprovinz)
„ Bochum	9 122 156 t (Westfalen)
„ Gelsenkirchen	4 684 204 t „
Stadtkreis Gelsenkirchen	3 992 154 t „
„ Essen	2 785 123 t (Rheinprovinz)
Kreis Hattingen	2 544 598 t (Westfalen)
Stadtkreis Oberhausen	1 876 800 t (Rheinprovinz)
„ Bochum	1 608 576 t (Westfalen)
Landkreis Mülheim	1 361 614 t (Rheinprovinz)
Stadtkreis Witten	317 344 t (Westfalen)
Kreis Lüdinghausen	181 834 t „
Stadtkreis Dortmund,	
Landkreis Dortmund und	
Kreis Hörde zusammen	12 510 592 t.

Die in der vorstehenden Tabelle nicht nachgewiesene Förderung von ca. 6 Millionen t des Oberbergamtsbezirktes verteilt sich noch auf einige Kreise, sodaß auf den einzelnen Kreis kein allzugrobes Quantum entfallen dürfte.

Um die vorstehend angegebenen Zahlen richtig zu verstehen, d. h. um sie im Rahmen unserer Ausführungen, deren Zweck eine Darstellung des Braunkohlenbergbaues des Senftenberger Reviers ist, richtig zu beurteilen, wird man sich vergegenwärtigen müssen, welche Spanne dem Steinkohlenbergbau gegeben worden ist, um sich zu der angegebenen Höhe der Produktion zu entwickeln und welcher Zeitraum dem Braunkohlenbergbau zu demselben Zweck zur Verfügung gestanden hat. Deshalb wollen wir in einer gedrängten Übersicht, die nur die aller-notwendigsten Angaben enthält, uns die Entstehung und Entwicklung beider Bergbauarten vergegenwärtigen.

Die älteste Urkunde über den ersten Steinkohlenfund des Kontinents datiert aus dem Jahre 1113. Sie verweist in das Wurmrevier und zwar in das Gebiet der Gemeinde Kirchrath bei Hachen. Zu dieser Zeit war vermutlich in England die Verwendung der

18. Jahrhunderts von mehreren Landesfürsten betrieben, 1793 vom französischen Staat und 1815 von Preußen in Besitz genommen wurde. Das landesherrliche Reservatrecht hatte sich über die Zeit der französischen Okkupation hinaus und während derselben erhalten, obgleich die früheren Landesherren rechtlos wurden. Wo man das Regalrecht erst nach längeren Kämpfen durchsetzte, bildete sich stellenweise ein Mitbaurecht der Grundbesitzer wie in Niederschlesien heraus oder es fanden wie im Saarbrücker Revier wenigstens einmalige oder dauernde Abfindungen in Gestalt von Grundrenten statt.

Noch im 15. und 16. Jahrhundert war ein Bergbau auf Steinkohlen im eigentlichen Sinne kaum vorhanden. Nur in regellosen Gräbereien oder auch mit Hülfe von Stollen und mit wenig tiefen Reifenschächten wurde Steinkohle gewonnen. (Die Reifenschächte sind Schächte, in denen sich die Schächte durch die Spannung von frischen Birkenstämmchen erhalten, die in den runden Querschnitt des Schachtes eingezwängt sind.)

Im 18. Jahrhundert endlich nötigte die Lichtung der Wälder die Landesherren, den Steinkohlenbergbau selbst in die Hand zu nehmen oder wenigstens den Privatbergbau durch Verkehrserleichterungen oder Privilegien zu unterstützen und durch Einführung revidierter Bergordnungen und Einrichtung von Oberbergämtern ihm den staatlichen Schutz zu gewähren. So wurden die Oberbergämter für Schlesien (seit 1850 in Breslau), für Rheinland-Westfalen (seit 1816 zu Dortmund), für das linksrheinische Gebiet einschließlich Saarbrücken (seit 1816 zu Bonn) eingerichtet.

In die Zeit von 1800—1850 fällt die Indienststellung des Dampfes zu bergtechnischen Zwecken und der Übergang zum Tiefbau. Während das Haspelziehen oder die Göpelförderung mit Pferden nur eine recht beschränkte Schachttiefe zuließ, setzten die im Anfang des 19. Jahrhunderts in Gebrauch genommenen Dampföpel, Dampffördermaschinen und Wasserhaltungs-Dampfmaschinen der Tiefe keine Grenzen mehr.

Bereits 1798 stand eine Dampfmaschine auf der Saline Königsborn, 1799 eine solche auf der Zeche Vollmond in Westfalen. 1816 wurde eine Niederdruck-Dampfmaschine in Niederschlesien aufgestellt. In Saarbrücken entstanden die ersten Tiefbauschächte mit Dampfmaschinen zur Förderung und Wasserhaltung im Jahre 1822. Im Hachener Bezirk stand 1811 die erste Wasserhaltungs-Dampfmaschine. Eine Stauung der natürlichen Wasserläufe zum Betrieb von Treträdern und Wasserrädern mit angeschlossenen Pumpensätzen war nicht mehr nötig. Die anfänglich eingeführten Balancier-Dampfmaschinen wurden in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts erst durch direkt und einfach wirkende Dampfmaschinen, Ende der 60er Jahre durch Zwillingswasserhaltungsmaschinen und Verbundmaschinen ersetzt. Die Maschinen wurden über Tage aufgestellt. Erst sehr spät, etwa seit Anfang der 70er Jahre, hielt man eine Aufstellung von Wasserhaltungsmaschinen unter Tage für zweckmäßig, wobei die Dampfkraft durch andere Betriebskräfte (Elektrizität und Wasser) ersetzt wurde.

Dazu kam eine wesentliche Verbesserung der Verkehrswege. Kanäle, Flüsse, Chausséen wurden mit den Gruben durch lange Schienenwege verbunden, auf denen Pferde Grubenwagen mit Spurkranzrädern zogen.

In der Neuzeit von 1850—1900 bilden Eisenbahnen, Dampfschiffe und gut angelegte Straßen die Hauptverkehrsmittel für Frachtgüter und Post. Durch ein weitverzweigtes Schienen- und Straßennetz wurden die deutschen Landesteile den Kohlenbezirken näher gerückt, so daß nunmehr ein beispielloser Aufschwung aller Industrien einsetzte.

Gegenüber dieser Entwicklung des Steinkohlenbergbaues durch mehrere Jahrhunderte hindurch hat der Betrieb der Braunkohlengruben erst viel später begonnen. Über die erste Förderung von Braunkohlen kann etwas Bestimmtes nicht mitgeteilt werden, weil in den ältesten Urkunden zwischen Braun- und Steinkohle eine Unterscheidung nicht gemacht wird und erstere auch als Steinkohle bezeichnet worden sein mag. Dazu verhinderten die vielfach vorhandenen bergbaulichen Privilegien eine nennenswerte Entwicklung des Bergbaues in Mitteldeutschland.

In der Nähe von Halle und auch in Halle selbst wurden in den Jahren 1715 und 1717 Braunkohlen gefunden. Doch wurde eine Förderung nicht gestattet, weil man den Wettiner Steinkohlenbergbau hierdurch zu benachteiligen meinte und auch den Betrieb der Solequellen in Halle zu schädigen fürchtete, da diese nach einer alten Tradition im Mansfeldischen ihren Ursprung haben und die Adern durch die Distrikte der Braunkohlenfunde führen sollten. Im Jahre 1722 wurden bei Trotha Braunkohlenflöze erbohrt und kurze Zeit in Betrieb genommen; eine nachhaltige Förderung fand indessen nicht statt.

Endlich wurde im Jahre 1734 das alte Privilegium zum Teil freigegeben und jedem die Auffuchung und Gewinnung von „Steinkohlen“ in dem fraglichen Bezirk gestattet, wenn er die Freikuxe und den Zehnten an den Staat entrichtete. Trotzdem nun in den folgenden Jahren eine Menge Braunkohlenflöze aufgedeckt wurden, konnte öfters ein regelrechter Betrieb nicht durchgeführt werden, weil die behördliche Bauerlaubnis zur Ausbeutung nicht erteilt wurde. Etwa vom Jahre 1738 an machte man einen Unterschied zwischen Steinkohlen und Braunkohlen.

Eine größere Entwicklung des Bergbaues war aber noch nicht möglich, weil die verliehenen Privilegien, die Übertragung von einem Besitzer an einen anderen, das Eingreifen des Staates in mannigfachster Weise, das sogar zum Rückkauf von verliehenen Privilegien führte, sich stets hindernd in den Weg stellten. Auch wurden mehrfach Anträge auf Erteilung von Privilegien auf Grund des staatlichen Reservatrechtes zurückgewiesen. Dabei machte aber der Staat durchaus keine Miene, den Bergbau selbst in die Hand zu nehmen.

Mit den Niederlagen von Jena und Huerstedt trat in diesem System der obrigkeitlichen Bevormundung ein Wandel ein. Soweit die fraglichen Braunkohlengebiete in das neu errichtete Königreich Westfalen fielen, kam das Organisationsdekret König Jéromes vom 17. Januar 1809 zur Anwendung. Dessen Artikel 4 erklärte zwar die Braunkohle zum Bergregal, aber es wurde zugleich bestimmt, daß „der Bergbau jedem freistehen sollte und niemandem das Schurfrecht und

die Verleihung auf verleihbare Objekte, sobald er bergordnungsmäßig darum nachsuche, vorzuenthalten“ sei. Die bisherigen Rechte sollten bis zum Erlaß einer gleichmäßigen Berg- und Hüttenordnung nur soweit in Geltung bleiben, als sie nicht mit den Vorschriften des Dekretes selbst in Widerspruch ständen.

Auf Grund dieses Dekretes wurden zahlreiche Mutungen vorgenommen, und es bildete sich auch in den von dem Königreiche Westfalen unabhängigen Teilen des Kohlenbeckens eine Menge von Gewerkschaften, weil das dem Bergamte zu Mettin verliehene Privileg von 1691 nur für Steinkohlen in Anwendung gebracht werden sollte, während auf Braunkohle zu Schürfen frei stand.

Dieser rechtliche Unterschied zwischen Steinkohle und Braunkohle, welcher auch nach dem Zerfall des Königreichs Westfalen bestehen blieb, begründete eine außerordentliche Entwicklung des Braunkohlenbergbaues, da durch ihn die allgemeine Bergbaufreiheit für den Braunkohlengrubenbetrieb zur Durchführung gelangte. Namentlich in den 1840er Jahren nahm die Förderung von Braunkohlen einen starken Aufschwung. Mit der Erbauung der Eisenbahnen trat eine rege gewerbliche und industrielle Entwicklung ein, und die Braunkohle wurde als ein äußerst billiges Brennmaterial erkannt.

Die weitere Gesetzgebung hat stets zu Gunsten des Bergbaus gewirkt, so das Gesetz vom 12. Mai 1851 über die Besteuerung der Bergwerke und die Verhältnisse der Miteigentümer, bis schließlich das Allgemeine Berggesetz vom 24. Juni 1865 erlassen wurde. Von diesem Zeitpunkte an datiert der gewaltige Aufschwung des Braunkohlenbergbaues im mitteldeutschen Gebiete, namentlich in der Provinz Sachsen.

In der Zeit, wo im übrigen Deutschland schon von einem starken Aufschwung der Braunkohlenindustrie berichtet wird, setzt die Braunkohlenindustrie der Niederlausitz erst und zwar mit sehr bescheidenen Anfängen ein. Wir haben an anderer Stelle (S. 24) bereits ausgeführt, daß die früheste Förderung aus dem Jahre 1845 und zwar vom Kreise Calau bekannt ist. Das Quantum betrug 53 t, eine gewiß nicht erhebliche Menge.

glasfabriken, Porzellanmanufakturen, Fabriken sonstiger irdener Waren, Fabriken chemischer Produkte zum Gewerbe- und Medizinalgebrauch, Pott-, Waid- und Aichesiedereien, Kalkbrennereien, Ziegeleien und Teeröfen gezählt. Unter all diesen Rubriken ist von einer Notiz über den Bergbau der Niederlausitz nichts zu finden.

Nun wird in der Erläuterung zur „Tabelle der Fabrikationsanstalten und Fabrikunternehmungen aller Art nach der Aufnahme von 1849–1852“ Ipeziell vom Bergbau gehandelt. Es heißt dort in der Vorbemerkung zu der Abteilung „Dampfmaschinen für den Bergbau“:

. Der Bergbau zeigte 1852 eine außerordentliche Vermehrung von 90 Dampfmaschinen mit 5 966,6 Pferdekraft. Die Vermehrung liegt zunächst hauptsächlich in der Rheinprovinz. In dieser sind für 1849 für den Bergbau gezählt worden 144 Dampfmaschinen mit 8 813 Pferdekraft, 1852 aber 177 Dampfmaschinen mit 11 860 Pferdekraft, also ein Plus von 33 Dampfmaschinen mit 3 047 Pferdekraft. In Schlessien waren 123 Dampfmaschinen mit 2 014 Pferdekraft in 1852, und 1849 nur 101 Dampfmaschinen mit 1 566 Pferdekraft, also ein Plus von 22 Dampfmaschinen mit 448 Pferdekraft. In Westfalen stiegen Dampfmaschinen und Pferdekraft von 58 und 2 790 auf 67 und 4 745, also um 9 Dampfmaschinen mit 1 955 Pferdekraft. In der Provinz Sachsen ist eine Steigerung von 28 Dampfmaschinen mit 485 Pferdekraft auf 53 Dampfmaschinen mit 1 017,6 Pferdekraft zu verzeichnen, die besonders stark im Regierungsbezirk Merleburg auftrat.

Bei diesen Ausführungen geschieht des Bergbaues der Provinz Brandenburg wiederum keine Erwähnung. Erst in den Tabellen aus dem Jahre 1852 ist eine Dampfmaschine mit 14 Pferdekraft verzeichnet. Sie hat ihren Standort aber nicht in der Niederlausitz, sondern im Regierungsbezirk Potsdam.

Nach den „Tabellen und amtlichen Nachrichten im Preußischen Staat für das Jahr 1858“ ist die Zahl der Dampfmaschinen für den Bergbau in der Provinz Brandenburg auf 9 mit 107 Pferdekraft gestiegen.

Aber auch jetzt weist die Niederlausitz noch keine auf, die Dampfmaschinen befinden sich wiederum sämtlich im Regierungsbezirk Potsdam.

Die Braunkohlenindustrie des Senftenberger Reviers steckt also zu jener Zeit, wo der übrige Bergbau Preußens sich bereits aller vorgeschrittenen Hilfsmittel, vor allem der Dampfkraft bedient, die die damalige Zeit bot, noch vollständig in den Kinderschuhen. Es dauert eine ganz erhebliche Spanne Zeit, ehe dort von einer im Verhältnis zum übrigen Bergbau in Betracht kommenden Produktion die Rede sein kann. Umso mehr wird es notwendig sein, sich vor Augen zu halten, was die Senftenberger Industrie trotz ihrer verhältnismäßig kurzen Entwicklung geleistet hat.

Wenn wir eine Zahl haben wollen, die wir dem übrigen Bergbau gegenüberstellen können, werden wir zweckmäßig nicht weiter zurückgehen, als bis zu dem Zeitpunkte, wo die Senftenberger Braunkohlenindustrie eine einigermaßen in Frage kommende Zahl, etwa eine Million t förderte. Diese Förderung erreichte sie im Jahre 1890 mit einer Produktion von 1 937 465 t.

Damals war der Steinkohlenbergbau in den einzelnen Regierungsbezirken Preußens auf folgende Zahlen angelangt:

Regierungsbezirk	Münster	3 443 813 t
"	Trier	6 389 405 t
"	Düsseldorf	10 460 441 t
"	Oppeln	16 870 886 t
"	Hrnsberg	21 729 110 t

Wir haben schon angegeben, daß in diesen ausgedehnteren Produktionsgebieten einzelne Kreise mit ihrer Förderung eine ganz besonders hervorragende Stelle einnehmen. Es sind dies

im Oberbergamtsbezirke Bonn	
die Staatswerke (Kreis	
Saarlouis, Saarbrücken	
und Ottweiler) zusammen mit	10 364 777 t
im Oberbergamtsbezirk Dortmund	
Kreis Recklinghausen mit	10 779 538 t

von der Industrie oder den Abbaustellen bedeckten Flächen verglichen werden, so würde sich die Richtigkeit dieser Auffassung der Landwirtschaftskammer nach jeder Richtung hin ergeben.

In ihren Ausführungen spricht die Landwirtschaftskammer von Forstkultur. Wenn man diesen Ausdruck hört, denkt man unwillkürlich an eine geregelte Forstwirtschaft unter fachkundiger Aufsicht und Anleitung, wie man sie in umfangreichen herrschaftlichen Forsten und Wäldungen anderer Gegenden findet. Davon ist im vorliegenden Falle keine Rede. Der Waldbestand der ganzen Senftenberger Gegend ist Bauernwald, und eine Forstwirtschaft in dem angegebenen Sinne findet nirgends statt. Die Forstkultur kann also auscheiden.

Wenn die Landwirtschaftskammer ferner die Oberfläche der in Rede stehenden Gegend mit dem Areal des Bergbaus vergleicht, so stellt sie zwei vollständig inkommensurable Größen einander gegenüber. Der Ackerbau holt seine Erzeugnisse von der Oberfläche der Erde, der Bergbau findet seine Produkte unter dieser Fläche. Der Ackerbau kann seine Produktion nur vergrößern, wenn er eine immer größere Fläche anbaut. Beim Bergbau liegen die Verhältnisse ganz anders. Nach der Ansicht der Landwirtschaftskammer würden 10 Morgen Ackerland zum Anbauen von Roggen, Hafer und Kartoffeln, die fast ausschließlich als Feldfrüchte der Senftenberger Gegend in Frage kommen, ebensoviel bedeuten wie 10 Morgen Land, welches eine Grube zum Abbauen der Kohle angekauft hat. Die Landwirtschaftskammer ist dieser Ansicht, weil die in Frage kommenden Flächen gleiche Ausdehnung haben.

Jedem unbefangenen Beurteiler wird aber ohne weiteres einleuchten, daß diese Rechnung nicht stimmen kann, wenn sich unter der 10 Morgen großen, von der Grube angekauften Fläche Kohlenflöze von 15 m Mächtigkeit befinden und wenn zum Abbau dieser Kohlen auf der Fläche anstatt von Kartoffeln, Roggen, Hafer und Buchweizen eine nach Millionen an Wert zählende Brikettfabrik mit ihrem gesamten Zubehör erbaut ist. Wir werden später noch Gelegenheit haben, einiges über die Preise der Grubenfelder zu sagen, möchten aber bereits

an dieser Stelle betonen, daß es früher, als die Braunkohlenindustrie sich noch in ihren ersten Anfängen befand, möglich war, Land zu M. 75.— pro Morgen zu kaufen, ein Preis, für den heute in der Senftenberger Industriegegend wohl überhaupt kein Land mehr zu haben sein wird.

Abgesehen davon, daß die Ausführungen der Landwirtschaftskammer sich mit unserer Auffassung nicht in Einklang bringen lassen, stehen sie auch mit der Ansicht der angelesenen Einwohner und zwar mit der Ansicht der dortigen Landleute in Widerspruch.

In der Streitfache Kubisch, Lehmann, Geschick, Schurmann, Löscher gegen die Grube Viktoria hat der vom Kammergerichtsrat Havenstein in einem auf Grube Bertha abgehaltenen Termin als Zeuge vernommene Gemeindevorsteher Jannaschk aus Rauno unter seinem Eide bekundet, daß die gesamte Feldmark Rauno mit Ausnahme einiger Teile der Ortschaft selbst, sowie einiger Parzellen in den sogenannten Weinbergen an die umliegenden Werke verkauft sei. Dasselbe sei in der Nähe der Grube Bertha der Fall. Der Verkauf sei in der Weise erfolgt, daß die Werke die Oberfläche mitgekauft haben oder daß diese noch in der Hand der Besitzer ist. Mit der Oberfläche mögen etwa $\frac{2}{3}$ der Feldmark verkauft sein.

Diese zeugeneidliche Huslage hat der in demselben Termin vernommene Gemeindegewalt Klemmt aus demselben Orte zu der seinigen gemacht, und der Gutsbesitzer Hauer aus Viktoriahof präziserte seine eidliche Huslage in dem gleichen Termin noch dahin, daß nach seiner Ansicht die ganze Feldmark Rauno mit geringen Husnahmen als Kohlenfeld von den umliegenden Gruben käuflich erworben worden sei.

Diesen Zeugenauslagen eingesehener und mit den örtlichen Verhältnissen auf das Genaueste vertrauter Landleute gegenüber müssen die Ausführungen der Landwirtschaftskammer in den Hintergrund treten. Sie werden aber verständlich, wenn man sich ihre Entstehungsgeschichte vor Augen hält. Die Landwirtschaftskammer hat nämlich, wie sie das in ihrem Gutachten auch erwähnt, eine Kommission von drei Sach-

verständigen in die Gegend entsandt, und diese haben auf Grund des Eindrucks geurteilt, den sie durch eine mehrstündige Rundfahrt in der Gegend erhielten.

Zu einem eingehenden Studium der örtlichen Verhältnisse, die ohne Befragen der Bewohner der Gegend nicht möglich ist, gibt eine solche Rundfahrt naturgemäß keine Gelegenheit. Vor allen Dingen fehlt hierzu die Zeit. Die Sachverständigen haben auch nicht gewußt, daß das an die Gruben verkaufte Ackerland, auch wenn es dem Besitzer nicht mehr gehört, doch so lange von ihm bebaut wird, als die Gruben mit dem Abbau ihrer Felder noch nicht soweit vorgedrungen sind.

Um festzustellen, wie die Verhältnisse in dieser Beziehung tatsächlich liegen, ist bei den zu dem Verein der Niederlausitzer Braunkohlenindustrie gehörigen Werken eine Rundfrage veranstaltet worden. Diese hat ergeben, daß im Senftenberger Industriebezirk etwa 12 000 ha Grubenfelder angekauft sind. Etwa 17 000 ha ist der ganze Industriebezirk groß.





Der Beweisbeschluß des Kammergerichtes, der den Anlaß zu unseren Erörterungen gegeben hat, fragt auch nach der Lage der Verhältnisse im Jahre 1895. Unsere Darlegungen haben den Zweck, der Gegenwart und der Zukunft zu dienen. Schon aus diesem Grunde erübrigt es sich, auf Zustände einzugehen, die mehr als 10 Jahre zurückliegen. Wir erwähnen die Frage auch nur des Zusammenhanges und der Vollständigkeit wegen.

Allerdings wird man nach den Resultaten unserer Untersuchungen über die erste vom Gericht gestellte Frage und ihre Beantwortung von landwirtschaftlicher Seite, auch ohne sich eingehender mit ihr zu beschäftigen, und auch ohne eine gründliche Untersuchung Zweifel darüber nicht unterdrücken dürfen, ob die Verneinung dieser Frage vor einer schärferen Kritik würde standhalten können.

Anstatt von den Erscheinungen des Jahres 1904 zurück auf die Richtigkeit der Zustände auch im Jahre 1895 zu schließen, wäre vielleicht eher der Schluß richtig gewesen, daß zwar die Verhältnisse im Jahre 1904 sich zu Gunsten der Industrie geändert haben, daß die Verhältnisse im Jahre 1895 aber noch eine ganz andere Gestaltung aufgewiesen haben.





Die dritte vom Kammergericht gestellte Frage lautet dahin, ob anzunehmen sei, daß der Grundbesitz, insbesondere der Nutzungswert in der Senftenberger Gegend, zufolge der Entwicklung, die die Brikettindustrie dort genommen hat, so gestiegen sei, daß hierdurch der Schaden, den der landwirtschaftliche Betrieb durch die Brikettfabrikation erleidet (Schäden durch Kohlenstaub), durch den andererseits eingetretenen Nutzen wettgemacht wird.

Der Sachverständige beantwortet die Frage wie folgt:

Diese Frage ist ebenfalls zu verneinen, da der Nutzungswert, d. h. die Rente, die der Boden abwirft, durch die Entwicklung der Industrie deshalb nicht gestiegen ist, weil das, was durch intensivere Kultur mehr erzielt wird, doppelt durch höhere Arbeitslöhne auf der anderen Seite wieder verloren geht.

Der Boden in der Senftenberger Gegend, soweit derselbe nicht als Forst oder Wiese benützt wird, eignet sich in der Hauptsache nur zum Anbau von Roggen, Hafer, Buchweizen und Kartoffeln.

Auf die Verwertung dieser Artikel übt die dort bestehende Industrie auch nicht den geringsten Einfluß aus, weil bei den heutigen modernen Verkehrsverhältnissen die Preise dafür in der ganzen Provinz Brandenburg fast die gleichen sind, wie die Marktberichte aus den Hauptmarktorten der Provinz Brandenburg ergeben.

Zum Anbau anderer Produkte z. B. Gemüse, die einen höheren Wert haben und so den Nutzungswert steigern könnten, ist, wie schon gesagt, der Boden nicht geeignet.

aber als „gewöhnlich“ nicht angenommen werden, zumal auch diejenigen Grundstücke, die einen solchen Wert haben, in keinem Verhältnis zu den minderwertigen stehen.

Daneben gelegene Grundstücke, die die vorhin genannten Vorteile nicht haben, obwohl unter denselben sich auch Braunkohle befindet, nur daß dieselbe sich nicht ohne Schwierigkeiten abbauen läßt, sind auch nicht teurer als gleiche Grundstücke anderswo.

Aus dem Gesagten dürfte daher zur Genüge hervorgegangen sein, daß der Schaden, den der landwirtschaftliche Betrieb durch die Brikettfabrikation erleidet (Schäden durch Kohlenstaub), durch den andererseits eingetretenen Nutzen nicht wieder wettgemacht wird.

Hierbei will ich noch bemerken, daß nicht die Schäden, die durch Kohlenstaub entstehen, für die Landwirtschaft die alleinigen sind. Durch die Betriebe der Braunkohlengruben, die doch zweifellos den Brikettfabriken als integrierender Teil zuzurechnen sind, ist der Grundwasserstand auf mehreren Stellen schon derartig zurückgegangen, daß es dem Boden zur Ernährung der auf demselben wachsenden Pflanzen an der nötigen Feuchtigkeit fehlt. Früher gute und ertragreiche Grundstücke haben dadurch schon bedeutend an Nutzungswert verloren.

Seitens der Landwirtschaftskammer findet dieselbe Frage folgende Beantwortung:

Für diese Frage ist ausschließlich maßgebend die Rente, welche bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung aus den Acker- und Forstflächen gezogen werden kann. Da uns die Frage nicht vorgelegt ist, in welchem Umfange etwa die zu gedachtem Zweck benutzten Grund- und Bodenflächen einschlägig geschädigt werden, müssen wir uns darauf beschränken, in erster Linie zu bemerken, daß eine Erhöhung der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte in dortiger Gegend, wie durch vielfache Erkundigungen

festgestellt worden ist und auch die einschlägigen Marktberichte der Stadt Senftenberg erweisen, absolut nicht stattgefunden hat, daß sie im Gegenteil sogar die üblichen sind. Dies stimmt auch mit dem Stande der Landeskultur in der in Frage kommenden näheren und weiteren Umgebung von Senftenberg durchaus überein, da eine sogenannte intensive Kultur, insbesondere Gartenbau pp. so gut wie garnicht sich findet, sodaß also auch eine Erzeugung von relativ höher bewerteten Produkten ebenfalls nicht erfolgt.

Dies dürfte einmal darauf zurückzuführen sein, daß die in den Industrieanlagen dortiger Gegend beschäftigten Arbeiter zu einem sehr erheblichen Teile einzelflehende und bisweilen sogar in großen Kasernements untergebrachte polnische und sonstige ausländische Arbeiter sind, deren Lebenshaltung bekanntlich zum überwiegenden Teil eine außerordentlich niedrige ist, namentlich was die Nachfrage nach Gemüse, Milch usw. usw. anlangt; andererseits aber sind irgendwie erheblichere und ständige regionale Preisunterschiede für gewöhnliche und durch Ackerbau erzeugte Lebensmittel heute bei der modernen Verkehrsentwicklung überhaupt kaum noch vorhanden und auch nicht mehr möglich; die Unterschiede sind entweder minimale und vorübergehende oder aber werden durch teure Produktionsbedingungen (Arbeitslöhne) meist mehr wie in das Gegenteil verkehrt.

Soweit jedoch durch die mitgeteilte rapide Entwicklung der Brikettindustrie etwa auch noch in erheblichem Umfange Arbeitskräfte in Anspruch genommen werden, welche bis dahin für die Landwirtschaft selbst verfügbar gewesen sind, was sicherlich gleichfalls der Fall ist, so ist das der größte Nachteil für die davon betroffene Landwirtschaft, den es überhaupt geben kann. Sie hat zwar die Steigerung der Arbeitslöhne, den Mangel an selbst großgezogenen Arbeitskräften und oft genug auch noch große Armen- und Unterstützungslasten zu tragen, ohne andererseits, wie ausgeführt wurde, in Bezug auf die Rentabilität auch

nur den geringsten Nutzen zu haben, eine Tafsache, die namentlich für den hier ausschließlich in Betracht kommenden kleineren und bäuerlichen Besitz vor allem in Betracht kommt.

Endlich ist auch weiter noch zu bemerken, daß die bergbaulichen Maßnahmen, namentlich da, wo Tagebau zur Gewinnung der Braunkohlen getrieben wird, offensichtlich sehr einschneidende Veränderungen im Grundwasserstande hebeiführen, eine Frage, welche namentlich für die Wiesen von erheblicher Bedeutung sein muß.

Zum Schluß müssen wir auch noch weiter bemerken, daß selbstverständlich generelle Etablissements desto nachhaltiger und fühlbarer für die Landwirtschaft werden müssen, einmal je dichter dieselben aneinander liegen und sodann je länger und in desto größerem Umfange sie betrieben werden, daß speziell mit der längeren Dauer der Betriebe im Laufe der Jahre und Jahrzehnte auch naturgemäß die Einwirkungen derselben, sofern überhaupt Dämpfe und Kohlenstaub entweichen, auf die nähere und ausschließlich auf die immer entferntere Umgebung größer werden und unabwendbar größer werden müssen.

Dies ist deshalb bedeutsam, weil eine Immission, welche in den ersten Jahren des Bestehens eines Etablissements vielleicht auf die landwirtschaftliche Umgebung ohne nachhaltigen Einfluß ist, nach 10, 20 oder 30 Jahren selbstverständlich bei der dauern- den und allmählich immer fortschreitenden Abladung von Fremd- stoffen sich allmählich als immer schädlicher und schädlicher erweisen muß.

Es muß dem Sachverständigen ohne weiteres zugegeben werden, daß die Löhne für die Landwirtschaft in der Senftenberger Gegend gegen früher wesentliche Änderungen erfahren haben, d. h. daß sie nicht unbeträchtlich gestiegen sind. Diese Steigerung der Löhne ist aber nicht bloß eine Folgeerscheinung der Industrie und damit eine Spezialität der Senftenberger Gegend, sondern tritt auch in anderen

Gegenden, wo die Brikettindustrie ihre Wirkung nicht hat ausüben können, hervor. So gibt der Rittergutsbesitzer Wolff-Sadow auf Grund seiner Wirtschaftsbücher an, daß er im Jahre 1892 M. 9000.— und im Jahre 1904 M. 21 000.— an Löhnen hat ausgeben müssen. Der Ort Sadow liegt aber nicht im Senftenberger Bergrevier, sondern in einer rein landwirtschaftlichen Gegend und von Senftenberg etwa 20 km entfernt. Danach kann man die Steigerung der Löhne auf keinen Fall der Senftenberger Braunkohlenindustrie zur Last legen.

Wenn der Sachverständige Brödemann weiter ausführt, daß der Boden der Senftenberger Gegend sich in der Hauptsache nur zum Anbau von Roggen, Hafer, Buchweizen und Kartoffeln, nicht aber zum Anbau von Gemüse eigne, so hat er damit zunächst zugegeben, daß der Boden kein besonders guter ist. Trotzdem stiegen im Laufe der letzten Jahrzehnte sowohl die Pachtpreise für Ackerland wie für Wiesen.

Nach landwirtschaftlicher Schätzung wurden im Senftenberger Industriebezirk an Pacht gezahlt:

a) für Ackerland ungedüngt

1870	M. 12.—	pro Morgen
1880	M. 13.—	„ „
1890	M. 15.—	„ „
1900	M. 18.—	bis 20.— pro Morgen.

b) für Wiesen ungedüngt

1870	M. 16.—	pro Morgen
1880	M. 18.—	bis 19.— pro Morgen
1890	M. 20.—	„ 23.— „ „
1900	M. 25.—	„ 30.— „ „

Wir lassen dahingestellt, ob es gerade ein weiteres glückliches Argument gegen die Braunkohlenindustrie war, wenn der Sachverständige behauptet, daß diese deshalb für die Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse „auch nicht den geringsten Einfluß ausübe, weil bei den heutigen modernen Verkehrsverhältnissen die Preise dafür in der ganzen Provinz Brandenburg fast die gleichen sind“ und wenn die Landwirtschaftskammer meint, daß „irgendwie erhebliche und ständig

regionale Preisunterschiede für gewöhnliche, durch Ackerbau erzeugte Lebensmittel heute bei der modernen Verkehrsentwicklung überhaupt kaum noch vorhanden und auch nicht mehr möglich“ sind.

Denn wenn die moderne Verkehrsentwicklung so groß ist, daß sie jedes preissteigernde Moment bei den Lebensmitteln ohne weiteres aufhebt, so ist naturgemäß von der Senftenberger Braunkohlen- und Brikettindustrie nicht zu verlangen, daß sie hierin hätte Wandel schaffen können.

Wir sind aber in der Lage, Anschauungen aus landwirtschaftlichen Kreisen anzuführen, die das Gegenteil behaupten und, was die Hauptsache ist, auch beweisen können.

Der bereits genannte Rittergutsbesitzer Wolff, der die Landwirtschaft im Großen betreibt und, wie seine Ausführungen erkennen lassen, die Anschauung weiterer Kreise der Landwirtschaft vertritt, erkennt die Einwirkung der Industrie des Senftenberger Reviers nicht bloß für die Landwirtschaft des engeren Industriebezirks selbst, sondern auch für die Landwirtschaft weit über die Grenzen dieses Bezirkes hinaus mit großer Entschiedenheit an. Da er sich außerdem über die Absatzverhältnisse der verschiedensten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wie Kartoffeln, Gemüse und Stroh, sowie über die Preise äußert und besonders, weil er in der Lage ist, sich auch über die Absatzverhältnisse zur Zeit vor der Existenz der Senftenberger Braunkohlenindustrie auszulassen, geben wir seine Ausführungen kurz wieder. Wolff schreibt:

. . . . Ganz abgesehen davon, daß früher, vor dem Entstehen der Industrie bei Senftenberg, alle landwirtschaftlichen Produkte bis Finsterwalde und Spremberg per Achse geführt werden mußten, um überhaupt Absatz zu finden, jetzt aber in unmittelbarer Nähe wegen der Dichtigkeit der Bevölkerung Absatz finden — ein Vorteil, der bei den meist miserablen Wegen unseres Sandbodens für den aus den Produkten sich ergebenden Reingewinn sehr ins Gewicht fällt — so kann nur ein Blinder leugnen, daß infolge des Einsetzens der Industrie die

landwirtschaftlichen Produkte nicht nur für die Örtlichkeit von Senftenberg im Norden und Westen, sondern auch für den Süden und Osten dieser Stadt reißenden Absatz finden. Wodurch sollten wir Landwirte, die wir 12 — 15 — 20 km von dem Senftenberger Industriebezirk entfernt wohnen, bewogen werden, unsere Kartoffeln, Gemüse und Stroh bis in den Industriebezirk per Achse zu führen und dort im einzelnen abzusetzen, wenn eben dort nicht besserer Absatz wäre als bei uns selber und wenn dort nicht noch höhere Preise bezahlt würden? Von meinem Gute geht z. B. in der ganzen Herbstzeit seit Jahren fast täglich ein Wagen den 20 km langen Weg zum Industriebezirk, um landwirtschaftliche Produkte dort im einzelnen abzusetzen, und dieser Betrag fällt trotz der großen Entfernung und trotz der schlechten Wege bei mir sehr ins Gewicht, ebenso wie bei den anderen Landwirten, die in der gleichen Weise verfahren. Was uns Landwirten trotz der Entfernung vom Industriebezirk Vorteil in klingender Münze bringt, sollte das den Landwirten, die nahe am Industriebezirk oder gar direkt im Industriebezirk selbst wohnen, keinen Vorteil in pekuniärer Beziehung bringen? Ich meine, einen größeren Vorteil als uns, da sie die großen Kosten des Transports wegen ihrer Lage im Industriebezirk sparen.

Wir weisen an der Hand dieser Ausführungen noch besonders darauf hin, daß Wolff von einer Wirkung der Senftenberger Braunkohlenindustrie auf den Absatz nicht bloß im Industriebezirk selbst, sondern in der ganzen Umgebung, auch im Süden und Osten der Stadt Senftenberg spricht. Dieser Hinweis ist deshalb notwendig, und die Ausführungen Wolffs sind deshalb interessant, weil die Landwirtschaftskammer vorher die von der Braunkohlenindustrie in Besitz genommenen Flächen der Senftenberger Gegend im Verhältnis zu Ackerland und Wiesen als möglichst gering hinstellen wollte, um daraus zu folgern, daß die Braunkohlenindustrie für die Senftenberger Gegend nicht als „gewöhnlich“ zu gelten habe. Nach

dem Gutachten Wolffs steht jetzt fest, daß die Senftenberger Braunkohlenindustrie, auch wenn sie mit ihren Anlagen nicht überall vertreten ist, doch ihre Einwirkung auf den Absatz landwirtschaftlicher Produkte in einem weiteren Umkreis ausübt.

Herr Wolff spricht in seiner vorstehend angeführten Äußerung auch von dem Transport von Gemüse aus seiner Gegend nach dem Senftenberger Bezirk. Wenn dieser Transport möglich ist und wenn er trotz der weiten Entfernung und trotz der schlechten Wege noch mit Vorteil erfolgen kann, so muß Nachfrage vorhanden sein. Es würde unter diesen Umständen im Industriebezirk gezogenes Gemüse ebenfalls und naturgemäß mit größerem Nutzen abzusetzen sein, weil dies die Unkosten des Transports nicht zu tragen hat. Dann können aber die Äußerungen der Landwirtschaftskammer nicht richtig sein, die den Mangel einer intensiveren Kultur, insbesondere von Gartenbau, darauf zurückführt, daß die in der Senftenberger Industrie beschäftigten, namentlich ausländischen Arbeiter zu einem sehr erheblichen Teile eine viel zu niedrige Lebenshaltung haben, um als Abnehmer von Gemüse in Frage zu kommen.

Und was nun die Behauptung des Sachverständigen betrifft, daß das Angebot von Gemüse aus der Lübbenauer Gegend meist schon stärker als die Nachfrage sein soll, so muß es befremdlich erscheinen, daß trotzdem ein Gemüsehändler aus Lübbenau zweimal wöchentlich nach Senftenberg kommt und für seine Ware jederzeit schnell Absatz findet. Wenn die Nachfrage so gering wäre, wie sie der Sachverständige hinstellt, so würden für diesen Händler die Fahrten nach Senftenberg nicht lohnen, und dann nähme der Händler ganz sicher auch nicht die Belchwerlichkeiten dieser Reisen und Transporte auf sich. Von den Zufuhren des Herrn Wolff und der Landwirte aus dessen Gegend scheint Herr Brödemann überhaupt nichts zu wissen.

Mit den bisherigen Angaben sind aber die Bezüge von Kartoffeln und Gemüse nach dem Senftenberger Bezirk noch keineswegs erschöpft. Einzelne Werke lassen alljährlich ganze Wagenladungen von Gemüse für ihre Arbeiter kommen, die schnell abgenommen werden. Ware kein

und zwar kein sehr großer Bedarf in jener Gegend, den die Landwirtschaft nicht zu decken vermag, so könnten, um nur ein Beispiel anzuführen, die Kaufhäuser der Ilse Wohlfahrts-Gesellschaft, abgesehen von Fleisch, Wurst und Speck, wohl kaum noch 50 000 Kilo Kartoffeln, 36 000 Kilo Gemüse und 3 500 000 Kilo sonstige Nahrungsmittel jährlich beziehen.

Wie mit den Behauptungen des Sachverständigen bezüglich der Nachfrage nach Kartoffeln und Gemüse verhält es sich mit der Richtigkeit seiner Ausführungen bezüglich Milch und Butter, für die er allerdings eine etwas größere Nachfrage zugesteht, die aber von den mit den örtlichen Verhältnissen weniger Vertrauten allgemein überschätzt werden soll. Als Beweis hierfür führt er die Gründung der Senftenberger Molkerei im Jahre 1904 an.

Es muß zunächst Wunder nehmen, daß sich Landwirte zur Gründung einer Molkerei in der Senftenberger Gegend gefunden haben sollten, wenn sie sich hiervon nicht einen entsprechenden Nutzen versprächen. Immerhin wäre aber die Möglichkeit vorhanden, daß sie sich in ihren Erwartungen getäuscht hätten. Unter diesen Verhältnissen wird es gut sein, jemanden zu hören, der die Verhältnisse noch genauer kennt als der Sachverständige Brödemann.

Einen solchen sicheren Gewährsmann finden wir wieder in dem Rittergutsbesitzer Wolff. Für die vorliegende Frage erscheint er uns aber nicht als Landwirt einer Gegend fern von Senftenberg, der die Verhältnisse vom Hörenlagern aus beurteilt, sondern als Vorstand dieser Molkerei, der also über alle Einzelheiten besser als jeder andere auf das Genaueste unterrichtet sein muß.

Er äußert sich über die Nachfrage und die Preise von Milch und Butter in der Senftenberger Gegend folgendermaßen:

. Evident für die Verwertung der Produkte aus der Viehhaltung ist die seit September 1904 neu eingerichtete Molkerei Senftenberg. Wodurch sollten wir Landwirte aus der weiteren Umgebung Senftenbergs bis nach Calau hin und darüber

hinaus wohl bewogen worden sein, in Senftenberg eine Genossenschaftsmolkerei zu errichten und dafür 85 000 Mark auszugeben, wenn dort nicht ein besseres Absatzgebiet vorhanden wäre als in den Dörfern und Städten ohne Industrie? Die Genossenschafter dieser Molkerei, in deren Vorstand ich selbst sitze, weshalb ich ein Urteil bis ins einzelinste fällen darf, müssen für dieses Institut die beträchtlichen Zinsen der Anlage, sehr hohe Unkosten des Betriebes und die Anfuhrkosten zur Molkerei aufwenden und machen trotzdem ein gutes Geschäft.

Wir hatten laut Nachweis unserer Bücher im dritten Monat des Bestehens der Molkerei 23 000 l Vollmilch und sämtliche Butter und Magermilch verkauft und erzielen heute noch, trotz der größeren Zufuhr, für einen Liter Milch 18 Pfg. und für einen Liter Flaschenmilch 20 Pfg., sodaß wir nach Abzug aller Unkosten und Aufwendungen den Genossenschaf tern 11—12 Pfg. je nach Fettgehalt auszahlen können.

Die Genossenschafter setzten ihre Milch also mit 11 und 12 Pfg. um. Die Landwirte im Industriebezirk? Bei einem täglichen Umsatz von nur 100 l für ein kleineres Gut hat der im Industriebezirk wohnende Landwirt einen Erlös von M. 6.— pro Tag mehr oder von 2 190 M. pro Jahr vor den Landwirten außerhalb des Industriebezirks voraus. Ist das kein Nutzen infolge der Industrie? Ich meine, ein sehr erheblicher.

Durch die Wolff'schen Ausführungen über die Rentabilität der Landwirtschaft infolge des durch die Industrie bewirkten vorteilhafteren Absatzes ihrer Produkte ist auch bereits ein Teil der weiteren Einwendungen der landwirtschaftlichen Gutachten widerlegt.

Wenn man von dieser Seite u. a. die hohen Armenlasten und dergl. anführt, so soll doch nicht vergessen werden, daß die Industrie nicht bloß zu den Gemeindelasten, sondern auch zu allen anderen Lasten in der ausgedehntesten Weise, jedenfalls mit viel höheren Beträgen herangezogen wird als die Landwirtschaft.

Während aber sonst im preußischen Staate den Pflichten entsprechende Rechte gegenüberstehen, ist dies bei der Senftenberger Braunkohlenindustrie nicht der Fall. Man sehe sich nur einmal die Vertretung der Bergwerksindustrie im Kreistage an, also an der Stelle, wo die für das Wohl und Wehe des ganzen Kreises und damit auch der Braunkohlenindustrie maßgebenden Beschlüsse gefaßt werden.

Der Kreistag des Kreises Calau hat 33 Abgeordnete. Von diesen sind nur zwei Industrielle aus dem Wahlverbände der größeren ländlichen Grundbesitzer und drei Industrielle aus dem Wahlverbände der Landgemeinden gewählt, während die Landwirtschaft in der erstgenannten Gruppe mit zehn, in der zweiten mit fünf Vertretern beteiligt ist. Speziell auf die Bergwerke entfallen zwei Vertreter. Dabei bringen im Wahlverbände der größeren ländlichen Grundbesitzer die Grundbesitzer nur 21 759 M., die Gewerbetreibenden und Bergwerksbesitzer 56 348 M. Kreissteuern nach dem Voranschlage pro 1905/06 auf.

Daß die Ankäufe der Braunkohlenindustrie den Wert der Grundstücke ganz enorm gesteigert haben, kann der Sachverständige Brödemann nicht leugnen. Er sucht diese Tatsache aber mit dem Hinweis darauf abzuschwächen, daß die gesteigerten Grundstückspreise nur den Landwirten zu Gute gekommen seien, die Grubenfelder oder Baustellen an die Industrie abzugeben hatten.

Wir haben schon bei der Erwähnung des Termins auf Grube Berta durch Anführung der zeugeneidlichen Aussagen dreier eingefessener Landwirte dargetan, daß manche Teile des Senftenberger Braunkohlenbezirkes, wie die Feldmark von Rauno, mit verschwindenden Ausnahmen von der Bergwerksindustrie vollständig aufgekauft worden sind. In demselben Termin wird von den vernommenen Landwirten die Zahl der Besitzer von Rauno, die sich nicht von der Industrie ernähren, auf 5—6 mit noch kaum 100 Köpfen angegeben.

Außerdem gibt es dort noch eine Anzahl von Leuten, die einen kleinen Besitz haben. Diese arbeiten aber nebenbei noch in den Fabriken und Ziegeleien, die ebenfalls fast ausnahmslos den Gruben gehören. Mit den Geschäftsleuten wird ihre Zahl auf etwa 200 Köpfe geschätzt.

Da aber sowohl die zuletzt genannten wie die kleineren Besitzer zu denjenigen Personen nicht gezählt werden können, die gar keinen Zusammenhang mit der Industrie haben, so stellt sich das Verhältnis so, daß von 2 005 Einwohnern von Rauno nur etwa 100 außerhalb der Sphäre der Industrie stehen.

Wenn auch die Verhältnisse nicht überall so liegen mögen wie gerade in Rauno, bei einer großen Anzahl der Ortschaften des Industriebezirks sind sie aber hiervon nicht wesentlich verschieden. Sie lassen sich nur aus dem Grunde nicht mit der gleichen Genauigkeit anführen, weil zeugeneidliche Auslagen bisher noch nicht gemacht worden sind. Lügen die Verhältnisse nicht so, wie wir dies behaupten, so würden unsere Zahlen ja nicht stimmen, die wir vorher auf Grund der Nachweisungen des Oberbergamts Halle a. S. für diejenigen Bewohner des Senftenberger Reviers anzugeben in der Lage waren, die außer den Bergarbeitern selbst noch direkt von der Bergwerksindustrie ernährt werden, wozu diejenigen Bewohner der Gegend gezählt werden müssen, die indirekt Vorteile und Einnahmen von dieser Industrie haben.

Berücksichtigt man dieses Moment und vergegenwärtigt man sich, wie wenig die Behauptungen Brödemanns bisher der Nachprüfung haben standhalten können, so wird man auch seinen weiteren Angaben, wonach der Verkaufswert der Grundstücke in der Senftenberger Gegend im allgemeinen keineswegs mehr gestiegen sein soll als in rein landwirtschaftlichen Orten, von vornherein kritisch gegenüberstehen müssen.

Richtig ist seine Angabe über die höheren Preise solcher Grundstücke, die zum Zweck des Abbaues von Kohlen von den Gruben angekauft wurden. Wie sehr die Preise hierfür gestiegen sind, geht am besten daraus hervor, daß man in früheren Jahren, als die Brikettfabrikation noch keinen solchen Umfang angenommen hatte wie jetzt, den Morgen Acker als Grubenfeld zum Preise von 75—100 M. haben konnte. Diese Zeiten sind längst vorüber. Heute werden im Durchschnitt 1500 M. pro Morgen, aber gar nicht selten auch Preise bis zu 4000 M. angelegt. Daraus geht hervor, daß die Industrie viel Geld unter die Bewohner des Kreises Calau bringt, was ohne das Ein-

treten der Industrie nicht der Fall gewesen wäre, und es muß eigentlich Wunder nehmen, daß eine solche Preissteigerung der von den Bergwerken in ihrem eigenen Bezirk angekauften Grundstücke auf die weitere Umgebung keinen Einfluß gehabt haben sollte. Tatsächlich ist dies auch der Fall, wie einige Beispiele beweisen werden.

In dem Prozeß, den der Besitzer der Totzigmühle gegen die Grube Elisabethsglück wegen Staubbelästigung geführt hat, kam auch die Werterhöhung des klägerischen Grundstückes durch die Nähe der Kohlenindustrie zur Sprache. Die Brikettfabrik hatte nämlich das Grundstück kaufen wollen, um auf diese Weise den Streit aus der Welt zu schaffen. Auf eine Anfrage an den Kläger nach dem Preise seines Grundstücks verlangte dieser 72 000 M. Gekauft hatte er das Grundstück vor etwas über 20 Jahren für ca. 31 000 M. Diese Preissteigerung ist um so bemerkenswerter, als das Grundstück keine Kohle, auch sonst keinen guten Boden hat und als das Grundstück durch die Nähe der Grube in seinem Werte stark vermindert sein sollte. Die Mühle ist eine Anlage von ganz geringem Wert mit nur wenig Wasserkraft, wie die Landwirtschaftskammer seiner Zeit auf Grund der Gutachten ihrer Sachverständigen festgestellt hatte.

Der Sachverständige Brödemann spricht weiter von Preissteigerungen solcher Grundstücke, die sich zu Baustellen eignen oder zur Anlage von Fabriken erforderlich sind. In diesem Zusammenhange kann er nur Baustellen in der Nähe von Fabriken im Auge gehabt haben. Bei Senftenberg liegen solche bekanntlich nur in ganz geringem Maße, wie der Sachverständige selbst angab, als er für die Örtlichkeit von Senftenberg einen größeren Umkreis konstruierte. Mithin kann die Industrie dort keinen direkten Einfluß auf den Preis von Grund und Boden ausgeübt haben, weil sie dort nichts für ihre Zwecke in Anspruch genommen hat. Wenn eine solche Preissteigerung trotzdem eingetreten ist, so muß sie auf einen anderen Einfluß der Industrie zurückgeführt werden, den man, wie dies der Rittergutsbesitzer Wolff schon in seinen Ausführungen hervorhob, in der auch an anderen Stellen durch die Industrie veranlaßten allgemeinen Werterhöhung

— Wolff wies diese Werterhöhung für Lebensmittel nach — zu suchen haben wird. Geben die Verhältnisse in Senftenberg dem Sachverständigen nicht recht, so dürfen wir mit Recht unsererseits daraus schließen, daß ihm auch bezüglich der anderen Orte des Senftenberger Bezirks nicht zuzustimmen ist.

Wie haben sich nun tatsächlich die Verhältnisse in der Stadt Senftenberg gestaltet? Zur Beurteilung dieser Frage steht uns eine Übersicht zu Gebote, der wir folgende Daten entnehmen:

- 1888 kaufte Hoyer-Senftenberg II von Koptich $4\frac{1}{2}$ Morgen für 1800 M., also pro Morgen 400 M.
- 1894 verkaufte Hoyer von diesem Plan einen Morgen für 400 M. an Schickel in Hörlitz.
- 1896 verkaufte Hoyer ferner an Brikketmeister Tamm $3\frac{1}{2}$ Morgen für 1500 M. oder pro Morgen für 429 M.
- 1897 verkaufte Tamm $3\frac{1}{2}$ Morgen weiter an Schlächter König in Senftenberg II für 1800 M. oder pro Morgen für 514 M.
- 1900 verkaufte Schlächter König an Bäckermeister Heduschka von den $3\frac{1}{2}$ Morgen einen Teil parzelliert von $42/62$ qm für 200 M. oder pro Morgen 1197 M.
- 1904 verkaufte Heduschka an Richter-Senftenberg II 10 ar für 700 M. oder pro Morgen 1787 M.
- 1885 kaufte Hoyer einen Plan von $4\frac{1}{2}$ Morgen von Schmiedemeister Schliebe-Senftenberg für 1000 M. oder pro Morgen für 222 M.
- 1887 verkaufte Hoyer an Schmidt-Senftenberg II $\frac{3}{4}$ Morgen für 400 M. oder pro Morgen für 532 M.
- 1900 verkaufte Hoyer an Böttcher-Senftenberg II 20 ar für 400 M. oder pro Morgen für 510 M.
- 1895 kaufte Frau Reiher-Senftenberg II bezw. deren verstorbener Ehemann von Koch-Senftenberg $3\frac{3}{4}$ Morgen für 1200 M. oder pro Morgen für 320 M.
- 1904 verkaufte Frau Reiher an Schlächter Maltusch einen Morgen für 800 M.

Einen Beweis dafür, wie in neuerer Zeit in Senftenberg Baustellen bewertet werden, ergibt auch die Tatsache, daß der Lederhändler Noack-Senftenberg für 15 ar 85 qm eines Grundstücks, das im Jahre 1898 schon mit 2000 M. pro Morgen bezahlt wurde, Anfang 1905 3000 M. pro Morgen anlegen mußte. Dem Grundstück des Genannten gegenüber wurde Ende 1904 um eine Baustelle von $\frac{1}{2}$ Morgen zum Preise von 6000 M. resultatlos verhandelt.

Wie in der Stadt Senftenberg selbst, so sind auch in ihrer näheren Umgebung die Preise für Grund und Boden ganz wesentlich gestiegen. So hat die im Jahre 1904 gegründete Senftenberger Molkerei für ihr 6 Morgen großes Areal 24 000 M. gezahlt. Vor zwanzig Jahren war der Morgen desselben Grund und Bodens für 800 M. zu haben. Zu bemerken ist hierbei, daß die Molkerei vor der Stadt Senftenberg, nicht in der Stadt selbst liegt.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß unsere Mahnung, den von Brödemann ohne zahlenmäßige Unterlagen ausgesprochenen Behauptungen mit der größten Vorsicht gegenüber zu treten, sehr berechtigt war. Zugleich ist dadurch der Beweis erbracht, daß solche Preisveränderungen wie die angegebenen, die sämtlich erst mit der Entwicklung der Industrie eingesetzt haben, irgend welche Nachteile in der Richtung der Steigerung der Arbeitslöhne in vollem Umfange aufgehoben haben.

Nun spricht die Landwirtschaftskammer am Schlusse ihres Gutachtens von der Wirkung, die das Anwachsen der Industrie sowohl nach der Zahl der Betriebe überhaupt, wie nach dem Umfange des einzelnen Werkes und des längeren Bestehens der industriellen Anlagen auf die Landwirtschaft haben soll. Eine Immission, die in den ersten Jahren des Bestehens eines Etablissements auf die landwirtschaftliche Umgebung vielleicht noch ohne nachhaltigen Einfluß ist, wird sich nach der Auffassung der Landwirtschaftskammer nach zehn, zwanzig oder dreißig Jahren bei der dauernden und allmählich weiter fortschreitenden Abladung von Fremdstoffen als immer schädlicher erweisen müssen.

Während die Landwirtschaftskammer in ihren bisherigen Ausführungen immer nur das eine oder das andere Moment angeblicher Schädigung der Landwirtschaft durch die Industrie vorbrachte und in seiner Richtigkeit zu erweisen suchte, faßt sie jetzt ihren Standpunkt der Industrie gegenüber reümierend zusammen. Man versteht jetzt, warum man sich auf landwirtschaftlicher Seite nicht erst die Mühe nahm, seine Ansicht an der Hand von Zahlen zu prüfen und durch Zahlen zu stützen.

In eine solche Prüfung tritt man nicht ein, wenn man mit seinem Urteil von vornherein fertig ist. Daß die Landwirtschaftskammer das war, lehrt die angeführte Ansicht über die Immissionen. Danach ist nur die Industrie existenzberechtigt, die keine Immissionen auf die benachbarten landwirtschaftlichen Grundstücke verursacht. Jeder anderen Industrie wird die Existenzberechtigung abgesprochen, weil sie nicht auf ihrem ursprünglichen Umfange bestehen bleibt, sondern sich ausdehnt und erweitert.

Zunächst verkennt die Landwirtschaftskammer bei dieser ihrer Behauptung, daß die Aufsichtsbehörde des Bergbaues auf das eifrigste darüber wacht, daß zum Schutze der Arbeiter gegen Staub alle die Vorkehrungen getroffen werden, die die Technik kennt und immer von neuem erfindet. Dabei wird auf den Kostenpunkt nicht die mindeste Rücksicht genommen. Sodann hat die Braunkohlenindustrie selbst das größte Interesse daran, alles zu vermeiden, was nur irgend welche Ansprüche der landwirtschaftlichen Anlieger verursachen könnte.

Von dem Gesichtspunkte der Landwirtschaftskammer aus kann eine Gegend nie den Charakter einer Industriegegend bekommen, wie lange die Industrie auch bestehen mag. Es will für die Senftenberger Brikettindustrie garnichts belagen, daß man von ihr mindestens seit dem Jahre 1872 reden kann; denn nach landwirtschaftlicher Ansicht müssen die Immissionen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer größer und damit für die Landwirtschaft immer schädlicher werden.

Die landwirtschaftliche Ansicht über die Immissionen läßt sich aber mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht in Einklang bringen.

Im Gegensatz zu dem Allgemeinen Landrecht, das über die Berechtigung von Immissionen seitens der Industrie nichts sagt, sprechen sich die Motive zum Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches, wie wir schon in der Einleitung bemerkten, dahin aus, daß das Immissionsbedürfnis zeitlich nicht konstant bleibt, insbesondere sich mit der Entwicklung der Industrie ändert. Da die Gesetzgebung nicht einer jeden Veränderung dieses Bedürfnisses hinreichend rasch folgen könne, müßten die Grenzen der exzessiven Immission einigermaßen elastisch bestimmt werden.

Zu diesem Zweck geht der Gesetzgeber über die Gestattung der ortsüblichen Immissionen hinaus. Er berücksichtigt das subjektive Interesse des Eigentümers eines Grundstückes überhaupt nicht, weil sonst das Maß des Erlaubten von wechselnden persönlichen Verhältnissen abhängig gemacht werden würde. Aber auch das objektive, auf die regelmäßige Benutzung des Grundstückes gegründete Interesse ist nach seinem Willen nicht schlechthin zu berücksichtigen, weil die Zulassung der ortsüblichen Immissionen nicht immer die den Bedürfnissen des Lebens entsprechende Erweiterung gibt. Wenn es sich um die Einführung neuer Industriezweige in Gegenden handelt, wo solche früher nicht vorhanden waren, so besteht nach den Motiven zum Bürgerlichen Gesetzbuch das Bedürfnis, die weitere wirtschaftliche Entwicklung durch das Fehlen einer Ortsübung, die in einem solchen Falle naturgemäß noch nicht bestehen kann, nicht hemmen zu lassen.

Daß man auf landwirtschaftlicher Seite diese Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht gekannt haben sollte, ist wenigstens seitens der Landwirtschaftskammer selbstverständlich ausgeschlossen. Wenn sich an dieser Stelle trotzdem die angegebene, der Industrie so wenig freundliche Anschauung gebildet und erhalten hat und wenn man sich diese Anschauung auch für die Zukunft nicht ausreden lassen will, so muß dieser Umstand bei einer Körperschaft, die über die Tragweite ihrer Gutachten nicht im Zweifel sein kann, seine bestimmten Ursachen haben.

Wie das in Rede stehende Gutachten der Landwirtschaftskammer zu Stande gekommen ist, wissen wir. Es basiert auf dem Eindruck, den drei Sachverständige der Kammer auf einer mehrstündigen Rundfahrt in einem Teile des Senftenberger Bergreviers erhalten haben. Vielleicht liegen dem Gutachten auch sonstige Erkundigungen bei Vertrauensmännern zu Grunde. Man findet sonst keine rechte Erklärung dafür, daß das Gutachten der Landwirtschaftskammer und dasjenige Brödemanns an einer ganzen Anzahl von Stellen, ja man kann wohl sagen, in dem überwiegenden Teil seiner Ausführungen eine nicht wegzuleugnende Ähnlichkeit aufweisen.

Wenn nun schon Brödemann sich so industriefeindlich auslassen konnte, wie er es getan hat, obgleich er im Senftenberger Braunkohlenbezirk wohnt, und wenn die Landwirtschaftskammer zu demselben Resultate kommt, so wird man die Ursache hierfür nur in der Unkenntnis der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse suchen dürfen. Speziell bei der Landwirtschaftskammer, die ja ihren Sitz fern von dem in Rede stehenden Gebiet hat, kommt noch die falsche Information durch ihre in die Gegend geschickten Sachverständigen hinzu. An den genannten Stellen muß eben nicht bekannt gewesen sein, wie die Verhältnisse vor dem Entstehen der Senftenberger Braunkohlenindustrie waren, welche Umgestaltung sie durch das Eintreten der Industrie erfahren und welchen Einfluß diese Industrie seit der Zeit ihres Bestehens nicht bloß auf Land und Leute, sondern auf die gesamten wirtschaftlichen Zustände der ganzen Gegend hatten. Wir gehen deshalb wohl in der Annahme nicht fehl, daß hier eine Aufklärung am Platze ist und daß man uns für diese Aufklärung auch auf landwirtschaftlicher Seite nur dankbar sein kann.

Deshalb sollen, nachdem wir uns bei der Besprechung der landwirtschaftlichen Gutachten bisher stets eng an die Ausführungen derselben gehalten und nach Möglichkeit weitere Auseinandersetzungen vermieden haben, jetzt noch einige Angaben allgemeiner Art folgen, zu denen der Schluß des Gutachtens der Landwirtschaftskammer herausfordert und die zur Vervollständigung unserer Darstellung der Senftenberger Braunkohlen- und Brikettindustrie gehören.



Von einer Braunkohlenindustrie um Senftenberg kann man, wie wir wissen, erst seit den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts sprechen. Die Produktion weist zuerst nur ganz geringe Zahlen auf. Von einem Einfluß auf die Umgebung kann zu jener Zeit deshalb noch keine Rede sein. Das zeigen auch die Bevölkerungsziffern aus diesen früheren Jahren.

Nach den „Tabellen und amtlichen Nachrichten für den preußischen Staat vom Jahre 1849“ und nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1871 weisen der Kreis Calau und die ihm benachbarten Kreise der Niederlausitz, die wir zum Vergleich mit anführen, folgende Bevölkerungsziffern auf:

Kreis	Volkszählung vom	
	Jahre 1849	1. 12. 1871
Spremberg . . .	15 374 Köpfe	23 505 Köpfe
Lübben	30 470 „	34 228 „
Calau	43 363 „	49 393 „
Cottbus	51 944 „	66 303 „
Luckau	52 379 „	61 144 „

Der Kreis Calau befand sich also im Jahre 1849 mit seiner Bevölkerung an dritter Stelle. Er wurde von den beiden Kreisen Cottbus und Luckau übertroffen und überragte seinerseits wieder die Kreise Spremberg und Lübben. In diesen Verhältnissen hat sich in dem ganzen Zeitraum von über 20 Jahren nichts geändert. Der Kreis Calau bleibt im Jahre 1871 an dritter Stelle und steht hinsichtlich der Bevölkerungszunahme von 6000 Seelen nicht nur gegen die Kreise

Cottbus und Luckau zurück, sondern wird sogar hierin von dem soviel kleineren Kreise Spremberg übertroffen, der über 8000 Seelen zunimmt.

Damit niemand auf die Vermutung kommt, daß etwa der Zufall seine Hand im Spiele gehabt hat und daß die Bevölkerungszahlen des Jahres 1871 einen Rückgang bedeuten, während die Zahlen der Zwischenzeit größer gewesen sind, geben wir noch die Volkszählungsergebnisse aus den Jahren 1858 und 1864 wieder.

Danach zählten die vorher angeführten Kreise an Einwohnern:

Kreis	Volkszählung vom Jahre	
	1858	1864
Spremberg . . .	16 984 Köpfe	20 851 Köpfe
Lübben . . .	32 100 „	33 946 „
Calau . . .	46 007 „	47 361 „
Cottbus . . .	72 614 „	61 040 „
Luckau . . .	56 845 „	59 519 „

Durch die drei letzten Volkszählungen wurde in den Kreisen folgende Bevölkerung festgestellt:

Kreis	Volkszählung vom 1. Dezember		
	1880	1890	1900
Spremberg . .	25 511	24 699	29 474 Köpfe
Lübben . . .	34 551	33 861	33 712 „
Calau . . .	52 788	58 634	78 804 „
Cottbus . . .	75 227	Stadt 34 910 *)	39 322 „
		Land 52 338	54 392 „
Luckau . . .	62 792	63 771	67 535 „

Nach diesen Zahlen ist der Zeitraum von 1880—1890 der Vermehrung der Bevölkerung der Nachbarkreise des Kreises Calau nicht

*) In der Zwischenzeit ist die Stadt Cottbus aus dem Landkreise ausgegliedert und ein eigener Stadtkreis geworden.

günstig gewesen. Nur Luckau hat eine Zunahme, aber auch nur eine solche von ca. 1000 Seelen zu verzeichnen. Die Kreise Spremberg und Lübben sind in ihrer Bevölkerung sogar zurückgegangen.

Dieser Erscheinung gegenüber weist der Kreis Calau in demselben Zeitraum eine Bevölkerungszunahme von ca. 5800 Seelen auf. Man wird hierauf deshalb besonders hinweisen dürfen, weil die Bevölkerungszunahme im Gegensatz zu den Tatsachen aus dem Zeitraum von 1849 und 1871 steht. Damals nahm der Kreis Calau zwar auch um 6000 Seelen zu. In demselben Zeitraum war aber ein Wachstum der Bevölkerung in sämtlichen übrigen Kreisen zu beobachten und so allgemein, daß der Kreis Calau hierin nicht bloß von dem an Bevölkerung größeren Kreise Luckau mit 8700, sondern sogar von dem an Bevölkerung umsoviel kleineren Kreise Spremberg mit 8100 Köpfen Zunahme übertroffen wurde.

Diesem Anlauf zur Volksvermehrung im Kreise Calau folgt die Periode von 1890—1900. In dieser Zeitspanne erfährt der Kreis den ganz außerordentlichen Bevölkerungszuwachs von über 20 000 Seelen und läßt damit alle übrigen Kreise weit hinter sich zurück. Hält man diese Tatsache mit unseren früheren Zahlen über die Braunkohlen- und Brikettproduktion zusammen, so wird schon jetzt der Schluß nahe liegen, daß die Ursache zu der beispiellosen Volkszunahme in der Braunkohlenindustrie gesucht werden muß. Zu dem Schluß, daß die Bevölkerungszunahme lediglich auf die Industrie zurückzuführen ist, wird man auch mit Rücksicht darauf kommen, daß ein Kreis wie Lübben mit seiner überwiegend landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht nur keinen Bevölkerungsüberschuß, sondern sogar eine Abnahme verzeichnet.

Bei der eigentümlichen Anschauung auf landwirtschaftlicher Seite, wie sie uns bei unseren Besprechungen über die vorliegenden Gutachten entgegentrat, ist nun aber keineswegs gesagt, daß diese Kreise zu demselben Schluß gelangen. Es kann von dieser Seite recht wohl behauptet werden, daß die Bevölkerungszunahme sich über den ganzen Kreis verteile und daß sie unter diesen Umständen auf allgemeine, im

Kreise zu gleicher Zeit aufgetretene Verhältnisse zurückzuführen sei, die aber keineswegs nur in der Braunkohlenindustrie ihren Ursprung zu haben brauchen.

Dem gegenüber verweisen wir wiederum auf unsere Karte, an deren Hand wir bekanntlich das Viereck Sallgast—Dörrwalde, Dörrwalde—Sedlitz, Senftenberg—Friedrichsthal, Grube Unser Fritz—Sallgast als den Senftenberger Braunkohlenbezirk feststellten. Dieser Bezirk hatte nach der Volkszählung vom

1. Dezember 1900	35 041	Einwohner
1. „ 1890	16 786	„

nahm also um

18 255 von 20 170 Seelen

zu. Man kann also sagen, daß der Senftenberger Bezirk den Bevölkerungszuwachs des ganzen Kreises Calau aufgebracht hat.

Übrigens liegen die Verhältnisse in dem Jahrzehnt von 1880—1890 ebenso. Die Volkszählung vom

1. Dezember 1890	ergab	16 786	Seelen
1. „ 1880	„	12 088	„

also eine Zunahme von

4 698 Seelen.

Der ganze Kreis wuchs um

5 846 Seelen.

Was diese Zunahme an Einwohnern zu befragen hat, ergibt sich am besten daraus, wenn man bedenkt, daß sie auf einen Flächenraum von

17 323 ha

erfolgte, während der Rest des Zuwachses sich auf den übrigen Teil des Kreises mit einem Flächeninhalt von

82 509 ha

verteilte.

Noch deutlicher als in diesen Gesamtzahlen tritt die Zunahme der Bevölkerung bei einer Betrachtung der einzelnen Ortschaften hervor. Hierbei muß man als besondere Gruppen die Städte, die Ortschaften einschließlich der Gutsbezirke im Senftenberger Bergbezirk und die

Ortschaften außerhalb des Bergreviers auseinander halten. Bei den Ortschaften innerhalb des Industriebezirkes unterscheiden wir wiederum diejenigen, die Braunkohlenindustrie besitzen und solche, die diese Industrie nicht haben.

Der Kreis Calau hat 5 Städte. Ihre Bevölkerungsziffern geben zunächst für die Zeit von 1849—1871 folgendes Bild:

Ort	Bevölkerung im Jahre			
	1849	1858	1864	1871
Drebkau . . .	1 094	1 139	1 145	1 178 Köpfe
Senftenberg .	1 454	1 464	1 579	1 919 „
Vetschau . . .	1 764	1 969	2 048	2 168 „
Calau	2 344	2 331	2 474	2 731 „
Lübbenau . .	3 077	3 037	3 180	3 330 „

Die Einwohnerzahlen der Städte entsprechen also den schon vorher bei den Kreiszahlen gemachten Beobachtungen. Auch die Stadt Senftenberg macht keine Ausnahme. Die Periode bis 1871 ist nicht eine Zeit schnellwachsender Bevölkerung.

Die Volkszählungen der Jahre 1880—1900 verändern das Bild wie folgt:

Ort	Volkszählung vom 1. Dezember		
	1880	1890	1900
Drebkau	1 183	1 191	1 586 Seelen
Senftenberg . .	2 608	4 024	6 151 „
Vetschau	2 466	2 943	3 216 „
Calau	3 001	3 019	3 052 „
Lübbenau . . .	3 701	3 753	3 685 „

Die Stadt Senftenberg, die im Jahre 1871 die viertgrößte ist, steigt in dreißig Jahren nicht bloß an die erste Stelle, sondern sogar zu einer solchen Einwohnerzahl auf, daß sie fast die beiden Orte Vetschau und Calau zusammen aufwiegt. Will man Senftenberg gerecht werden, so muß man ihm die beiden Vororte Thamm und Jüttendorf zuzählen, mit denen zusammen dann Senftenberg auf eine Einwohnerzahl von 9 038 Seelen kommen würde.

Da in der Zwischenzeit auch die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 bekannt geworden sind, geben wir sie wieder.

Die Bevölkerungsziffern lauten für:

Drebkau auf	1 835	Einwohner
Senftenberg auf	6 904	„
Vetschau auf	2 820	„
Calau auf	3 379	„
Lübbenau auf	3 807	„

Zählt man jetzt wie vorher zu der Einwohnerzahl von Senftenberg die Bewohner von Thamm und Jüttendorf hinzu, so ergibt sich:

Senftenberg . . .	6 904	Einwohner
Jüttendorf . . .	2 005	„
Thamm	2 144	„

Man gelangt also auf eine Bevölkerungszahl von 11 053 Köpfen. Senftenberg mit seinen Vororten hat also fast $\frac{2}{3}$ soviel Einwohner wie sämtliche Städte des ganzen Kreises Calau zusammen, die nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung von 1905 mit 17 966 Seelen angegeben sind.

Von den übrigen Ortschaften, also denjenigen, die nicht Städte sind, haben wir keine Zahlen über das Jahr 1871 zurück. Wir können mithin nur die Angaben seit dieser Zeit anführen. Wie diese Ortschaften innerhalb des Braunkohlenbezirkes und zwar diejenigen mit Braunkohlenindustrie sich entwickelt haben, zeigt uns folgende Übersicht:

Ort	Volkszählung vom 1. Dezember				
	1871	1880	1890	1900	
Clettwitz . . .	692	735	1 224	3 038	Einwohner
Costebrau . . .	689	715	910	1 959	„
Sedlitz	520	563	583	1 010	„
Särchen	478	472	832	2 737	„
Sallgast	433	489	782	1 677	„

Ort	Volkszählung vom 1. Dezember				
	1871	1880	1890	1900	
Dobristroh . .	410	450	437	1 493	Einwohner
Rauno	403	732	1 279	2 005	„
Jüttendorf . .	375	452	679	1 528	„
Zichipkau . . .	333	575	938	1 496	„
Meuro	286	337	450	805	„
Hörlitz	283	354	539	862	„
Kl.-Rälchen . .	271	324	611	2 380	„
Reppist	263	416	635	717	„
Bückgen	216	500	1 208	1 524	„
Gr.-Rälchen . .	210	290	581	1 889	„
Chamm	200	290	431	1 359	„
Doley	22	78	61	374	„

Wir bemerken dabei, daß nicht alle Orte des Senftenberger Braunkohlenbezirkes aufgezählt worden sind. Die angeführten Beispiele genügen aber vollständig, um das vorher in größeren Zahlen angegebene außerordentliche Steigen der Bevölkerung des Industriebezirkes im einzelnen nachzuweisen.

Stellt man diesen Orten mit Braunkohlenindustrie die Orte ohne solche gegenüber, so stehen überhaupt nur drei zur Verfügung, weil der Bezirk eben derartig von der Braunkohlenindustrie durchsetzt ist, daß es kaum einen Ort ohne Braunkohlenindustrie gibt. Die betreffenden Orte geben mit ihren Bevölkerungszahlen folgendes Bild:

Ort	Volkszählung vom 1. Dezember				
	1871	1880	1890	1900	
Dörrwalde . .	264	297	345	351	Einwohner
Drochow . . .	172	207	203	325	„
Schmogrow . .	163	221	269	417	„

Auch hier tritt uns durchweg eine Zunahme der Einwohnerzahl entgegen, wenn sie auch freilich mit dem Wachsen in der vorhergegebenen Tabelle nicht in Vergleich gestellt werden kann. Die Zunahme

der Bevölkerung erklärt sich daher, daß in einem so industriellen Bezirke wie dem Senftenberger kein Ort in nächster Nähe von dem Einfluß der Braunkohlenindustrie unberührt bleibt. Die Arbeiter wohnen bald hier, bald da und legen unter Umständen, wenn sie vielleicht ein kleines Anwesen haben und doch den Verdienst aus der Industrie nicht missen wollen, einen mehr oder weniger weiten Weg zur Arbeitsstätte zurück.

Tritt man mit seinen Beobachtungen indes aus dem Industriebezirk ganz heraus, so macht sich der fehlende Einfluß der Industrie sogleich bemerkbar. So gibt uns eine Tabelle von solchen, im Süden und Osten unseres Bezirkes gelegenen Ortschaften folgende Übersicht:

Ort	Volkszählung vom 1. Dezember				
	1871	1880	1890	1900	
Zichornegosda .	627	721	788	1 179	Einwohner
Naundorf . . .	315	373	387	370	„
Brieske . . .	240	254	255	260	„
Buchwalde . .	292	294	296	333	„
Lauta	422	470	494	516	„
Gr.-Koschen . .	439	441	470	595	„
Kl.-Koschen . .	231	247	258	257	„
Skado	205	242	270	243	„
Wendisch-Sorno	421	439	427	416	„
Rosendorf . .	143	154	160	184	„
Lieske	240	254	255	260	„

Hier kann man entschieden eine viel geringere Zunahme der Bevölkerung konstatieren. Wo die Zahlen dem zu widersprechen scheinen, da lehrt ein näheres Zusehen, daß besondere Momente das Gesamtbild stören, und zwar sind dies wiederum industrielle Einflüsse, wie in Zichornegosda oder Gr.-Koschen oder die Nähe einer Stadt wie Senftenberg bei dem Orte Buchwalde.

Im Norden unseres Bezirkes merkt man von industriellen Einflüssen fast garnichts mehr, selbst nicht bei den Orten in der größten Nähe unseres Industriebezirkes, deren Bevölkerungsziffern sich wie folgt darstellen:

Ort	Volkszählung vom 1. Dezember				
	1871	1880	1890	1900	
Wormlage . . .	534	500	514	591	Einwohner
Prützen	407	370	401	403	„
Saalhausen . . .	303	290	296	307	„
Lipten	264	243	219	288	„
Bronkow	240	252	228	249	„
Radensdorf . . .	214	173	164	180	„
Saadow	154	169	142	144	„
Raakow	106	132	100	120	„

Hier ist nicht nur die Zunahme recht gering, sondern an vereinzelten Stellen sogar eine Bevölkerungsabnahme zu konstatieren.

Diese Erscheinung setzt sich bei entfernter liegenden Orten fort. Die Orte mit verminderter Bevölkerung nehmen zu und, wo dies nicht in die Erscheinung tritt, befindet sich am Ort wieder irgend ein Industriezweig, der die Bevölkerungsabnahme aufhält. Die Orte mit rein landwirtschaftlicher Bevölkerung schreiten nicht vorwärts und von einem Vergleich mit unserem Industriebezirk kann überhaupt keine Rede mehr sein. Wir lassen zur Illustrierung des Gesagten einige Orte folgen:

Ort	Volkszählung vom 1. Dezember				
	1871	1880	1890	1900	
Ragow	460	452	436	468	Einwohner
Stradow	425	414	424	497	„
Ogrofen	341	331	298	310	„
Tornow	315	307	286	287	„
Miffen	293	351	315	296	„
Zerkwitz	290	336	343	355	„
Reuden	275	238	246	226	„
Repten	198	189	184	197	„
Muckwar	183	207	178	239	„
Hindenberg . . .	181	188	180	188	„
Vorberg	159	133	122	98	„
Kückebusch . . .	143	159	140	130	„

Daß die Ortschaften der letzten beiden Tabellen mit den Orten des Braunkohlenbezirkes überhaupt nicht in Vergleich gestellt werden können, leuchtet ohne weiteres ein. Aber auch gegenüber den Orten ohne Braunkohlenindustrie innerhalb des Braunkohlenbezirkes selbst fallen sie mit ihren Zahlen recht empfindlich ab. Auffallend ist auch bei dieser Tabelle die Erscheinung, daß die Orte nicht nur kein Vorwärtsschreiten, sondern sogar in zunehmender Zahl einen Rückgang der Einwohnerziffer in einem Zeitraum zeigen, wo die Orte des Industriebezirkes oft eine geradezu erstaunliche Aufwärtsbewegung durchgemacht haben. Auch demjenigen, der die geschilderten Verhältnisse nicht durch den Augenschein kennt, wird jetzt der Einfluß klar sein, den die Braunkohlenindustrie auf ihre Gegend gehabt hat.

Die vorstehenden Ausführungen lassen schon jetzt der Vermutung Raum, daß es mit der Landwirtschaft wie auf dem Gebiete der Bevölkerungsziffer, so auch auf anderen Gebieten aussehen wird; wir meinen, daß die Landwirtschaft auch hier mit der Braunkohlenindustrie nicht gleichen Schritt gehalten hat. Zweckmäßig wird man einer Unterfuchung nach dieser Richtung die Zahlen für die Viehhaltung, also der Pferde und Rinder, zu Grunde legen.

Nach den mehrfach angegebenen Tabellen aus der Zeit von 1849 bis 1871 hatte der Kreis Calau mit seinen Nachbarkreisen folgenden Pferdebestand:

Kreis	Viehählung vom		
	Jahre 1849	Jahre 1864	10. 1. 1873
Spremberg . . .	819	1 073	1 128 Stück
Lübben	2 885	3 153	3 184 „
Calau	3 424	3 508	3 424 „
Cottbus	3 632	3 877	3 720 „
Luckau	5 286	5 314	5 012 „

Der Kreis Calau zählt also im Jahre 1873 nach einem 24jährigen Zeitraum — ein gewiß eigentümliches Zusammentreffen — genau soviel Pferde wie im Jahre 1849. Ein Fortschritt ist somit nicht zu

verzeichnen. Die Zahlen aus dem Jahre 1864 ergeben sogar, daß der Pferdebestand in der Zeit von 1864 bis 1873 zurückgegangen ist.

Bei den darauffolgenden Viehzählungen der Jahre 1883, 1892 und 1900 haben sich folgende Ziffern ergeben:

Kreis	Viehzählung vom			
	10. 1. 1883	1. 12. 1892	1. 12. 1900	
Spremberg . . .	1 077	1 145	1 314	Pferde
Lübben	3 221	3 420	3 517	„
Calau	3 515	4 216	4 907	„
Cottbus . . .	3 804	Stadt 558	694	„
		Land 3 779	3 806	„
Luckau	4 975	5 355	5 877	„

Danach hat der Kreis Calau seit 1883 eine Zunahme seines Pferdebestandes von etwas weniger als 50 % zu verzeichnen. Diese Zunahme würde ungefähr, wenn auch nicht ganz, der Bevölkerungszunahme entsprechen.

Der Senftenberger Bezirk zählte nach der Viehzählung vom

10. Januar 1883	611	Pferde
1. Dezember 1892	917	„
1. Dezember 1900	1 117	„

also viel weniger Pferde, als seiner Bevölkerungszahl im Verhältnis zum ganzen Kreise entsprechen würde. Immerhin beträgt die Zunahme von 506 Stück etwa den dritten Teil des Zuwachses, den der ganze Kreis Calau seit dem Jahre 1883 erfahren hat.

Da im vorliegenden Falle die landwirtschaftlichen Interessen den industriellen gegenübergestellt werden, interessiert gerade hier die Frage, ob es sich nachweisen läßt, welchen Anteil an Pferden die Industrie aufweist und welcher Anteil auf die Landwirtschaft entfällt.

Wenn wir uns die Ortschaften des Senftenberger Braunkohlenbezirkes ansehen, die nach den vorangegangenen Ausführungen speziell solche mit Braunkohlenindustrie sind, so gibt uns die Statistik über den Pferdebestand folgende Auskunft.

Nach den Viehzählungen der Jahre 1883 und 1900, also in dem Zeitraum, in welchem der Kreis Calau und der Industriebezirk den außergewöhnlichen Aufschwung zeigten, besaßen die Ortschaften folgende Pferde:

Ort	Viehzählung vom		Mithin Zunahme
	10. 1. 1883	1. 12. 1900	
Senftenberg . . .	66	161	95 Stück
Sedlitz	63	77	14 „
Clettwitz	34	89	55 „
Bückgen	32	51	19 „
Jüttendorf	30	63	33 „
Dobristroh	29	71	42 „
Kl.-Rätschen	26	49	23 „
Meuro	21	33	12 „
Costebrau	21	50	29 „
Gr.-Rätschen	18	36	18 „
Särchen	16	38	22 „
Sallgast	14	41	27 „
Reppist	12	35	23 „
Sauo	11	31	20 „
Rauno	8	35	27 „
Chamm	2	18	16 „

Im Voraus sei bemerkt, daß die vorstehende Tabelle nicht sämtliche Orte, sondern nur diejenigen mit einer Zunahme des Pferdebestandes über 10 Stück enthält. Die Übersicht ist also zwar nicht ganz genau, genügt aber für unseren Zweck.

Nach der Zusammenstellung sind die Orte mit Braunkohlenindustrie an dem Zuwachs von Pferden in der Höhe von 506 Stück mit 475 Stück beteiligt. Für die Orte ohne Braunkohlenindustrie bleibt also fast nichts mehr übrig, d. h. da, wo die Industrie nicht mitspricht, ist auch keine Zunahme des Pferdebestandes zu verzeichnen.

Bezüglich der Haltung von Rindern teilt uns die Statistik mit, daß in den Jahren 1849—1873 folgender Bestand im Kreise Calau und den Nachbarkreisen vorhanden war:

Kreis	Viehählung vom		
	Jahre 1849	Jahre 1864	10. 1. 1873
Spremberg . . .	5 228	5 957	6 283 Stück
Lübben . . .	15 713	17 880	18 020 „
Calau . . .	22 158	24 449	26 388 „
Cottbus . . .	21 267	24 915	26 167 „
Luckau . . .	25 387	30 089	30 708 „

Der Kreis Calau verzeichnet also von 1849—1873 eine Vermehrung des Rindviehbestandes von mehr als 4 000 Stück bei einer Bevölkerungszunahme von ca. 6 000 Seelen.

Nach den Zählungen der Jahre 1873, 1892 und 1900 ergibt sich folgendes Bild:

Kreis	Viehählung vom		
	10. 1. 1883	1. 12. 1892	1. 12. 1900
Spremberg . . .	6 402	6 561	6 408 Stück
Lübben . . .	17 280	18 918	19 925 „
Calau . . .	25 167	25 473	26 183 „
Cottbus . . .	24 207 Stadt	161	103 „
		Land 25 232	26 476 „
Luckau . . .	30 105	31 227	31 939 „

Die Zunahme an Rindern im Kreise Calau entspricht danach der uns bekannten Bevölkerungszunahme nicht. In dem Zeitraum von 1880—1900 nahm die Bevölkerung um ca. 26 000 Seelen zu, während seit 1883 nur 1000 Rinder mehr eingestellt worden sind.

In den Ortschaften des Senftenberger Bergreviers wurden gezählt:

am 10. Januar 1883	5 487 Rinder
am 1. Dezember 1892	4 155 „
am 1. Dezember 1900	3 810 „

Daraus ergibt sich eine ständige Abnahme der Zahl der Rinder in einem Bezirk, der, wie wir aus den früheren Ausführungen wissen, allein fast ganz die Bevölkerungszunahme des Kreises aus sich heraus aufgebracht hat.

Auf Grund der bisher angeführten Zahlen wird man nicht mehr bestreiten können, daß es lediglich die Braunkohlen- und Brikettindustrie ist, die dem Bezirk ihr charakteristisches Siegel aufgedrückt hat. Man wird der kleinen Zunahme des Pferdebestandes keine weitere Bedeutung zumessen dürfen, umsomehr Gewicht aber auf den Rückgang des Rindviehbestandes legen müssen, weil bei diesem die Landwirtschaft allein beteiligt ist. Von dem Pferdebestande entfielen nämlich nicht weniger als 150 Stück auf die Bergwerke, die also mit der Landwirtschaft nichts zu tun haben, und nach der Tabelle betrug die Zunahme allein in der Stadt Senftenberg an Pferden 95 Stück. Die Zunahme der Pferde in der Stadt kann aber auf landwirtschaftliche Einflüsse nicht zurückgeführt werden; viel eher dürfte auch diese Zahl der Industrie zuzuschreiben sein.

An der Hand der Zahlen über den Rindviehbestand im Industriebezirk wird man es nun auch verstehen, warum die Gründung der Molkerei in Senftenberg erfolgte. Die Gründer kannten eben die Viehverhältnisse besser als die näher wohnenden Landwirte oder hatten zu der Industrie als Abnehmerin ihrer Produkte mehr Vertrauen als jene, und hierin haben sie sich nach den Ausführungen Wolffs ja auch nicht getäuscht.





Daß sich derartige Verhältnisse, wie wir sie bei der Besprechung der Bevölkerungsziffern und des Viehbestandes dargelegt haben, auch auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens zur Geltung bringen, bedarf keines weiteren Beweises. Sie sind aber in ihrer Wirkung immer wieder ein Beleg dafür, wo der Schwerpunkt einer Gegend liegt und welcher Erwerbszweig in ihr die größte Bedeutung hat.

Werfen wir zunächst einen Blick auf das Postwesen, so tritt uns die Erscheinung entgegen, daß der nördliche Teil des Kreises Calau die ältesten Postanstalten im Kreise besitzt. Eine Ausnahme hiervon macht nur die Stadt Senftenberg, die im Süden des Kreises liegt.

Eins der ältesten Postämter im Kreise ist dasjenige von Lübbenau. Tag und Jahr der Errichtung einer Postanstalt am dortigen Platze sind nicht genau bekannt. Die in Lübbenau vorhandene Postfäule läßt aber mit einiger Sicherheit darauf schließen, daß daselbst im Jahre 1740 die erste Postanstalt eingerichtet worden ist.

Das Gründungsjahr der Postanstalt von Calau ist das Jahr 1782.

Wie von Lübbenau so kann auch von Vetschau der Tag der Errichtung einer Postanstalt nicht mit Genauigkeit angegeben werden. Vermutlich ist es das Jahr 1802 gewesen.

Über die Postanstalt von Altdöbern fehlt jede zahlenmäßige Angabe der Gründungszeit. Jedenfalls liegt sie sehr weit zurück, vielleicht noch weiter als die Gründungsjahre der Postanstalten der bereits angegebenen Orte.

Die Postämter von Drebkau und Wormlage wurden, das erstgenannte am 1. April 1860, das letztgenannte am 1. April 1867 eingerichtet.

Der nördliche Teil des Kreises Calau unterscheidet sich hinsichtlich der Errichtung von Postanstalten nicht von den Nachbarkreisen. Da wir bisher diese bei der Gegenüberstellung unseres Zahlenmaterials stets berücksichtigt haben, sei es gestattet, auch in dieser Beziehung noch einige Daten anzuführen. Sie stützen unsere Ansicht und entbehren auch nicht eines gewissen historischen Interesses.

Die Errichtung des Postamts von Spremberg führt man bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts zurück.

Luckau hat im Jahre 1700 ein Postamt erhalten. Der kleine Ort Sonnewalde kann das Gründungsjahr seines Postamtes nicht mehr genau angeben. Aber bereits im Jahre 1719 geschieht in einem Kirchenbuche eines Königl. polnischen und kursächsischen Postmeisters Erwähnung.

Auch von Finsterwalde steht das Entstehungsjahr des dortigen Postamtes nicht mit Sicherheit fest. Die vorhandenen Nachrichten reichen bis zum Jahre 1849 zurück, wo das Amt Postexpedition war.

Dobrilugk hatte bereits im Jahre 1770 ein Postamt, Kirchhain im Jahre 1846 und das Postamt von Golßen wird im Anfang des 19. Jahrhunderts gegründet worden sein.

Diesen Gründungszahlen von Postämtern, besonders denjenigen aus dem nördlichen Teil des Kreises Calau gegenüber führt der südliche Teil des Kreises auf viel, eigentlich nur auf ganz junge Daten.

Hier macht, wie erwähnt, nur der Ort Senftenberg eine Ausnahme. Über das Gründungsjahr des dortigen Postamtes fehlen nähere Angaben, weil die Chronik der Stadt durch Brand vernichtet worden ist. Die vorhandenen Nachrichten reichen indes bis in die ersten Jahre des 19. Jahrhunderts zurück, sodaß also hier schon in ziemlich früher Zeit ein Postamt bestanden haben muß.

Diese Angabe genügt, um die Entstehungsjahre der übrigen Postämter dieses Teiles des Kreises deshalb in einem besonderen Lichte erscheinen zu lassen, weil sie sowohl von derjenigen des Postamtes Senftenberg, wie von den Gründungsjahren der übrigen Postämter des Kreises zeitlich fast ausnahmslos auffallend weit entfernt sind.

Wir müssen nämlich in dem südlichen Teile des Kreises bis zum Jahre 1874 — der Tag läßt sich nicht genau bestimmen — vorwärtsgehen, um auf das älteste Postamt dieses Bezirkes, dasjenige zu Gr.-Rätschen zu stoßen.

Als nächstältestes Postamt folgt dasjenige zu Annahütte am 1. Juli 1877 und darauf Sallgast am 1. Juni 1883.

Von jetzt an erfolgt die Einrichtung von Postämtern in kürzeren Zwischenräumen. Zwar dauert es noch sieben Jahre, ehe nach der Gründung des Postamtes von Grube Ilse (1884) der Ort Zschipkau (1891) eine Postanstalt erhält. Aber vom Jahre 1890 an werden in 15 Jahren nicht weniger als 5 Postämter eingerichtet.

Wir führen sie in chronologischer Reihenfolge an. Es wurde errichtet das Postamt von

Grube Ilse	am 1. April 1884
Zschipkau	am 1. Mai 1891
Clettwitz	am 1. Dezember 1893
Neu-Welzow	am 16. April 1894
Costebrau	am 1. April 1896
Petershain	am 1. Juli 1900
Dobristroh	am 1. Mai 1901
Poley	am 1. Dezember 1905

Die Orte Neu-Welzow und Petershain sind aufgeführt, obgleich sie streng genommen zu unserem Kreisabschnitt nicht gehören, aber im weiteren Sinne zum Senftenberger Bergrevier mitgerechnet werden und weil die Gründung der dortigen Postämter durch die Braunkohlenindustrie ebenfalls veranlaßt worden ist.

Daß die Errichtung der Postanstalten im südlichen Teil des Kreises Calau durch das vorhandene Bedürfnis begründet war, beweisen die Verkehrszahlen, von denen wir diejenigen für Briefe, Postkarten, Druckfachen und Warenproben wiedergeben. Dabei gehen wir nicht weiter als bis zum Jahre 1890 zurück, weil die Zahlen für das Jahr 1885 nur ganz vereinzelt zu erhalten waren, für unsere Übersicht wegen ihrer Lückenhaftigkeit mithin ohne Bedeutung sind.

Wir lassen die Postanstalten des nördlichen Teiles des Kreises als die älteren vorangehen und halten uns im Übrigen an die chronologische Reihenfolge. Der Postverkehr dieser Anstalten betrug:

Verland und Empfang von Briefen, Postkarten, Druckfachen
und Warenproben im Jahre

Postamt	1890	1895	1900	1904	
Lübbenau	343 174	473 616	625 664	946 868	Stück
Vetschau	310 518	435 604	707 268	627 562	„
Calau	260 832	437 320	503 560	770 796	„
Hltdöbern	190 216	231 114	395 226	432 354	„
Drebkau	183 742	222 430	356 720	419 354	„
Wormlage	32 006	40 690	53 586	50 648	„

In dem südlichen Teil des Kreises Calau und speziell im Senftenberger Braunkohlenbezirk gestaltete sich der Verkehr, wie folgt:

Verland und Empfang von Briefen, Postkarten, Druckfachen
und Warenproben im Jahre

Postamt	1890	1895	1900	1904	
Senftenberg	498 264	784 344	1 009 606	1 286 661	Stück
Gr.-Rälchen	—	114 660	222 284	384 592	„
Annahütte	—	119 678	205 374	271 998	„
Grube Ilse	—	155 506	284 220	387 088	„
Zichipkau	—	36 556	59 540	73 584	„
Clettwitz	—	100 880	163 280	302 254	„
Neu-Welzow	—	67 418	163 254	307 480	„
Coltebrau	—	62 686	134 732	154 076	„
Petershain	—	—	95 082	290 900	„

Bei diesen Zahlen wird man zunächst bezüglich des Ortes Lübbenau zu berücksichtigen haben, daß dort ein starker Touristenverkehr nach dem Spreewald besteht, der zwar sehr viel Postkarten (Ansichtspostkarten) bringt, aber mit der sonstigen Verkehrsentwicklung nichts zu tun hat.

Nach den Postziffern hebt sich die Stadt Senftenberg in jeder Beziehung über alle anderen Orte heraus. Eine Zunahme wie dort kann kein anderer Platz, auch Lübbenau nicht, aufweisen.

Im übrigen wird man die lebhaftere Entwicklung des Postverkehrs im Industriebezirk bestätigt finden. Man kann sogar einen Vergleich dahin anstellen, daß man den Durchschnittsverkehr der älteren Postanstalten von 1895—1904 unter Weglassung der Ausnahmen auf ca. 200 000 Postflachen annimmt. Diesen Durchschnitt haben die Postämter des Industriebezirks fast ausnahmslos aufzuweisen. Die Zahlen verlieren sicherlich nicht an Bedeutung, wenn man in Betracht zieht, daß die älteren Postämter auf eine viel längere Dauer ihres Bestehens zurückblicken und daß jüngere Postämter wie Grube Ilse und Gr.-Rälchen mit ihrer Verkehrsziffer an diejenigen von Altdöbern und Drebkau hart heranreichen.

Die Orte Zschipkau und Costebrau mit der geringeren Verkehrszahl sind übrigens wieder ein Beweis dafür, daß die Entfernung vom Zentrum der Senftenberger Braunkohlenindustrie sich sogleich in einem wesentlichen Zurückgehen der Verkehrsziffer bemerkbar macht.





Im engsten Zusammenhange steht die Braunkohlenindustrie mit der Eisenbahn. Deshalb muß die Entwicklung der Industrie auch in den Verkehrsziffern auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens, im Personen- und im Güterverkehre, zum Ausdruck kommen.

Was zunächst den Personenverkehr betrifft, so wurden auf den Stationen des Industriebezirks: Senftenberg, Gr.-Räbchen und Petershain an Fahrkarten verkauft:

Station	Jahr	Fahrkarten Stück	Zunahme von 1895/96—1904
Senftenberg	1895/96	91 616	33 066
	1899/00	104 111	
	1904	124 682	
Gr.-Räbchen	1895/96	35 958	14 331
	1899/00	44 852	
	1904	50 289	
Petershain	1895/96	22 308	19 230
	1899/00	41 502	
	1904	51 538	

Die größeren Stationen außerhalb des Senftenberger Braunkohlenbezirkes, die im nördlichen Teil des Kreises Calau liegen und also ein Bild von seinem Personenverkehre geben, hatten folgenden Absatz an Fahrkarten:

Station	Jahr	Fahrkarten Stück	Zunahme von 1895/96—1904
Drebkau	1895/96	33 593	11 449
	1899/00	45 566	
	1904	45 042	

Station	Jahr	Fahrkarten Stück	Zunahme von 1895/96 – 1904
Hltdöbern	1895/96	24 157	9 487
	1899/00	28 577	
	1904	33 644	
Bahnsdorf	1895/96	14 992	2 176
	1899/00	15 750	
	1904	17 168	
Lübbenau	1895/96	68 475	6 487
	1899/00	75 794	
	1904	74 962	
Calau	1895/96	55 423	Abnahme 396
	1899/00	52 181	
	1904	55 027	

Hus diesen Zahlen läßt sich für den Bezirk der Senftenberger Braunkohlenindustrie auf jeder Station eine Zunahme des Verkehrs konstatieren. Diese Verkehrssteigerung übertrifft jede der übrigen Stationen außerhalb des Industriebezirks, auch diejenige von Lübbenau, wo der bereits bei den Postzahlen erwähnte Touristenverkehr eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Ein Ort wie Calau hat sogar die von 1895/96 bis 1899/00 eingetretene Verkehrsabnahme in dem 5jährigen Zeitraum von 1899/00 bis 1904 noch nicht einzuholen vermocht.

Bei dem Güterverkehr betrachten wir, um uns nicht in Einzelheiten zu ergehen und weil für die Braunkohlenindustrie der Wagenladungsverkehr allein in Frage kommt, nur diesen. Damit aber bei den Wagenladungen der Anteil der Braunkohlen- und Brikettendungen augenfällig hervortritt, sondern wir ihn aus und geben ihn in einer besonderen Rubrik wieder. Von diesem Gesichtspunkte aus stellt sich der Versand der Stationen des Senftenberger Reviers, wie folgt:

Station	Jahr	Verland in Wagenladungen	
		überhaupt	davon Braunkohlen und Briketts.
Senftenberg	1895/96	437 804 t	411 917 t
	1899/00	515 225 t	513 160 t
	1904	748 111 t	740 856 t
Gr.-Rälchen	1895/96	283 797 t	232 317 t
	1899/00	524 663 t	488 746 t
	1904	1 049 177 t	1 009 422 t
Petershain	1895/96	139 772 t	121 188 t
	1899/00	296 838 t	287 554 t
	1904	482 197 t	467 754 t

Der Verland dieser Stationen steht also vollständig unter dem Zeichen der Braunkohlenindustrie und würde auf ein Minimum in dem Verhältnis zu dem jetzigen Verkehr zurücklinken, wenn diese Industrie wegfiel. Übrigens ist der Rest des Verkehrs keineswegs etwa von der Landwirtschaft allein aufgebracht. Alle drei Orte haben noch andere Industriezweige, deren Verlandziffern in dem Rest enthalten sind, der nach Abzug der Braunkohlenversendungen übrig bleibt. Zu diesen Versendungen stellt z. B. die Glasindustrie ein nicht geringes Quantum.

Was die Verlandziffern der vorstehend angeführten Stationen zu sagen haben, lehrt ein Blick auf den Empfang dieser Stationen, bei dem aber die Braunkohlenindustrie mit ihren Bedürfnissen (Grubenholz) ebenfalls beteiligt ist, sodaß also auch die Empfangsziffern nicht nur den Verkehr unter Ausschluß der Braunkohlenindustrie angeben. Die Empfangsziffern, wie oben in Wagenladungen notiert, lauten:

Station	Jahr	Empfang in Wagenladungen
Senftenberg	1895/96	174 513 t
	1899/00	40 007 t
	1904	51 182 t

Station	Jahr	Empfang in Wagenladungen
Gr.-Rälchen	1895/96	23 102 t
	1899/00	27 993 t
	1904	43 843 t
Petershain	1895/96	21 225 t
	1899/00	32 395 t
	1904	38 217 t

Da wir vorher bei den Fahrkarten den Stationen des Industriebezirkes einige außerhalb desselben gegenübergestellt haben, soll dies auch an dieser Stelle bei dem Güterverkehr geschehen. Die betreffenden Stationen weisen folgende Empfangs- und Versandziffern in Wagenladungen auf:

Station	Jahr	Empfang in Wagenladungen	Versand
Drebkau	1895/96	11 244 t	3 199 t
	1899/00	30 930 t	23 000 t
	1904	12 031 t	88 430 t
Altdöbern	1895/96	7 092 t	6 852 t
	1899/00	15 226 t	7 221 t
	1904	11 757 t	3 395 t
Lübbenau	1895/96	21 756 t	12 447 t
	1899/00	20 728 t	11 155 t
	1904	26 194 t	10 644 t
Calau	1895/96	16 657 t	11 972 t
	1899/00	16 038 t	24 996 t
	1904	26 128 t	40 307 t

Bahnsdorf hat keinen Wagenladungsverkehr.

Auch diese Tabelle bestätigt die vollständige Überlegenheit der Stationen des Senftenberger Industriebezirks über die außerhalb desselben gelegenen Eisenbahnstationen.

Leider gibt die Eisenbahnstatistik in neuerer Zeit nicht mehr die Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr an. Wir sind des-

halb nicht in der Lage, nach dieser Richtung hin Zahlen zu bringen. Wenn uns somit auch die Gelegenheit genommen ist, näher die Einnahmen nachzuweisen, welche die Senftenberger Braunkohlenindustrie der Eisenbahnverwaltung zuführt, so sind wir doch in den Stand gesetzt, aus einem anderen Momente in Verbindung mit den vorher gegebenen Zahlen den Schluß zu ziehen, daß tatsächlich diese Braunkohlenindustrie für den Verkehr ihrer Gegend ausschlaggebend sein muß.

Jedes industrielle Werk sucht Anschluß an die Eisenbahn für die Verfrachtung seiner Erzeugnisse. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es gewiß sehr interessant, einige Angaben über die Anschlußgleise im Kreise Calau zu erhalten. Die Zahl der Anschlußgleise betrug

im Kreise Calau	42
" " Luckau	12
" " Spremberg	1

Davon waren

Kreis	bergbauliche	industrielle	landwirtschaftliche
	Anschlußgleise		
Calau	26	15	1
Luckau	4	6	2
Spremberg	1	—	—

Die vorstehend angegebenen Zahlen über den Personen- und Güterverkehr aus dem Industriebezirk sind diejenigen der Staatsbahnen, und zwar der Strecke Cottbus—Großenhain, an welcher die Stationen Senftenberg und Petershain, und der Strecke Lübbenau—Kamenz, an welcher die Station Gr.-Rätschen liegt.

Hußer diesen Staatsbahnlinien weist der Bezirk aber noch als Privatbahnen die Zschipkau—Finsterwalder Eisenbahn und die im Jahre 1896 fertiggestellte Nebenbahn Sallgast—Lauchhammer auf. Wir werden also auch deren Zahlen anzuführen haben, wenn wir ein vollständiges Bild vom Eisenbahnverkehr im Senftenberger Braunkohlenbezirk geben wollen. Da die Bahnen nur klein sind und da wir hier

Begründung dieser Vorlage auch Zahlen über den Verkehr gerade im Jahre 1904 bringt, die man sonst nicht findet, geben wir den befindlichen Passus kurz wieder. Es heißt in der Vorlage:

Im Gebiet der Bahnstrecke Lübbenau—Senftenberg befindet sich die Brikettfabrikation in lebhaftem Aufschwunge. Im August und September 1904 wurden für die Stationen der Strecke Lübbenau—Senftenberg täglich durchschnittlich 800 offene Wagen gestellt. Die Zahl der Züge, die auf der eingleisigen Strecke in dieser Zeit täglich zu befördern waren, betrug durchschnittlich 43 und stieg bis auf 48. Bei der zu erwartenden weiteren erheblichen Entwicklung des Güterverkehrs kann die eingleisige Strecke den Anforderungen nicht mehr genügen. Der zweigleisige Ausbau ist somit Bedürfnis. . . .*)

Die Erwartung nicht bloß der weiteren Entwicklung, sondern auch der räumlichen Ausdehnung der Senftenberger Braunkohlenindustrie spiegelt sich ferner in einer anderen Vorlage wieder, die die Eisenbahnverwaltung bereits im Jahre 1902 dem preußischen Abgeordnetenhaus gemacht hat. Damals verlangte die Eisenbahnverwaltung 4 080 000 M. für eine Nebenbahn von Petershain nach Hoyerswerda mit Abzweigung nach Spremberg und erhielt die Mittel bewilligt.

In dieser Vorlage wird darauf hingewiesen, daß die geplante Bahn den Zweck habe, den von den Strecken Cottbus—Senftenberg—Hohenbucka—Horka—Cottbus begrenzten entwickelungsfähigen Landstrich und dessen reiche Kohlenlager dem allgemeinen Verkehr zu erschließen. Das Gebiet enthalte in seiner ganzen Ausdehnung Braunkohlenlager von großer Mächtigkeit, die wegen der fehlenden Eisenbahnverbindung noch nicht in vollem Umfange hätten ausgebeutet werden können.

*) Diese im Etat ursprünglich enthaltene Forderung für den zweigleisigen Ausbau der Strecke Lübbenau—Kamenz ist dem Abgeordnetenhaus später nicht vorgelegt worden. Wegen der in ihr enthaltenen Ziffern über die Wagengestellung kann sie an dieser Stelle dennoch Erwähnung finden. Auch wird die Vorlage bei der nächsten Etatsberatung wieder erscheinen.

Daß unter den geschilderten Verhältnissen die dem Verkehrswesen dienenden Anstalten einen immer höheren Rang in dem Verwaltungsorganismus des Staates erhalten mußten, erscheint nur natürlich. So ist der Bahnhof Senftenberg seit dem 1. April 1905 Bahnhof I. Klasse. Von den Bahnhöfen Petershain und Gr.-Rätschen wurde der im Jahre 1874 in Gr.-Rätschen errichtete am 1. April 1901 und der aus dem Jahre 1870 stammende Bahnhof Petershain am 1. Oktober 1904 Bahnhof II. Klasse.

Das Postamt in Senftenberg, ursprünglich ein solches III. Klasse, wurde 1. Juni 1884 in ein solches II. Klasse und am 1. April 1897 in ein solches I. Klasse verwandelt. Außerdem mußte des wachsenden Verkehrs wegen am 1. Mai 1901 der Postbezirk Senftenberg geteilt und ein besonderer Bezirk Senftenberg II eingerichtet werden.

Aber auch andere Einrichtungen verdanken der Senftenberger Braunkohlenindustrie ihre Existenz. Früher hatte Senftenberg keinen Gerichtsstand in Spremberg; in Senftenberg war eine Gerichtskommission. Seit dem 1. Oktober 1879 besitzt der Ort sein eigenes Amtsgericht. Dieses war ursprünglich mit 2 Richtern besetzt und zählt heute 4 Richter.

Die Reichsbank sah sich veranlaßt nach Senftenberg eine Nebenstelle zu legen, während der Bezirk früher von der Reichsbankstelle in Cottbus abhängig war.

Seit dem 1. Juli 1900 ist in Senftenberg ein eigenes Katasteramt errichtet worden.





Wir haben in unseren bisherigen Betrachtungen den Kreis Calau in dem verhältnismäßig eng begrenzten Gebiet seiner Nachbarkreise geschildert. Werfen wir einen Blick über dieses Gebiet hinaus, so erfahren wir auch da interessante Einzelheiten:

Der Kreis Calau steht unter den Kreisen der Provinz:

im Jahre 1849	mit 43 363 Einwohnern	an 24. Stelle
„ „ 1864	„ 47 361	„ „ 23. „
„ „ 1880	„ 52 788	„ „ 22. „
„ „ 1890	„ 58 634	„ „ 19. „
„ „ 1905*)	„ 85 175	„ „ 11. „

von 42 Kreisen.

Unter den Kreisen des Regierungsbezirkes Frankfurt a. O. rangiert er, wie folgt. Er nimmt

im Jahre 1849	die 11. Stelle
„ „ 1871	„ 10. „
„ „ 1880	„ 9. „
„ „ 1890	„ 6. „
„ „ 1900	„ 4. „

von 22 Kreisen ein.

Diese 4. Stelle hat der Kreis Calau auch nach der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1905 behalten, obgleich seine Bevölkerungszahl um ca. 7000 Seelen gestiegen ist.

Muß diese Erscheinung schon an sich auffallen, so wird sie um so befremdlicher, wenn man die Bemerkungen liest, mit denen das Kgl.

*) Die Zahlen für 1905 erschienen während der Husarbeitung der Broschüre.

Statistische Landesamt seine Zusammenstellung der vorläufigen Ergebnisse der letzten Volkszählung einleitend begleitet. Dort heißt es in Abschnitt V „Die Bevölkerung in Kreisen“, daß von den ländlichen Kreisen diejenigen besondere Aufmerksamkeit verdienen, in welchen eine Bevölkerungsabnahme bemerkbar ist. Ihre Zahl und Verteilung auf die einzelnen Provinzen hat während der letzten fünf Volkszählungsperioden außerordentlich geschwankt; im ganzen ist aber eine Abnahme zu verzeichnen.

Von den Kreisen mit Volksabnahme entfallen auf das Königreich Preußen nach der Zählung

vom Jahre 1885 . . .	108
„ „ 1890 . . .	105
„ „ 1895 . . .	43
„ „ 1900 . . .	91
„ „ 1905 . . .	47

Hiervon hatte die Provinz Brandenburg

im Jahre 1885 . . .	16 Kreise
„ „ 1890 . . .	12 „
„ „ 1895 . . .	2 „
„ „ 1900 . . .	13 „
„ „ 1905 . . .	11 „

aufzuweisen.

Die Zahl der Kreise mit Volksabnahme ist in der Provinz Brandenburg also ziemlich hoch. Sie macht nach der letzten Zählung etwa 25 % aller Kreise Preußens aus und wird nur von den Provinzen

Schlesien mit 15 Kreisen und

Ostpreußen „ 14 „

übertroffen.

Eine weitere eigentümliche Erscheinung ist die, daß von den 11 brandenburgischen Kreisen mit verminderter Bevölkerungsziffer

auf den Regierungsbezirk Potsdam 3 Kreise

„ „ „ Frankfurt a. O. 8 „

also der bei weitem größte Teil auf unseren Regierungsbezirk entfallen.

Ein richtiges Bild von den Verhältnissen erhält man diesen Tatsachen gegenüber, wenn man sich die einzelnen in Frage kommenden Kreise näher ansieht.

Da stellt sich zunächst heraus, daß die 8 Kreise des Regierungsbezirkes Frankfurt a. O. mit Volksabnahme fast ausnahmslos dem nördlichen Teil des Regierungsbezirkes angehören, also demjenigen Teil, den wir im Anfang unserer Ausführungen den mehr landwirtschaftlichen und weniger industriellen nannten. Es sind die Kreise Soldin, Hrnswalde, Friedeberg (Neumark), Landkreis Landsberg, Weststernberg, Oststernberg, Züllichau-Schwiebus und Crossen.

Ferner ergibt sich, daß im Jahre 1900, in welchem der Kreis Calau gegenüber dem Jahre 1895 eine Zunahme an Bewohnern von mehr als 20 000 Seelen aufzuweisen hatte, die Bevölkerungsziffer der stärker bevölkerten Kreise als Calau, nämlich

des Kreises Königsberg	95 236	Köpfe
„ „ Lebus	91 421	„
„ „ Sorau	82 423	„

gegenüber einer Einwohnerzahl

des Kreises Calau von 78 804 Köpfen

betrug.

Die letzte Volkszählung hat bei diesen Kreisen folgendes Resultat ergeben:

Kreis Königsberg	96 510	Seelen
„ Lebus	94 433	„
„ Sorau	85 265	„
„ Calau	85 175	„

Danach sind die Rangverhältnisse der Kreise untereinander allerdings nicht verschoben worden, und dieselben Kreise, die den Kreis Calau im Jahre 1900 an Bewohnerzahl übertrafen, übertreffen ihn auch jetzt noch absolut an Einwohnern. Die Differenzen zwischen den einzelnen Kreisen haben sich aber gänzlich verschoben.

Während die Spannung zwischen Kreis Calau und Kreis Königsberg im Jahre 1900 noch ca. 16 500 Seelen betrug, ist sie 1905 auf

ca. 11 000 Seelen zurückgegangen. Die Zunahme des Kreises Calau betrug von 1900—1905 ca. 6500 Seelen. Die Kreise Königsberg, Lebus und Sorau haben im höchsten Falle ca. 3000 Seelen zugenommen und Kreis Calau ist an Kreis Sorau so nahe herangerückt, daß ihn nur noch eine Differenz von 90 Seelen trennt. Es ist garnicht ausgeschlossen, daß eine Überprüfung der letzten Volkszählungsergebnisse, die gegenwärtig immer noch vorläufige sind, hierin eine Änderung eintreten läßt und daß Kreis Calau den Kreis Sorau überholt.

Unter allen Umständen aber steht der Kreis Calau unter den Kreisen des Regierungsbezirkes mit an erster Stelle und, wenn nicht alle Umstände täuschen, ist er dazu bestimmt, in absehbarer Zeit vielleicht an die erste Stelle des Regierungsbezirkes zu rücken. Wie dem auch immer sein mag, fest steht jedenfalls das eine, daß der Kreis Calau im Regierungsbezirk der einzige Kreis ist, der eine Bevölkerungszunahme aufzuweisen hat, an die die anderen Kreise nicht annähernd heranreichen.

Es wäre sehr erwünscht, wenn wir in diesem Zusammenhange an den Bevölkerungsziffern der einzelnen Orte des Senftenberger Braunkohlenbezirkes wie beim Jahre 1900 den Anteil nachweisen könnten, der auf die Braunkohlenindustrie entfällt und welcher Anteil für den Rest des Kreises verbleibt. Diese Untersuchung können wir indes zur Zeit nicht anstellen, weil die vorliegenden Ergebnisse der letzten Volkszählung sich noch nicht eingehend genug äußern.

Sie geben nämlich nur die Bevölkerungsziffern der Städte, sowie der Landgemeinden und Gutsbezirke von 2000 und mehr Einwohnern im einzelnen an. Danach nahmen von den Orten des Senftenberger Braunkohlenbezirkes

Senftenberg um	753	Einwohner
Kl.-Rätschen "	1 066	"
Thamm "	785	"
Jüttendorf "	517	"
Gr.-Rätschen "	265	"

Thamm um	57,76 %
Kl.-Rälchen um	44,79 „
Jüttendorf um	33,84 „
Gr.-Rälchen um	14,03 „

zu. Es bewahrheitet sich also wiederum die Tatsache, daß es lediglich die Industrie, und im vorliegenden Falle die Braunkohlenindustrie ist, die die Bevölkerungszunahme verurlicht.

Zur Volksvermehrung aber kann die Industrie nur dann die Veranlassung geben, wenn sie dem Zuwachs oder Zuzug Arbeitsgelegenheit schafft. Deshalb sollte man ihr aber nicht das Leben schwer machen, sondern sie als den berechtigten Faktor anerkennen, der sie im wirtschaftlichen Leben des ganzen Staatswesens ist.

Dafür, wie so ganz anders man vor hundert Jahren über die Industrie dachte, kann man wohl keinen besseren Gewährsmann anführen, als den König, dem der preußische Staat so unendlich viel verdankt. Kein Geringerer als Friedrich der Große war es, der zum Teil durch ganz außerordentliche Mittel Fabriken hervorrief und darüber, was geschaffen war, auf das genaueste unterrichtet sein wollte. Zu diesem Zweck ordnete er Fabriktabellen an.

Was die Einführung der Industrie im Preußischen Staat bewirkt hatte, lehren am besten die Ausführungen, die eine solche Tabelle, die „Tabellen und amtlichen Nachrichten über den Preußischen Staat für das Jahr 1849“, zu der Statistik dieses Jahres macht. Unter dem frischen Eindruck der damaligen Verhältnisse schreibt der Verfasser des Vorwortes vor jetzt etwa 60 Jahren:

. Wenn Friedrich II. alles daran setzte, Fabriken in seinem Lande nur erst zu bekommen, so erkannte der große König, mochte er immerhin sich in den Maßregeln, die er nahm, nach geläuterter staatswirtschaftlicher Ansicht völlig vergreifen, seiner Zeit vorausseilend, daß in dem Aufblühen des Fabrikwesens der wahre Fortschritt der Nationen zum Wohlstande vorzugsweise begründet ist. In keiner anderen Tätigkeit der Menschen kann

das so außerordentlich erfolgreiche Prinzip der Teilung der Arbeit in solchem Grade zur Ausführung gebracht werden, als bei den Fabriken. Die sonst tot und unbenutzt liegenden Kräfte der Natur Wind, Wasser, Dampf und die zum Teil noch unerforschten Kräfte der Elektrizität, des Magnetismus, des Galvanismus, der Wärme, des Lichtes und anderer Gewalten im Naturreich, die fort und fort zu neuen Anwendungen in der Technik und fabrikativer Tätigkeit benutzt werden, ersparen körperliche und menschliche Kräfte und Arbeit, erschaffen Wirkungen, wie früher durch menschliche Arbeit im entferntesten Grade nicht erreicht werden konnte, bringen einen Reichtum nutzbarer Sachen des Verbrauches und Verkehrs hervor, wie frühere Jahrhunderte nicht dachten. Die Maschine ist eine Niederlage menschlicher Gedanken, ein Triumph des menschlichen Geistes. Wo Maschinen arbeiten, Wasser- und Dampfkkräfte wirken, Lokomotiven gehen und Telegraphen die Gedanken aus entfernten Orten mitteilen, gestaltet sich eine neue Welt. Eine Fülle althergebrachter Einrichtungen, das Kapital, andere Kräfte und Gewalten gewinnen an Einfluß, beherrschen und ordnen die Verhältnisse, ganz unerwartet veränderte Zustände treten ein. Einen Belag dieser Ansichten liefert die Entwicklung der Verhältnisse auch im preußischen Staate in den letzten Dezennien.

Unsere den verschiedensten Quellen entnommenen Zahlen haben gezeigt, daß der Kreis Calau zu einer Zeit, wo in ihm allein die Landwirtschaft betrieben wurde, keinen Aufschwung gegenüber den Nachbarkreisen nahm. Dieser Aufschwung trat erst mit der Einführung der Industrie ein, und unter den verschiedenen Industriezweigen des Kreises nimmt die Braunkohlenindustrie, namentlich von dem Zeitpunkte des Überganges zur Brikettfabrikation an, eine solche Stellung ein, daß sie als allein maßgebend für ihr Gebiet angesehen werden muß. So hat denn die Industrie und speziell die Braunkohlenindustrie für den Kreis Calau dieselbe Wirkung gehabt, die die Einführung der Industrie im preußischen Staate im großen hatte.

Auf Grund dieser Tatsachen dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß unsere Darlegungen dazu beitragen werden, in den heute der Senftenberger Braunkohlenindustrie noch nicht mit dem genügenden Verständnis gegenüberstehenden Kreisen die Sinnesänderung hervorzurufen, die auf Grund einer gerechten Beurteilung der Verhältnisse nicht ausbleiben kann.

Aber auch wenn die heutigen Gegner der Senftenberger Braunkohlenindustrie einer solchen Änderung ihrer bisherigen Anschauungen sich widersetzen sollten, so haben wir ein so unanfechtbares Material zusammengetragen, das seine Wirkung auf den unbefangenen Beurteiler nicht verfehlen wird. Diese Wirkung wird um so weniger ausbleiben, wenn man vergegenwärtigt, welche Stellung sich die Senftenberger Braunkohlenindustrie errungen hat. Zu einer Zeit, wo man, wie wir wissen, im Braunkohlenbergbau in der Provinz Sachsen die Dampfmaschinen bereits kannte, wußte man im Senftenberger Revier von dieser Betriebsart noch nichts. Heute steht die Senftenberger Braunkohlenindustrie an der Spitze der Braunkohlenindustrie im ganzen Preussischen Staate. Kein Kreis in Preußen reicht an die Senftenberger Braunkohlenindustrie mit ihren

455 Dampfmaschinen und 39 971 Pferdekräften
heran.





Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	3
Begriff der Immissionen	5
Produktion der Braunkohlenindustrie Preußens (Oberbergämter, Provinzen, Regierungsbezirke, Kreise des Regierungsbezirkes Frankfurt a. O.)	9
Geschichte und Produktion der Braunkohlenindustrie des Senftenberger Reviers	15
Die Braunkohlenindustrie des Kreises Calau	31
Die gerichtlichen Anfragen nach der Örtlichkeit von Senftenberg	36
Die landwirtschaftlichen Gutachten	37
Feststellung des Begriffes der Örtlichkeit von Senftenberg	41
Feststellung des Senftenberger Braunkohlenbezirkes	46
Vergleich der Steinkohlen- und Braunkohlenförderung der Jahre 1890 und 1904	60
Einfluß der Senftenberger Braunkohlenindustrie auf Arbeitslöhne, Pachten, Lebensmittelpreise, Preise von Grund und Boden, auf die Bevölkerung, auf den Viehbestand	72
Die Entwicklung des Pottwefens im Senftenberger Bergrevier	101
Die Entwicklung des Eisenbahnwefens im Senftenberger Bergrevier	106
Schlußbetrachtung	114
Inhaltsverzeichnis	122



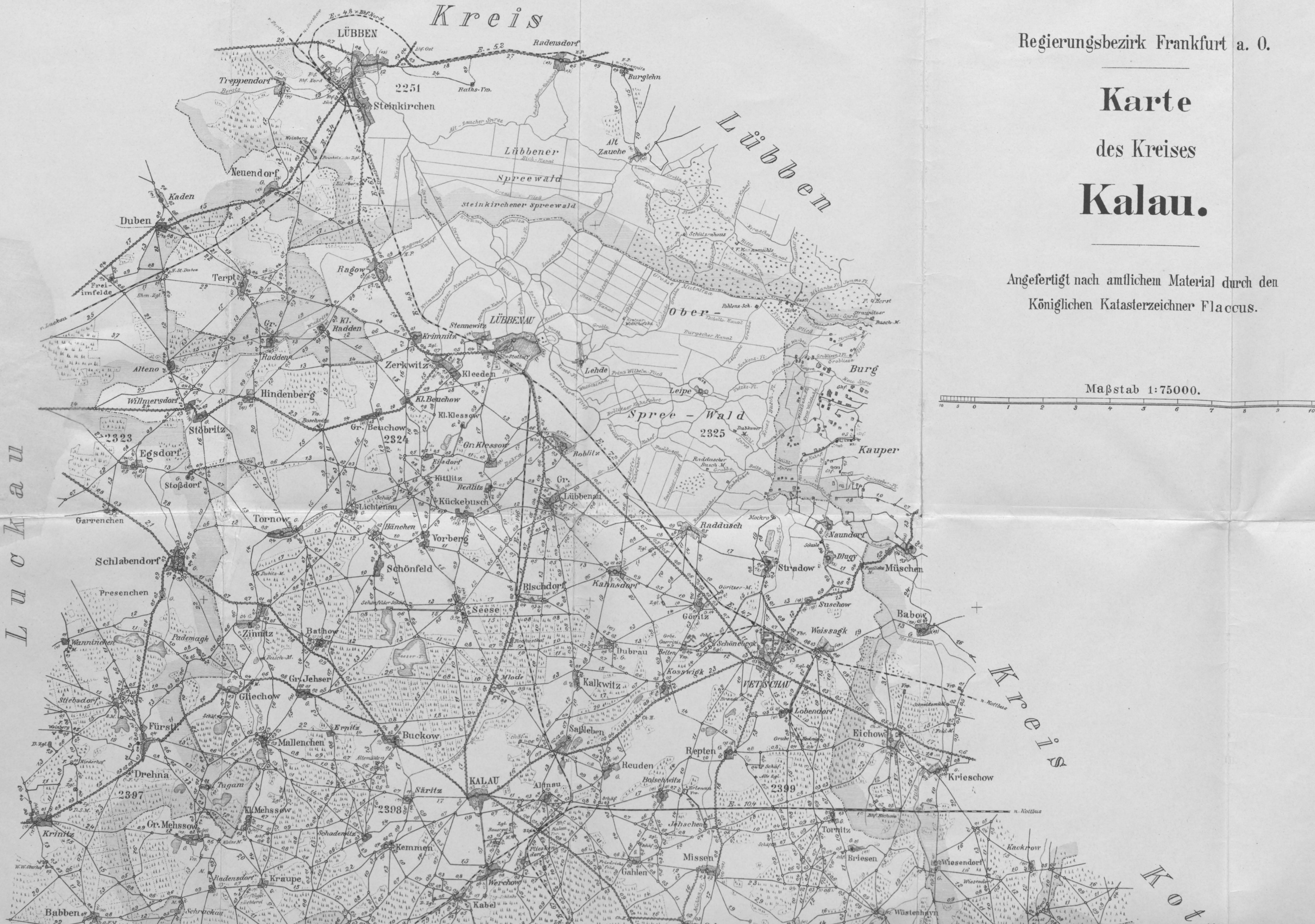
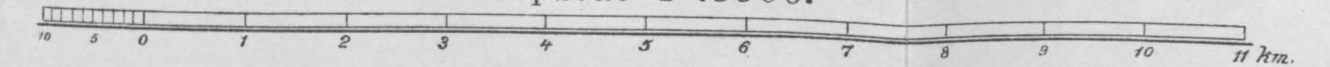
Kreis

Regierungsbezirk Frankfurt a. O.

Karte des Kreises Kalau.

Angefertigt nach amtlichem Material durch den
Königlichen Katasterzeichner Flaccus.

Maßstab 1:75000.



L u c k a u

K r e i s

K o t t b

51°54'

51°54'

51°48'

51°48'

Kreis Liebenwerda
Regbez. Merseburg

Kreis Spremberg

Kreis Hoyerswerda
Regierungsbezirk Liegnitz



Erklärung.

- Kreisgrenze.
- abgehende Kreisgrenze.
- Bhf. H. St. Eisenbahn, Bhf. = Bahnhof, H. St. = Haltestelle.
- Chaussee.
- gebesserter Weg.
- anderer fahrbarer Weg.
- Ortsmitte (Gemeinde), O. = Ort.
- Kreuzungspunkt u. Abgangspunkt der Wege n. n.
- Nummer des Meßtischblattes.
- O.F. Oberförsterei.
- F. Försterei.
- Vm. Vorwerk.
- D. S. M. Dampfsägemühle.
- M. Mühle.
- Zgl. Ziegelei.
- Wts. Wirtshaus.
- Wald.

Die eingetragenen Masse bezeichnen die Entfernung zwischen den mit \bullet oder \circ bezeichneten Punkten.
Die eingeklammerten Zahlen bei den Ortslagen geben die Entfernung von der Mitte bzw. von dem zunächst belegenden Abgangs- oder Kreuzungspunkt bis Ende des Ortes an, sie sind in den offenen Zahlen bereits enthalten.
Die Entfernungen von Bhf. zu Bhf. bzw. H. St. sind mit der Bezeichnung E. an der Bahnlinie vermerkt.

- Briketfabrik.
- Bergwerk.

51°36'

51°36'

51°30'

51°30'

51°24'

51°24'

31°30'

31°40'

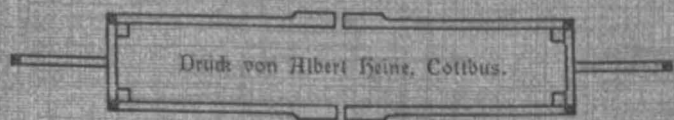
31°50'

Verlag von L. Flaccus, Frankfurt a. M.

32°00'



101/5087-96



Druck von Albert Heine, Cottbus.